

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 37. JAHRGANG

226 | NOVEMBER/DEZEMBER 2014 EUR 2,00

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Ist das die Überwindung?

Einige Alternativökonomen glauben mit ihren jeweiligen Rezepten den Mainstream hinter sich zu lassen

Erinnern wir uns: Vor sieben Jahren besetzte eine nordthüringische Belegschaft ihre Fahrradfabrik, welche von der Stilllegung bedroht war. Nach der symbolischen Strike-Bike-Produktion in Eigenregie, wollten dann einige ehemalige Beschäftigte im kleinen Rahmen die Fahrradmanufaktur wiederbeleben. Anfang 2011 wurde die knapp drei Jahre zuvor gegründete Strike Bike GmbH in Folge einer Insolvenz aufgelöst. Geblieben ist nur der Eintrag ins Handelsregister.

Auch wenn so manches ökonomisches Experiment doch rasch scheiterte, ist es zumindest ratsam aus antikapitalistischer Perspektive darüber nachzudenken, was wäre, wenn diese Versuche länger funktionierten – mal abgesehen von den konkreten Verbesserungen für die Akteure. Wären diese hilfreich, gar notwendig die Gesellschaft zu ändern oder doch eher dem Kapital in seinem sich stets veränderten Wesen dienlich?

Vom Teilen und Tauschen

Ein skurriles Beispiel vom alternativen Vorsichherwirtschaften ist der Geldstreik, in den Raphael Fellmer getreten ist. Seit einigen Jahren lebt er mit seiner Familie fast ohne Geld. Ende letzten Jahres berichtete sogar die *FAZ* über diese Form des Freeganismus. Die Silbe „-streik" suggeriert in der Regel einen kollektiven Prozess. Er selbst will mit dem konsumkritischen Verhalten auch Änderungen in der Gesellschaft anstoßen, etwa Verschwendung zu minimieren. Ursprünglich ging es beim Streik eigentlich um Kampf und Auseinandersetzung um zumindest eine gerechte Verteilung. Heute wird schon eine bewusstere Lebensweise als solches zur systemüberwindenden Handlung glorifiziert.

Fellmer ist ebenso ein Befürworter der „Share Economy", der Ökonomie des Teilens und Tauschens, dem neuesten Schrei aus der alternativwirtschaftlichen Mottenkiste. Selbst praktiziert er etwa als Lebensmittelretter (euphemistisch für Containern) zudem das Foodsharing. Der US-Soziologe Jeremy Rifkin prophezeit in der *taz* schon das Ende des Kapitalismus. Die Marktwirtschaft werde einfach so abgelöst, u.a. durch die Share Economy. Dabei beruft er sich auf 1,5 Milliarden Menschen, welche weltweit in Kooperativen arbeiten.

Na gut, die Grundideen dazu sind ja nicht neu. So basieren die Tauschringe meist auf einem nichtmonetären als auch Non-Profit-System. Im Grunde zirkulieren Waren und Dienstleistungen über eine „Bank" oder auch „Börse" von Zeiteinheiten – ohne Zinsen. Brisant sind solche Modelle aus gewerkschaftlicher Sicht. Würde so etwas mehr und mehr ausgeweitet, beispielsweise ganze Häuser so gebaut, könnten hier letztendlich Sozialabgaben vermieden werden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Unternehmen auf solche Grundideen zurückgreifen. Aktuell in der öffentlichen Debatte ist die Online-Plattform Uber zur Vermittlung von Personenbeförderungen. Anstelle des herkömmlichen Taxis kutschieren dann Privatpersonen ohne sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gegen Fahrpreis und Uber-Provision.

Apropos Krankenversicherung

Doch auch im Gesundheitssektor gibt es seit der Jahrtausendwende eine Möchtegern-Alternative zur Krankenkasse. Bei Artabana sind in über 150 Lokalgruppen etwa 2.000 Mitglieder organisiert oder besser gesagt in Gemeinschaft verbunden. Diese „Solidargemeinschaft" zur Gesundheitsvorsorge entstand in den späten 1980er Jahren in der Schweiz, damals wie heute mit anthroposophischem Hintergrund sowie einer gehörigen Skepsis zur Schulmedizin. Bisher funktioniert dieses Selbsthilfenetzwerk eher als Ergänzung zu gesetzlichen wie auch privaten Krankenkassen. Debattiert wird darüber, einen rechtlichen Rahmen anzustreben, dadurch als Substitut zur gesetzlichen Krankenversicherung anerkannt zu werden. Oberflächlich könnte sowas wie Artabana von den ehrenamtlichen Strukturen, dem Nischendasein und der internen Umgangskultur zu einer Gewerkschaft passen, die anders ist und skeptisch gegenüber dem Mainstream bzw. gar das System überwinden will. Dennoch – tiefschürfend widerspricht das Menschenbild von Artabana dem gewerkschaftlichen Grundgedanken von Solidarität im 21. Jahrhundert. Bei Artabana gibt es keinen Rechtsanspruch. Vieles wird erst in der Gruppe vorher diskutiert. Zudem wird stark auf individuelle Eigenverantwortung gesetzt. Folglich ist die Ansicht nicht weit, dass Krankheiten ihre Ursachen bei uns selbst haben und nicht in den gesellschaftlichen Umständen. Es verwundert nicht, dass zum Klientel Selbstständige, Aussteigende, PädagogInnen sowie Kunstschaffende zählen. Das Motto dieser Veranstaltung könnte getrost lauten: Jeder ist seiner Gesundheit Schmied.

Wie diese paar Schlaglichter tendieren doch viele ProtagonistInnen in unkonventionellen Experimenten dazu, sich auf das eigene Verhalten zu fixieren. Es geht dann nicht mehr darum, die Verhältnisse zu ändern, sondern nur noch sich kreativ darin einzurichten. Der eigene Lifestyle wird glorifiziert. Für gesellschaftliche Prozesse, wie etwa Sozialabbau, ist dann keine Sensibilität mehr vorhanden. Dem Kapitalismus zu entgegnen heißt halt auch Verteilungskampf und nicht durch „Aussteigen" seine Insel als revolutionäres Konzept zu mystifizieren. Denn oft ist es zur neoliberalen Vorreiterrolle nicht weit.

Christian Horn

Recht haben, Recht bekommen und Geld bekommen

Die FAU Freiburg unterstützt 14 polnische Bauarbeiter im juristischen Kampf gegen Lohnraub

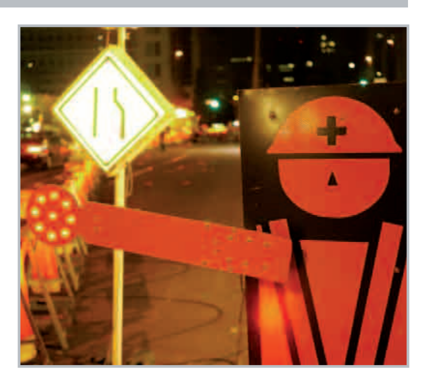
Die Wohnungen im neuen Freiburger Luxus-Studentenwohnheim Campo Novo sind schon längst verkauft und vermietet. Doch während das gehobene Bildungsbürgertum schon wohnt, wartet das ausländische Proletariat immer noch auf die Auszahlung seines Lohnes. 14 polnische Bauarbeiter haben sich an die FAU Freiburg gewandt, da ihnen insgesamt über 40.000 Euro Lohn vorenthalten werden. Teilweise gab es für einen ganzen Monat weniger als 100 Euro ausbezahlt.

Der Generalbauunternehmer des Studentenwohnheims ist die Züblin AG. Diese beauftragte die Klum GmbH in Heidelberg mit der Installation der Sanitäranlagen. Klum gab diesen Auftrag an einen Bauunternehmer aus Görlitz mit Zweigstelle in Freiburg weiter. Einige Monate später war das Studentenwohnheim fertig, die Bauarbeiter wieder in Polen, aber der Lohn noch immer nicht ausgezahlt.

Da einige der betroffenen Arbeiter die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsarbeit schon aus Polen kennen, wandten sie sich an die FAU in Freiburg. Nachdem auch gewerkschaftliche Mahnungen beim direkten Arbeitgeber auf taube Ohren stießen, wurde Lohnklage erhoben. Für zwei Bauarbeiter fand der Gütetermin dieser Lohnklage am 22. Oktober statt. Juristisch war dies ein voller Erfolg. Da der Arbeitgeber nicht kam, wurde ein Säumnisurteil gefällt, das alle Forderungen der Arbeiter übernahm. Ob sich die Betroffenen von diesem Urteil, im wahrsten Sinne, etwas kaufen können steht allerdings noch in den Sternen – möglicherweise ist der Arbeitgeber insolvent.

„Halb so wild", könnte man sich jetzt denken. Schließlich hat die Bundesregierung für genau diesen Fall eine Haftung der Generalunternehmen für die Löhne der Angestellten seiner Subunternehmen eingeführt. Leider gilt diese Haftung nur für das Bauhauptgewerbe. Der Einbau von Sanitäranlagen gehört aber zum Baunebengewerbe und fällt somit aus der Haftung. Die Frage, warum nur Menschen im Bauhauptgewerbe Anspruch auf Bezahlung ihrer Arbeit haben und Menschen im Baunebengewerbe gerne mal umsonst arbeiten können, wird wohl ungehört in den langen Fluren und Gängen des Parlaments verhallen.

Helfen könnte den Kollegen allerdings eine interessante Ironie dieser Geschichte: Während die Bauarbeiter ihren Sub-Subunternehmer auf ihr vertraglich zugesichertes Geld verklagen, klagt dieser Sub-Subunternehmer gleichzeitig gegen seinen Auftraggeber, den Subunternehmer Klum. Wie auch bei den Bauarbeitern geht es in diesem Verfahren ebenfalls darum, dass für die erbrachte Leistung nicht das ausgemachte Geld bezahlt wurde. Sollte der Sub-Subunternehmer Recht bekommen, können die zugesprochenen Löhne seiner Angestellten direkt von diesem Geld gepfändet werden.



Dieser Bauarbeiter würde nicht klagen

Es wäre schön, wenn wenigstens auf diesem Weg ein paar Krümel des Immobilienkuchens bis zu den Menschen hinunter fallen, die ihn „gebacken" haben.

Bert Scheund

Catwalk



Etwas anderes als Gewerkschaft?

Mit einem kritischen Artikel nimmt sich die *DA* auf der Titelseite dem Thema Alternative Wirtschafts- und Lebensmodelle an – dazu auch eine schöne Kolumne Durruti. Im Interview auf den Seiten 3 und 4 beleuchten wir aber auch die Beziehung von NGO und Gewerkschaft. Auf Seite 7 sind wir weiter am Konzept GOB „Gewerkschaftlich Organisierter Betrieb" dran. Zur historischen Abrundung gibt es eine Zeitlupe (Seite 8) zur Besetzung und Selbstverwaltung in der Uhrenfabrik Lip.

Neues FAU-Lokal in Düsseldorf

In der Volmerswerther Straße 6 (40221 Düsseldorf) hat die lokale FAU-Gruppe seit Mitte Oktober ein Büro angemietet. Mit einer Reihe von Veranstaltungen werden diese Räume mit Inhalt und Leben gefüllt:

Fr. 14. November, 19.00 Uhr
Vortrag: Heute wie vor 100 Jahren: Krieg dem Krieg!

Mi. 26. November, 19.00 Uhr
Lockere Runde: Was ist Anarcho-Syndikalismus?

Fr. 28. November, 19.00 Uhr
Vortrag: Mindestlohngesetz Geschichte, Gegenwart, Zukunft

Mi. 10. Dezember, 19.00 Uhr
Buchvorstellung: Geschichte des Anarchismus auf Kuba

www.fau-duesseldorf.org

Spenden:
Volksbank Rhein-Ruhr eG
Kto.: 111 252 000 5
BLZ : 350 60 386
IBAN: DE25 3506 0386 1112 5200 05
BIC: GENODED1VRR

Kauf dich Glücklich!

Im neuen Findus-Comic begeben sich zwei Callcenter-Beschäftigte auf eine Zeitreise durch die Geschichte der Krisen mit theoretischen Abstechern in die Kritik der ökonomischen Theorie. Sie wandeln auf den Spuren von Protesten, Hungerrevolten, Generalstreiks sowie Platzbesetzungen.



Kleine Geschichte der Krisenrevolten
Ein schwarz-roter Leitfaden
Unrast Verlag
Findus, Torsten Bewernitz
92 Seiten, 9,90 Euro

FAU-Ticker

+++ In Mannheim hat die FAU im Oktober bei Kundgebungen und Veranstaltungen gegen die gesetzliche Tarifeinheit mobilisiert. +++ Bei Edition AV hat die FAU Mannheim in Lesebuch zu lokalen Arbeits- und Revolutionskämpfen herausgebracht. +++ In Nürnberg beteiligte sich die FAU an der Antikap-Demo am 4. Oktober. Einen Monate später war die FAU Nürnberg mit einem Infostand zur Tarifeinheit vor dem DGB-Haus präsent. +++ Ein Fragebogen zu Arbeitsverhältnissen im Kieler Reinigungsgewerbe wurde auf www.fau.org/kiel-reinigungskraefte veröffentlicht und mittlerweile auch ins Türkische übersetzt. Mehr dazu auf Seite 7. +++ Zum Thema Stadtteilpolitik in Hannover-Linden hat sich die FAU am Projekt Wunschproduktion beteiligt. +++ Passend zum letzten Schwerpunktthema veranstaltete die FAU Hannover Ende September einen offenen Abend im UJZ Korn unter dem Motto „Betriebsgruppe oder Betriebsrat?“ +++ Und passend zum Schwerpunktthema in dieser Ausgabe führte die FAU Bonn im Oktober und November eine ganze Veranstaltungsreihe zu „Nicht die Krise kriegen! Libertäre Ökonomie 2014“ durch. +++ Am 17. Oktober begann die FAU Leipzig eine Informationsoffensive bei Beschäftigten im Pflegebereich. Thematisiert wurde etwa die Dienstplangestaltung in städtischen Altenheimen. In der Libelle wurde am 6. November über Arbeitsrecht in der Pflege referiert. +++ Am 3. Santander Aktionstag (11. 9.) beteiligten sich FAU-istas etwa in Hamburg, Köln, Duisburg und Bremen. +++ Ebenfalls solidarisch zeigten sich FAU-Mitglieder etwa auf Demonstrationen mit dem Widerstand gegen den Islamischen Staat (IS) und den Menschen in Rojava. +++

Liebe Lesende,



in diesen Tagen wird mit dem Arbeitskampf zwischen Deutscher Bahn und GDL wieder ein Stück Streikgeschichte geschrieben. Ebenso geht es um die Zukunft des Streikrechts. Schon im Koalitionsvertrag war vereinbart wurden, „den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken“ und „den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip“ durch Gesetz zu herbeizuführen. Es soll dann darauf ankommen, welche Gewerkschaft die meisten Mitglieder hat im Betrieb. Wie genau das aussehen soll und ob so ein Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht standhalten würde, ist noch ungewiss. Eines ist dennoch sicher: Es geht um die Stimmung, die aktuell verbreitet wird. Deswegen unterstützen wir auch die Streikzeitung*, die beigelegt sein müsste. Verschiedene gewerkschaftliche und politische Akteure solidarisieren sich hierin mit dem Streik der GDL und sprechen sich klar gegen einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit aus. Auch wir als FAU könnten von Gesetzesänderungen betroffen sein.*

Während der Streik das tut wozu er da ist, nämlich seine Wirkung entfalten, wird nun die Politik gerufen. Bereitschaft den Bossen beizuspringen bekundete auch gleich Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles von der SPD, der Sammelbewegung zur Proletarier-Demütigung laut Max Uthoff, Kabarettist, in Neues aus der Anstalt.

In der vorliegenden Ausgabe haben wir den Blick aber auch etwas in die soziale Bewegung außerhalb von gewerkschaftlichen Kernhandlungsfeldern schweifen lassen. Es gibt nach wie vor reichlich Entwürfe, wie wirtschaftliche sowie soziale Prozesse anderes funktionieren könnten. Nach Alternativbewegung und Solidarischer Ökonomie geistert seit gut 10 Jahren der Begriff „Gemeinwohl-Ökonomie“ durch die Lande, geprägt durch das österreichische Attac-Mitglied Christian Felber, welcher auf Vortragsreisen sein Konzept als Alternative zu kapitalistischer Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft propagiert. Im Kern geht es darum, Unternehmen zu finden, welche eine Bilanzierung nach Gemeinwohl-Werten vollziehen. Später sollen die Unternehmen staatlich unterstützt und bevorzugt werden. Von traditionellen gewerkschaftlichen Kämpfen ist gar nicht mehr die Rede, es geht jetzt um „ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft“. Es wirkt auch ein bisschen so als soll es von gesellschaftlichen Verteilungskämpfen ablenken und wir lieber auf den guten Willen der Entscheidungsträger vertrauen. Es wundert gar nicht, dass Felber im Pool der Referentenagentur von Bertelsmann zu finden ist. Mittlerweile taucht die „Entwicklung eines Modells zur Förderung der Gemeinwohlökonomie“ im Arbeitsübereinkommen der Salzburger Landesregierung auf – eine Koalition aus ÖVP, Grünen und dem wirtschaftsliberalen sowie populistischen Team Stronach. Wir dürfen gespannt sein.

Trotz allem: Nicht nur Skepsis ist angebracht bei Experimenten. Erfahrungen sind wichtig, um eine andere Gesellschaft überhaupt zu denken.

Einige neue Denkansätze beim Lesen der Ausgabe wünscht

Christian Horn

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen .... FAU Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Göttingen ...... Kontakt über Hannover
Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hameln .... FAU Hameln, c/o Freiraum, Walkemühle 1a, 31785 Hameln, <fauhm@fau.org>, 1. Do. im Monat, 19.30 Uhr
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 30, 30167 Hannover. <fauh@fau.org>, Treffen: Di. 21 Uhr,
Offener Abend: letzten Di. im Monat, 20 Uhr,
Allgemeines Syndikat, 2. Di. im Monat, 21 Uhr,
Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), 2. Di. im Monat, 21 Uhr, <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>, (0177) 5601030
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, Haus Friedensbruch, Theaterwall 24a, 26122 Oldenburg, <fauol@fau.org>, 3. Mi. im Monat, 19 Uhr
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg

REGION SÜD

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main
Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>,
Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr,
Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG);
Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/Main
Mannheim....... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstr. 38, 68169 Mannheim, Mo. (ungerade Wochen), 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>
Marburg.......... FAU Marburg, Mo. 19 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b, <faumr@fau.org>
München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (gerade Wochen), 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/Main
Regensburg..... FAU Regensburg, Mo. 19 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137
Saarland......... Kontakt über Neustadt/Weinstraße
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

REGION WEST

Aachen .... Kontakt über Düsseldorf
Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, Treffen: Mo. 18.30 Uhr, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi.20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171
Duisburg......... FAU Duisburg, c/o Syntopia, Gerokstr. 2, 47053 Duisburg, 1. So. im Monat, 19 Uhr <faudu@fau.org>
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Volmerswerther Straße 6, 40221 Düsseldorf, 3. Do. im Monat, 19.30 - 21.30 Uhr <faud@fau.org>, Tel./SMS: (0179) 32 586 48
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Köln .... FAU Köln, 2. Di. im Monat, 19 Uhr, <fauk@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, <faums@fau.org>
Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz),<faub@fau.org>, (030) 287 008 04, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr.
Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?“, 1. Fr. im Monat, 19 Uhr.
Allgemeines Syndikat, 2. Mi. im Monat, 19 Uhr.
Sektion Kultur, 1. Do. im Monat, 20 Uhr, <faub-kultur@fau.org>
Sektion Bildung, 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>
Sektion Bau und Technik, 4. Mo. im Monat, 17.30 Uhr, <faub-bautec@fau.org>
Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>
Foreign Members Section, 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, (0157) 38649518, Treffen: 2. Mi im Monat, Hebeda‘s, Rothenburger Str. 30, 4. Fr. im Monat, Wums e.V., Columbusstraße 2
Halle/Saale...... FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, 1. So im Monat, 19 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, Präsenzzeit: Do. 17 – 18 Uhr, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Erfurt/Jena, Infoladen Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, <fau-thueringen@fau.org>

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND (ASJ)

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>
Bielefeld .... ASJ Bielefeld , Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, <selbamachen@riseup.net>, Di. 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>
Herne/ .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7
Recklinghausen c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort“, Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend“, Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb“.

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord.............. FAU Hamburg <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

SCHWEIZ

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

ÖSTERREICH

Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

„Klar ist, dass der BAYER-Konzern unter demokratische Kontrolle gestellt werden muss“

Im Gespräch mit Axel Köhler-Schnura von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) zu Konzernkritik und zum Verhältnis zu den Gewerkschaften

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) ist ein international arbeitendes konzernkritisches Netzwerk. Neben Aktionen, Kampagnen und sonstiger Öffentlichkeitsarbeit nimmt die CBG auch an den Hauptversammlungen der Bayer AG teil und konfrontiert die Konzernspitze und die Aktionäre mit den Schattenseiten der Profite.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren ist ja schon geradezu berühmt als konzernkritische Organisation, was die Größe, aber auch das über 30-jährige Engagement angeht. Wieso ausgerechnet der BAYER-Konzern?

Dass wir uns mit Bayer beschäftigen, hat seine Ursache in zwei großen Unfällen in Wuppertal im Jahr 1978. Damals waren Zehntausende von AnwohnerInnen betroffen. Einige AnwohnerInnen von diesen, darunter ich, gründeten eine Bürgerinitiative.

Ein Jahr später kam es zu einer weiteren Explosion in Dormagen, und wir vernetzten uns mit den dortigen Protesten. Als Bayer in Brunsbüttel ganze Dörfer für ein neues Werk vom Erdboden tilgte, kam es auch dort zu Widerstandsaktionen. 1980 lasen wir in der Zeitung, dass Greenpeace einen Tanker von Bayer in der Nordsee blockiert, und so nahm die erste international abgestimmte Aktion ihren Lauf. So ist dann 1983 aus der Wuppertaler Bürgerinitiative das weltumspannende Selbsthilfenetzwerk der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) entstanden. In der Folge bekamen wir in aller Welt immer mehr Kontakte zu Gruppen und Personen, die sich kritisch mit dem in allen Ländern der Erde aktiven Konzern auseinandersetzen und Widerstand leisten. So ist Bayer heute der erste Konzern, der rund um den Globus und rund um die Uhr unter kritischer Beobachtung steht. Und dem weltweit koordinierter Widerstand erwachsen ist.

Natürlich haben wir im Laufe der Zeit gemerkt, dass die Probleme bei Bayer mehr oder weniger, in der einen oder anderen Form auch bei anderen Konzernen gegeben sind. Deswegen verstehen wie unsere Arbeit als beispielhaft und auf alle Konzerne übertragbar. Wir haben oft versucht – und versuchen das auch heute noch –, Menschen zu mobilisieren, dass sie sich um andere Konzerne in der gleichen Weise kümmern, wie wir das bei Bayer tun. Wir helfen ihnen dabei und geben ihnen im Rahmen unserer Möglichkeiten Unterstützung. Aber bisher ging es leider nicht über ein paar Anläufe hinaus.

Konzernkritik birgt ja immer so eine gewisse Gefahr, den Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang zu verkürzen. Problematisch ist es ja etwa bei Banken, die gerne mal als Feindbild dienen. Besteht nicht schon eine gewisse Tendenz bei Kritik an einer Branche bzw. einem Unternehmen?

Das ist tatsächlich ein Problem. Es gibt die Gefahr, dass alle Probleme auf „die Konzerne“ oder „das Finanzsystem“ verkürzt werden. Deshalb ist es wichtig, dass Konzernkritik eingebettet ist in Gesellschafts- und Systemkritik und dass die gesellschaftlichen Zusammenhänge immer mitthematisiert werden. Das tun wir bei der CBG. Wir verstehen uns als kapitalismuskritisches Netzwerk und thematisieren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit ihrem Profitzwang mit. Wir haben sogar in den 80er Jahren mal ein Umbauprogramm für den Bayer-Konzern debattiert. Wir haben dann zum 125-jährigen Jubiläum des Konzerns einen Umbau-Kongress in Leverkusen organisiert, und da hat das eine große Rolle gespielt. Man kann einen Konzern nicht umbauen, ohne die Gesellschaft umzubauen. Wir bringen das auf die Formel, dass der Bayer-Konzern unter demokratische Kontrolle gestellt werden muss – wie alle Konzerne überhaupt. Und da wird sofort deutlich: Unsere konzernkritische Arbeit zu Bayer ist beispielhaft für die konzern- und gesellschaftskritische Arbeit insgesamt, mit „Verkürzung“ und „Branchenblindheit“ hat das nichts zu tun.

Auch thematisieren wir, dass hinter dem Konzern die Besitzer, die AktionärInnen, stehen. Man kann ganz allgemein sagen, dass die mittlerweile legendäre Handvoll von Ultra-Reichen, die die Hälfte des Weltvermögens besitzt, natürlich auch die Hälfte der Konzern-Aktien besitzt. Das ganze Gerede von der „Aktionärsdemokratie“ ist dabei nichts als Augenwischerei. Es gibt bei den Konzernen, so auch bei Bayer, tatsächlich Hunderttausende von AktionärInnen, aber 99,9 Prozent haben mit ihren paar Aktien nichts zu sagen. Sie sind nichts als Trittbrettfahrer, was ja auch schon schlimm genug ist. Im Kern aber ist es eine kleine Handvoll mächtiger Ultra-AktionärInnen, die bestimmen, wo es lang geht. Derzeit besitzen etwa Blackrock und Capital Group, zwei Finanzkonstrukte, hinter denen sich die oben genannten Ultra-Reichen anonym verbergen, 46 Prozent aller Bayer-Aktien. Sinnigerweise sind es dieselben Finanzkonstrukte, die die Europäische Zentralbank beraten, die die berüchtigten großen Rating-Agenturen besitzen – und die inzwischen ganz offen an allen DAX-Konzernen vergleichbare Pakete halten. Sie bestimmen – einzig im Gewinninteresse ihrer das Licht der Öffentlichkeit scheuenden „stockholder“ – über Wohl und Wehe der Welt.

Lass uns mal in eine entfernte Zukunft schauen. Wie kann Bayer in der Utopie in eurem Sinne aussehen?

Da haben wir keine endgültigen Vorschläge. Klar ist, wie bereits gesagt, dass der Bayer-Konzern unter demokratische Kontrolle gestellt werden muss und dass das Profitprinzip zugunsten eines Solidarprinzips gebrochen werden muss. Es muss also ein gesellschaftlicher Wandel her. Erst der wird eine Demokratie schaffen, die es ermöglicht, Bayer und die anderen Konzerne im Sinne der Mehrheit der Menschen zu kontrollieren. Die ganzen konkreten Fragen wie Produkte, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Produktion usw. werden dann nicht ohne die Beschäftigten, ohne die Bevölkerung sowie ohne große gesellschaftliche Debatten zu lösen sein. Da werden ja Fragen angesprochen wie Ressourcenverbrauch, Konsumverhalten, Notwendigkeit von Großproduktion usw.



Axel im Gespräch mit einem Gewerkschafter der IG BCE

Wenn man über diese Zukunft sprechen will, kann man sagen, dass sie erstens noch in weiter Ferne liegt, und zweitens, dass wir uns aber dringend auf den Weg dorthin machen müssen, soll die Bayer-Produktion tatsächlich einmal umweltfreundlich, friedlich und sozial verträglich werden; rechtzeitig, bevor die Öko-Systeme zusammenbrechen und/oder Kriege allem ein Ende bereiten. Wir können heute schon jeden Tag dafür kämpfen, dass Konzernmacht gebrochen wird, dass gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt werden. Und wir können über diese Fragen Diskussionen in Gang bringen. Wie können Konzerne kontrolliert und vergesellschaftet werden? Wie soll und kann die Produktion umgebaut werden? Wie sollen und können die Produkte bei Bayer und anderen Konzernen die gesellschaftlichen, ökologischen, friedenspolitischen und sonstigen Notwendigkeiten erfüllen?

Spannend wäre mal zu erfahren, wie das Verhältnis von euch als NGO zur zuständigen Gewerkschaft ist – da ihr ja äußerst kritisch mit dem Konzern umgeht. Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gilt ja selbst im DGB als äußert gemäßigt und konfliktscheu.

Alles, was ich bisher sagte, gilt natürlich auch für die Arbeit mit und vor allem auch in den Gewerkschaften. Bevor ich aber darauf näher eingehe, möchte ich einige Vorbemerkungen loswerden.

Die CBG ist ein nicht-hierarchisches, nicht mit festen Strukturen versehenes Selbsthilfenetzwerk. In diesem Netzwerk arbeiten ca. 70.000 Menschen und Organisationen auf der ganzen Welt zusammen. Gemeinsam ist ihnen die Betroffenheit durch den Bayer-Konzern. In vielfältiger Weise und in unterschiedlichem Ausmaß. Jeder Teil des Netzwerkes, jede Organisation, jede Person, ist selbst für ihr Handeln verantwortlich, bringt es aber in das Netzwerk ein. Eine Ebene im Netzwerk gibt es in Deutschland, die die Kritik, die Aktionen und die Probleme, die irgendwo auf dem Planeten stattfinden, hier bündelt, weil hier in Deutschland, in Leverkusen, die Konzern-Zentrale, das Headquarter, für die ganze Welt ist. Dazu werden hier in Deutschland eigene Kampagnen und Aktionen durchgeführt. So geht die CBG etwa seit 30 Jahren auf die Hauptversammlung der Bayer AG und konfrontiert die Vorstände und die AktionärInnen, aber auch die dort im Aufsichtsrat sitzenden GewerkschafterInnen, mit dieser Kritik, mit den Kehrseiten der Bayer-Profite.

Die zweite Vorbemerkung ist, dass die CBG ein politisches Netzwerk ist und dass sie auf der Basis eines politischen Konsenses arbeitet. Der Konsens ist die bereits genannte Konzern- und Gesellschaftskritik. In dem Netzwerk kann jeder mitarbeiten, über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg, der auf dieser Basis mitarbeiten möchte. Keine Zusammenarbeit gibt es prinzipiell allerdings mit Rassisten und Faschisten. Auf dieser Basis gehen wir auch mit den Gewerkschaften um; und zwar nicht nur in Deutschland und nicht nur mit der IG BCE, sondern auch auf der ganzen Welt mit allen Gewerkschaften. Dabei machen wir sehr unterschiedliche Erfahrungen.

Ja, es stimmt, dass die IG BCE in Deutschland eine ganz besondere Rolle spielt. Die IG BCE ist ein Klon der Industrie, wie kaum eine andere Gewerkschaft. Es gibt wichtige Informationen, die in der offiziellen Geschichtsschreibung der IG BCE nicht vorkommen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Kolumne Durruti



Die meisten Menschen verarbeiten in ihren Träumen Alltagserlebnisse, ich hingegen träume von der Zukunft. So wie die alten Traumdeuter der Antike ereilen auch mich Visionen, nur verheißen sie nicht Sieg oder Niederlage in glorreichen Schlachten, sondern erzählen von der Zeit der Revolution, die vor uns liegt.

In meinem letzten, dritten Traum von der Revolution fand ich mich wieder als uralter Greis. Die Wirren der revolutionären Tage lagen weit zurück, Unrecht und Unterdrückung waren besiegt, und ich blickte zurück auf ein erfülltes, der einen Sache gewidmetes Leben. Ich spürte, die Zeit war gekommen, den letzten Schritt zu gehen. So beschloss ich, mir einen Platz in einem Pflegeheim zu suchen.

Nicht irgendeines. Modern sollte es sein. Anders. Fortschrittlich. Und natürlich selbstverwaltet.

Meine Wahl fiel auf einen Ort an der Atlantikküste, malerisch an einer Steilklippe gelegen. Inmitten einer syndikalistischen Fischerkolchose befand sich hier die Pflege-Kommune „Schwarz und Rot“, die sich in den Gebäuden einer früheren Kaserne eingerichtet hatte.

Der erste Eindruck war vielversprechend. In den Clubräumen plauderten die Veteranen und Veteraninnen am prasselnden Kamin über alte Zeiten, während aus den Lautsprechern die Musik unserer Jugendtage tönte, Punkrock und Hardcore. Bei schönem Wetter sangen wir im Garten Arbeiterlieder, schaukelten in Hängematten oder stickten an Porträts von Bakunin, Rudolf Rocker oder Mumia Abu Jamal, die für ein schwarz-rot abgesteptes Quilt gedacht waren.

Als ich in den Sonnenuntergang hinaus spazierte, huschte eine Horde brüllender Kinder an mir vorbei, die in schwarz-rot drapierten Overalls gekleidet den Spanischen Bürgerkrieg nachspielten. Da spürte ich einen Schatten sich über die Idylle legen.

Kaum im Heim zurück, platzte ich mitten in ein Plenum hinein. Die durch meinen Spaziergang bedingte vorübergehende Veränderung der Mehrheitsverhältnisse ausnutzend, hatten die Autonomen die Macht im Pflegeheim an sich gerissen und neue Regeln eingeführt. Arbeiterlieder zu singen, war so lange verboten, bis eine autonome Arbeitsgruppe alle Texte gewissenhaft überarbeitet hätte, um sie um alle sexistischen, chauvinistischen oder sonst wie unkorrekt geratenen Passagen zu bereinigen. An Musik war nur noch *straight edge* gestattet, selbst *dead kennedys* waren als „zu prollig“ verpönt. Die Kinder draußen hatten zu spielen aufgehört. Seitdem man ihnen erzählte, auch die spanischen Revolutionäre von einst seien männerbündisch organisierte Tiervergewaltiger gewesen, da sie gelegentlich Käse aßen, schlichen sie nur noch apathisch durch die Straßen, die Hände in den Hosentaschen und die Köpfe hängend, und starrten ins Leere. Die Kantine war zur „Vokü“ verkommen. Statt der einfachen, aber abwechslungsreichen regionalen Küche gab es jetzt nur noch allabendlich ein warmes Etwa aus angebranntem, aber nicht durchgekochtem Reis, Mungobohnensprossen, Linsen, Dosenbohnen und sauer gekochter Ananas.

Ich wollte widersprechen, doch verweigerte man mir das Rederecht auf dem Plenum, da ich keiner der im Heim anerkannten Minderheiten angehörte (Linkshändern war dieser Status mal wieder verwehrt worden). So blieb mir nur, in den Untergrund abzutauchen, wo wir Würstchen und Käsestangen tauschten, die wir in den Holmen unserer Rollatoren versteckten.

Es war denn wohl doch eher ein Alptraum.

Matthias Seiffert

TERMINE

Berlin
FAU-Lokal, Lottumstr. 11

Fr. 21. November, 19.00 Uhr
Film: Verdrängung hat viele Gesichter
Ein kleiner Kiez zwischen Ost und West. Diskussion mit den FilmemacherInnen.

Fr. 28. November, 19.00 Uhr
Vortrag: Historische Kontinuitäten Sozial-rassistische „Armutsdebatte“ und „Sozialmissbrauch“
mit Dirk Stegemann

Duisburg
Do. 27. November, 19.00 Uhr
Syntopia, Gerokstr. 2
Info: FAU und Anarchosyndikalismus

Frankfurt am Main
Di. 9. Dezember, 19.00 Uhr
Café KoZ Campus Bockenheim, Mertonstraße 26-28
Vortrag: Neo-Nazismus, Rassismus und Antisemitismus in der DDR mit Harry Waibel

Halle
Do. 11. Dezember, 19.30 Uhr
Infoladen, Ludwigstraße 37
Buchvorstellung: Philosophie und Widerstand in der Krise

Hamburg
Fr. 21. November, 20.00 Uhr
Schwarze Katze, Fettstr. 23
Buchvorstellung: „Antisemit, das geht nicht unter Menschen“ (Gustav Landauer)
Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel, mit Jürgen Mümken.
Einlass und Essen: 19.00 Uhr

Karlsruhe
Di. 2. Dezember, 19.00 Uhr
Haltestelle Marktplatz, Kurbel Kaiserpassage 6
Filmpremiere: Mietrebellen
mit Filmemacher Matthias Coers

Leipzig
Fr. 12. Dezember, 20.00 Uhr
Libelle, Kolonnadenstr. 19
Vortrag: Die Uni organisieren!

Mannheim
Do. 20. November, 19.00 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Film: Resistance - unsere Chance
über den Widerstand gegen die Standortschließung bei Alstom

Nürnberg
Projekt 31, An den Rampen 31

Do. 27. November, 19.00 Uhr
Themenabend: LOCKPICKING hilft Pinguin gegen Datenkrake
Special: Pension Abgrund über die ideologischen Dimensionen des Ost-Ukrainekonflikts

Do. 4. Dezember, 19.00 Uhr
Film: Wilder Streik - das ist Revolution!
am Beispiel Neuss 1973

Solingen
Fr. 19. Dezember, 19.30 Uhr
Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3
Film zum Buch: Lucio Urtubia: Baustelle Revolution



Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf
www.cbgnetwork.org

Mail: Info@CBGnetwork.org
Tel: 0211-333 911
Fax: 0211-333 940

Spenden
EthikBank
Konto: 31 99 991
BLZ: 830 944 95

BIC: GENO DEF1 ETK
IBAN: DE94 830 944 95 0003 1999 91

Weitere Möglichkeiten zur Unterstützung unter: www.cbgnetwork.org/17.html

Das Magazin Stichwort BAYER erscheint vierteljährlich seit 1983: www.cbgnetwork.org/29.html

Fortsetzung von Seite 3

1918, nach der Novemberrevolution, hat Carl Duisberg, der damalige berühmt-berüchtigte Generaldirektor von Bayer, nach dem Schulen, Straßen und Plätze in Deutschland benannt sind, eine programmatische Schrift veröffentlicht, die mit dem Satz beginnt: „Es soll nie wieder geschehen, dass Arbeiter mit roten Fahnen durch die Bayer-Werke ziehen." Er hat ein umfassendes Programm entworfen, das auf Zuckerbrot und Peitsche basiert und zum Ziel hatte, die Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere die in den Betrieben aktiven Gewerkschaften, auf kaltem Weg, ohne konfrontative Auseinandersetzung mit dem Risiko neuer Aufstände, ihrer Wirkungskraft zu berauben. Das Prinzip war einfach: Gewerkschaften kriegen Unmengen Zucker, wenn sie nach der Pfeife des Konzerns tanzen, sie kriegen gnadenlos die Peitsche, wenn sie Widerspruch organisieren. Zucker etwa waren die Direktionsgehälter, Dienstwagen und Chauffeure für gewählte Betriebsräte, Peitsche war z.B. die maximale Verunmöglichung gewerkschaftlicher Betätigung im Betrieb, selbst die Vertrauensleutewahlen mussten außerhalb des Betriebs durchgeführt werden. Zugleich wurde ein System betrieblicher Vertrauensleute installiert, das der Geschäftsleitung untersteht, bei dem dafür gesorgt wurde, dass die betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertrauensleute ein und dieselben Personen waren. Auch wurden die Weichen mit allen Mitteln so gestellt, dass die Betriebsräte mit für die Direktion genehmen Leuten besetzt wurden. Insgesamt wurden die Kolleginnen und Kollegen von der Wiege bis zur Bahre in ein Versorgungssystem des Konzerns mit tausend Annehmlichkeiten eingebunden, darunter komfortable Werkswohnungen, Freizeit- und Kulturvereine für alles nur Erdenkliche bis hin zu dem heute noch existierenden Bundesligaverein und eigenen Bayer-Kaufhäusern, in denen bargeldlos bereits im Sommer mit dem Weihnachtsgeld eingekauft werden konnte. Bei der geringsten Unbotmäßigkeit wurde allerdings sofort und radikal alles entzogen.

Im Rahmen des Zusammenschlusses der gesamten deutschen chemischen Industrie zur IG Farben unter Federführung von Carl Duisberg in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde diese Herangehensweise an die Gewerkschaften deutschlandweite Praxis in der Chemie-Industrie insgesamt.

Und weil das dann tatsächlich so schön bei Bayer und in dem von Bayer betriebenen Zusammenschluss der gesamten deutschen chemischen Industrie zur IG Farben für betrieblichen und gewerkschaftlichen Frieden gesorgt hatte – mal von der von Bayer und IG Farben natürlich nur wohlwollend begleiteten Zerschlagung der Gewerkschaften insgesamt durch die Hitler-Faschisten abgesehen –, wurde dieses System zur Domestizierung der Gewerkschaften direkt nach der Zerschlagung des Dritten Reiches und der als Kriegsverbrecher verurteilten IG Farben in den Konzernen der chemischen Industrie wieder reaktiviert. So war es beispielsweise in der chemischen Industrie bis in die frühen 80er Jahre hinein weiterhin nicht möglich, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute innerhalb der Betriebe zu wählen. Es galt weiter knallhart das von Carl Duisberg ausgerufene Prinzip: Wer kooperiert, wird belohnt, wer stört, fliegt raus. Arbeitsrecht hin oder her. Willfährige „Mitarbeiter" kamen in den Genuss vergleichsweise tatsächlich sehr hoher Löhne, konnten vom Segelsport bis zum Ballonfahren alles auf Bayer-Kosten betreiben, waren sich sicher, dass die Kinder und die Enkel „beim Bayer" unterkamen, usw. usf. Wer aufmuckte, wurde vom in Gestapo-Manier schwarz gekleideten und bewaffneten (!) Werkschutz am Arbeitsplatz abgeholt und musste den Betrieb verlassen. Selbst einer Betriebsrätin wurde wegen ihres von Bayer als kritisch empfundenen Landtagsmandats für die Grünen fristlos gekündigt, obwohl es keinerlei Rechtsgrundlage gab, auf der das möglich gewesen wäre.

Generation um Generation wurden so in der Chemiebranche willfährige GewerkschafterInnen herangezüchtet, vorneweg beim Bayer-Konzern, der in der Tradition der IG Farben noch bis in die 90er Jahre hinein die führende Rolle in der gesamten Chemiebranche innehatte. So ist nur bezeichnend, dass die Rechtsaußen unter den Vorsitzenden der IG BCE, Hermann Rappe und Michael Vassiliadis, der aktuell noch den Vorsitz innehat, beide aus dem Bayer-Stall kommen.

Diese von Carl Duisberg und Bayer betriebene Politik zur Brechung gewerkschaftlichen Bewusstseins zog Kreise. Das wird u.a. deutlich daran, dass bei Bayer nicht nur die Vorsitzenden der IG BCE, sondern auch die des DGB im Aufsichtsrat sitzen. Und dass die rechtssozialdemokratisch vom Weltgewerkschaftsbund abgespaltenen Gewerkschaftszusammenschlüsse, die Europäische Gewerkschaftsföderation bzw. die Weltgewerkschaftsföderation, über die IG BCE infiltriert und mit Funktionären besetzt wurden. So war Bayer-Klon Herman Rappe bis Mitte der 90er Präsident sowohl der Welt-Chemie-Föderation als auch der Europäischen Chemie-Föderation. Der aktuelle IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis ist Lebensgefährte der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und Präsident der neuen IndustriALL Europe, in der sich 2012 die verschiedenen Europäischen Gewerkschaftsföderationen zusammengeschlossen haben. Mit dieser Funktion vertritt er Europa in der von IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber geführten IndustriAll Global, dem parallel vollzogenen Zusammenschluss der internationalen Gewerkschaftsföderationen – nach wie vor in Abgrenzung zum Weltgewerkschaftsbund.

Das alles bekommen wir bei der CBG dann in unseren gewerkschaftlichen Kontakten natürlich zu spüren. Rechte GewerkschafterInnen der IG BCE werden vom Konzern-Vorstand gegen uns, aber auch gegen andere konzern- und gesellschaftskritische Bewegungen, ja selbst gegen fortschrittliche gewerkschaftliche Strömungen, in Position gebracht; die IG BCE und die Internationale Föderation der Chemiegewerkschaften grätschen dazwischen, wann immer Gewerkschaften aus anderen Ländern mit uns kooperieren.

Also ist das Verhältnis meistens konfrontativ?

Nein, ganz im Gegenteil. Die Gewerkschaften sind trotz aller Probleme nicht mit dem Konzernvorstand oder gar den Besitzern, den Großaktionären, zu verwechseln. Natürlich lassen wir den rechten, konzerntreuen GewerkschafterInnen nicht alles durchgehen. So entlasten wir die Gewerkschaftsfunktionäre im Aufsichtsrat auf den Hauptversammlungen schon lange nicht mehr, weil sie die von uns dort vorgebrachten Bayer-Schweinereien über ihr Aufsichtsratsmandat in aller Regel mitgetragen haben und sich auch nachträglich nicht distanzieren. Andererseits aber arbeiten wir trotz allem immer wieder sehr konstruktiv auf der persönlichen Ebene mit GewerkschafterInnen der IG BCE zusammen. International – und das beginnt bereits außerhalb von Deutschland in anderen europäischen Ländern – kämpfen wir sowieso konsequent gemeinsam mit Gewerkschaftsgliederungen und GewerkschafterInnen gegen Lohndumping und andere betriebliche Probleme. Prinzipiell verteidigen wir die gewerkschaftlichen Prinzipien und stehen fest an der Seite der Gewerkschaften, wenn es darum geht, dass Bayer die Gewerkschaften aggressiv aus den Betrieben drängt, so wie es beispielsweise in den USA, Asien und Lateinamerika massiv der Fall ist.



Protest gegen Bienensterben

Welche Erfolge hattet ihr bisher?

Da wir uns nunmehr bereits seit 36 Jahren mit dem Konzern auseinandersetzen, und das sehr konsequent, ist die Liste unserer Erfolge unendlich lang. Beispielsweise haben wir Verbesserungen beim Umweltschutz und den Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Wir haben Skandale aufgedeckt und staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren in Gang gesetzt. Wir haben Streiks und Arbeitskämpfe in aller Welt unterstützt. Wir haben die Wiedereinstellung entlassener KollegInnen und Mindestlöhne mit durchgesetzt. Das alles natürlich nie alleine als CBG, immer im Bündnis mit anderen Organisationen vor Ort, immer innerhalb aller vielen zehntausend Organisationen und MitstreiterInnen unseres Netzwerkes.

Ich möchte mal an einem Beispiel erläutern, wie so etwas läuft: In Australien haben wir vor langen Jahren verhindert, dass ein neues Pestizidwerk von Bayer errichtet wird, obwohl der Bau bereits begonnen hatte. Natürlich auch in diesem Fall **nicht** alleine, sondern in einem breiten Bündnis. In dem Fall auch unter massiver Einbeziehung der Gewerkschaften. Dieses Werk sollte in einem Naturschutzgebiet gebaut werden. In der Nähe lag ein kleines Dorf. Die EinwohnerInnen haben das mitbekommen und Kontakt mit uns in Deutschland aufgenommen. Wir haben sie über den Konzern, die Produkte und die Art des Werkes informiert. Das Dorf hat Widerstand organisiert. Dieser Widerstand ging dann über die Grenzen des Dorfes hinaus in den Landesbezirk. Die Umweltverbände wurden aufmerksam. Aber da nun alles bereits bestens geregelt war, das Werk parlamentarisch bereits genehmigt war, ging der Protest in eine Sackgasse. Immer mehr Öffentlichkeit schaltete sich ein, es kam zum landesweiten Skandal. Die Regierung geriet unter Druck, wagte es aber nicht, einen Konzern wie Bayer zu brüskieren und die Genehmigung zurückzuziehen. Der Protest wuchs mehr und mehr. Es wurden Unterschriftenlisten gesammelt. Die Regierung meinte dann in ihrer Not, den Joker zu ziehen, indem sie eine landesweite Volksabstimmung anordnete. Sie baute darauf, dass die anderen, nicht direkt betroffenen und Tausende Kilometer weit entfernten Landesteile sich auf ihre Seite schlagen würden und sie dann gegenüber Bayer aus dem Schneider wären. Es kam aber anders, die Volksabstimmung wurde von der Protestbewegung haushoch gewonnen, das Bayer-Werk konnte nicht errichtet werden. Übrigens haben sich die australischen Gewerkschaften nach diesem gemeinsamen Erfolg dann ausdrücklich in schriftlicher Form bei der CBG bedankt.

Ein anderes Beispiel: Der Konzern hat hier in Deutschland Ende der 80er Jahre im großen Stil gegen uns prozessiert. Wir haben in skandalösen Verfahren, in denen beispielsweise die Richter nicht einen einzigen Beweis von uns zuließen, sämtliche Prozesse durch alle Instanzen verloren und mussten Hunderttausende von DM an Prozesskosten und Strafen zahlen – unter diesen Schulden von damals leiden wir übrigens noch heute. Wir sahen nur noch die Möglichkeit, die Bayer-freundlichen Prozesse selbst als Verletzung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit und Verstoß gegen die Verfassung vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen, und haben eine entsprechende Verfassungsklage eingereicht. 1992 gewannen wir diese und haben damit Geschichte für die Meinungsfreiheit geschrieben. Das Urteil hat bis heute Bestand und wird z. B. unter Nennung unseres Namens an den journalistischen Hochschulen gelehrt. Der Prozess wurde von allen großen Medienhäusern durch ihre Rechtsabteilungen beobachtet. Sie wussten, worum es geht: Wäre er negativ ausgegangen, hätte das verheerende Auswirkungen auf die gesamte demokratische Landschaft der Bundesrepublik gehabt.

Und was steht bei euch aktuell an?

Weltweit laufen zahlreiche Kampagnen. Eine der wichtigen Kampagnen, die wir seit 15 Jahren führen, ist die Kampagne zum Bienensterben. Das hört sich tierschützerisch an, was im Übrigen ja auch schon reichen würde, aber tatsächlich geht es um die Ernährungsgrundlagen der Menschheit. Ohne Bienen keine Lebensmittel, so einfach ist das. Das Bienensterben nimmt exponentiell zu. Wesentliche Ursache sind Bayer-Pestizide.

Eine andere Kampagne führen wir anlässlich des hundertsten Jahrestags des Beginns des Ersten Weltkriegs. Wir machen die Verantwortung des Bayer-Konzerns für diesen Krieg deutlich. Und darüber hinaus erinnern wir an die Verbrechen der chemischen Kampfstoffe, die Bayer in diesen Krieg eingebracht hat und bei denen Bayer dafür gesorgt hat, dass sie auch zum Einsatz kamen.

Ein drittes Beispiel, das aber auch die Vielfalt unserer Kampagnen illustriert, sind die Aktionen gegen die Aushebelung der Freiheit der Wissenschaft. Wir prozessieren beispielhaft gegen die Übernahme der Uni Köln durch Bayer und haben dabei die Unterstützung nicht nur großer Teile der demokratischen Öffentlichkeit, sondern auch vieler Fachleute aus Politik und Gesellschaft.

Nun hören wir immer wieder, dass Ihr in Eurer Existenz bedroht seid. Was ist da los? Was kann da getan werden?

Das stimmt. Seit drei Jahren sind wir zu einem Kampf um Rettung und Erhalt unserer Arbeit und unseres Netzwerkes gezwungen. Dabei muss man wissen, dass wir uns ausschließlich aus Spenden und Förderbeiträgen finanzieren. Wir arbeiten bis auf eine einzige festangestellte Person alle ehrenamtlich. Auch das ist übrigens für eine international aktive Organisation unserer Wirkungsmacht ziemlich einzigartig in der NGO-Landschaft.

Unsere SpenderInnen und Mitglieder stammen natürlich nicht aus den Reihen der Ultra-Reichen, sondern durchweg aus kleinen Verhältnissen. Im Zuge der brutalen Deregulierung des Kapitalismus mit seinen verheerenden Folgen für die Einkommen der kleinen Leute sind unsere Spenden und Beiträge dramatisch eingebrochen. Verschärft hat sich diese Entwicklung im Zuge der Finanzkrise. Wir standen Ende 2010 vor dem finanziellen Kollaps.

Entsprechend führen wir hier unsere Rettungskampagne, in der wir mindestens 500 neue Fördermitglieder suchen. 371 haben wir aktuell bereits, 129 fehlen noch, wir haben noch immer keinen sicheren Boden unter den Füßen. Gegen die Macht des Konzerns setzen wir die Solidarität der Menschen. Jede Spende zählt. Jede Fördermitgliedschaft stärkt uns.

Schön, dass wir einige Einblicke in eure Arbeit sowie euer Selbstverständnis bekommen konnten. Ich wünsche euch eine weiterhin erfolgreiche und aktive Zukunft. Und vielleicht auch das eine oder andere Fördermitglied bzw. die eine oder andere Spende aus unserer Leserschaft.

Das Interview wurde geführt von Christian Horn

Union-Busting fängt im Kleinen an

Kampf gegen gewerkschaftliche Strukturen im Wandel

Unter Union-Busting versteht man die systematische Bekämpfung von Arbeitnehmervertretungen. Dies kann in Unterbindung von Streiks, Beeinflussung von Betriebsratswahlen, aber auch durch Kündigung, Mobbing oder Diffamierung einzelner GewerkschaftsaktivistInnen geschehen. Es handelt sich hier um kein neues Phänomen. Auch Mitte des 19. Jahrhunderts trat insbesondere in Preußen der Staat selbst mit Polizei und Militär Streikenden entgegen. In den USA wurde dafür die „Detektei" Pinkerton gegründet, die eine Privatarmee von 40.000 Bewaffneten und Schlägern aufbaute. Heute läuft das, was man Union-Busting nennt, wesentlich subtiler. Die Grenzen zwischen legalen und illegalen Handlungsweisen sind oft fließend.

Outgesourcte Buster

Seit 1962 wurde von der sogenannten Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg das „Harzburger Modell" erarbeitet. Kern dieses Modells ist die Ablehnung jeglicher Mitbestimmung und die straffe Durchorganisierung der Arbeit. Das heißt: klare Hierarchien und Negierung von Entscheidungsspielräumen für den einzelnen Mitarbeiter. Das „Harzburger Modell" war nicht nur Vorbild für die Bundeswehr, sondern auch für viele Unternehmen. Als Vorreiter kann hier ALDI bezeichnet werden.

Seit den 1990er Jahren setzten sich zunehmend US-amerikanische Managementkonzepte durch. Für das Unternehmen ALDI, welches bisher auf eigene Führungskräfte setzte, um Gewerkschaftsmitglieder rauszumobben und Betriebsratswahlen zu sabotieren, bedeutete dies, dass nun professionelle externe Union-Buster eingesetzt wurden. Dies können Anwaltskanzleien oder Personalberatungsagenturen sein. Betriebsratswahlen wurden nicht mehr plump behindert, sondern es wurden und werden arbeitgeberfreundliche Pseudogewerkschaften wie die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsräte (AUB) finanziert, mit denen Betriebsräte installiert wurden, die eher gegen die Interessen der Angestellten arbeiten. Daran orientierten sich auch Schlecker, Lidl und andere Discounter sowie viele Unternehmen der Systemgastronomie.

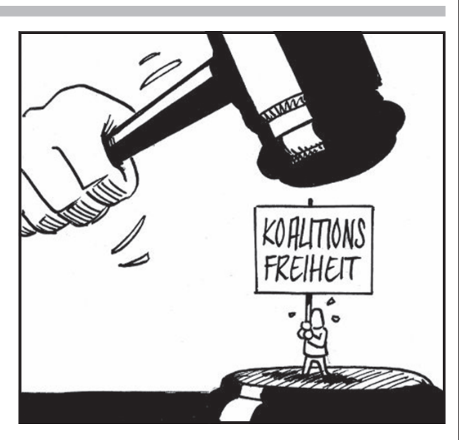
Bestechungen von Betriebsratsmitgliedern, Zeugen vor Gericht, Einbau von versteckten Kameras oder Nachstellungen und Nötigungen gehören ebenso zum Repertoire der externen professionellen Union-Buster. Wenn sich eine Staatsanwaltschaft oder Medien mal für solche Dinge interessieren, wird erstmal geleugnet und die Geschäftsleitung ist erschüttert über die Methoden eines Sub-Sub-Sub-Unternehmens oder etwa einer Detektei oder eines Sicherheitsunternehmens.

Stimmung!

Viel alltäglicher, aber flächendeckender, ist das Verbreiten einer gewerkschaftsfeindlichen Stimmung in den Unternehmen. Gewerkschaften „würden Arbeitsplätze vernichten", „wollen bei Dingen mitreden, von denen sie keine Ahnung haben", „haben nur die Gehälter ihrer Funktionäre im Kopf" und ihnen „sind die einfachen Mitglieder doch egal". Selbstverständlich trägt es auch nicht zu einem gewerkschaftsfreundlichem Klima bei, wenn einige Gewerkschaftsvertreter eine andere Gewerkschaft diffamieren, um Mitglieder zu gewinnen. Das findet nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Dachverbände statt. Dieser so genannte Gewerkschaftskannibalismus führt bei unsicheren Mitgliedern zwar oft zum Wechsel, langfristig aber zur Gewerkschaftsabstinenz, da Vorurteile bestätigt werden.

Bei einem großen Träger der Altenpflege wurde den Wohnbereichsleitenden in einer Führungsversammlung von der Geschäftsleitung klar gemacht, dass der Einfluss von Gewerkschaften sich nicht zum Wohl des Unternehmens und damit der MitarbeiterInnen auswirkt. Man könne seine Probleme am besten hausintern klären und eine Hinzuziehung von Außenstehenden würde nur unnötige Konflikte schaffen. Ein paar Tage zuvor hatte sich die FAU Leipzig als im Betrieb vertretene Gewerkschaft angemeldet.

Diese Stimmungsmache findet auch, zurzeit ganz massiv, von politischer sowie medialer Seite statt: Die Müllfahrer würden gegen die Bevölkerung streiken oder die Fahrgäste würden „in Geiselhaft genommen", weil die Bahngewerkschaften sich nicht einigen könnten. In Wirklichkeit kann erstens eine Gewerkschaft nach Tarifvertragsgesetz immer nur für die eigenen Mitglieder Tarifabschlüsse erzwingen und nicht für eine Berufsgruppe, womit die früheren Absprachen zwischen Bahn, GDL und EVG mindestens in einer rechtlichen Grauzone lagen. Zweitens ist kein Unternehmen gezwungen, Tarifverträge auf MitarbeiterInnen anzuwenden, die nicht Mitglied der abschließenden Gewerkschaft sind und drittens hatte die Bahn weder der einen noch der anderen Gewerkschaft ein verhandelbares Angebot gemacht.



Auch ein beliebtes Mittel zur Streikbehinderung: Die Einstweilige Verfügung

Impressionen aus dem Pflegedienst

Vor einigen Wochen verteilten Mitglieder der FAU Leipzig Flugblätter zum Thema Dienstpläne in und an verschieden Pflegeheimen. Dort bekamen oft folgende Aussagen von offensichtlich eingeschüchterten PflegerInnen oder Wohnbereichsleiterinnen zu hören: „Das dürfen wir nicht, da müssen sie zur Pflegedienstleiterin", „bei Gewerkschaft können wir uns gleich unsere Papiere holen", „da müssen Sie zur Heimleitung gehen", „erzählen Sie das der Oberschwester". Dabei gab es keinerlei Unterschiede zwischen Einrichtungen kirchlicher, gemeinnützig-weltlicher, kommunaler oder privatwirtschaftlicher Träger. Es gab auch einige PflegerInnen, die das Flugblatt gerne genommen haben. Es gab sogar eine Wohnbereichsleiterin, die sagte, das sei richtig, sie sei selbst bei ver.di und hängt das FAU-Flugblatt natürlich gerne aus.

Gewerkschaftspluralität ist natürlich zu begrüßen, damit Gewerkschaften durch Engagement, innere Demokratie und genaue Umsetzung des Mitgliederwillens miteinander konkurrieren. Das bedeutet aber nicht, dass sie es sich leisten könnten, sich gegenseitig zu bevormunden, zu bekämpfen und damit gegeneinander ausspielen zu lassen. Denn Union-Busting zu bekämpfen, heißt auch sich gegen Gewerkschaftsfeinde mit Mitgliedern konkurrierender Gewerkschaften zu solidarisieren.

Thomas Bloch

Einheitlich für Autonomie

In Hannover lud die Rosa Luxemburg Stiftung zu einer „Streikademie"

Das Bild hat etwas Absurdes: Auf dem Weißekreuzplatz in Hannover campen bereits seit Mai sudanesische Flüchtlinge. Ihre Transparente hängen zwischen Fahnenstangen, von denen eine blonde Frau ihre weißen Zähne bleckt und zum „Tag der deutschen Einheit" einlädt.

Dieses Bild präsentiert sich den BesucherInnen der Konferenz „Gemeinsam Strategien entwickeln – Erneuerung durch Streik II", zu der neben der Rosa Luxemburg Stiftung zahlreiche Einzelgewerkschaften in Hannover geladen hatten. 700 Gäste debattierten drei Tage lang das aktuelle Streikgeschehen, Streikgeschichte, vor allem aber Streikstrategien.

Flüchtlinge und Gewerkschaftspolitik

Während es auf der letzten Streikkonferenz in Stuttgart 2013 vor allem der Streik bei Neupack gewesen war, der Standing Ovations geerntet hatte, waren es dieses Mal die Flüchtlinge: Die SudanesInnen luden auf ihr Camp, außerdem sprachen auf der Eröffnung Vertreter der Gruppe „Lampedusa in Hamburg". Peter Bremme (ver.di Hamburg) rief dazu auf, Flüchtlinge kollektiv in die Gewerkschaften aufzunehmen. Kollektive Empörung löste die polizeiliche Räumung des Berliner Gewerkschaftshauses aus, in dem sich seit einer Woche Flüchtlinge aufgehalten hatten.

Streitpunkt Tarifautonomie

Zahlreiche TeilnehmerInnen unterzeichneten entsprechend die spontane Petition „Nicht in unserem Namen – Refugees welcome!". Die zweite Resolution, die sogar vom gesamten Kongress per Akklamation befürwortet wurde, betrifft das Vorhaben einer gesetzlichen Tarifeinheit durch die Große Koalition. Einstimmig wird dieses Vorhaben als Eingriff in das Streikrecht abgelehnt. Die Resolution positioniert sich zwar durchaus für eine Tarifeinheit, will diese aber durch gewerkschaftliche Praxis herstellen.

Für die anwesenden Gäste der FAU-Syndikate Bremen, Hannover und Mannheim war diese Resolution daher durchaus problematisch, da die FAU die grundrechtlich garantierte Koalitionsfreiheit auch als Bekenntnis zu einer Gewerkschaftspluralität begreift. Die angestrebte „Einheit" ist auch zwischengewerkschaftlich möglich. Da die Resolution letztlich nur unter der Grundaussage „Hände weg vom Streikrecht!" abgestimmt wurde, stimmten auch die anwesenden FAU-Mitglieder zu.

Practice what you preach

Der gesamte Tagungsablauf könnte dazu verleiten, die Gewerkschaften des DGB als radikaler wahrzunehmen, als sie wirklich sind. Selbst die Eröffnungsrede des IG Metall-Vorstands Hans Jürgen Urban atmete einen militanten Geist gegen Leiharbeit, Freihandelsverträge und für eine Solidarität in der Krise. Die Gewerkschaften des DGB werden sich hier allerdings daran messen lassen müssen, wie sie diese Verlautbarungen in die Tat umsetzen.

Es wird auch in naher Zukunft keine politischen Streiks gegen Austeritätspolitik und Freihandel geben. Die Konferenz „Gemeinsam Strategien entwickeln" wird aber ermöglichen, dass diese Themen wahrscheinlich in den nächsten Tarifauseinandersetzungen eine Rolle spielen. In diesem Sinne können Streiks das erfüllen, was die geistige Schirmherrin der Konferenz, Rosa Luxemburg, einmal formulierte: „Der ökonomische Kampf ist das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum andern, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf."

Teodor Webin

§§§-Dschungel

Muss ich (nachträglich) frei nehmen, wenn ich vor der Arbeit zur Notaufnahme oder zur Blutentnahme muss und deshalb später zur Arbeit komme? Muss ich frei nehmen, wenn ich einen Facharzttermin habe?

Grundsätzlich gilt nach § 616 BGB, dass Beschäftigte durch eine vorübergehende Verhinderung, die nicht selbst verschuldet ist, keine Lohneinbußen hinnehmen müssen. Das heißt auch, dass diese Zeit nicht vor- oder nachzuarbeiten ist.
Wenn man zum Beispiel gegen 14:00 Uhr einen Unfall hat und wird mit Pflaster, Tetanusauffrischung und ohne Krankschreibung aus der Notaufnahme um 17:00 Uhr entlassen, kommt dadurch erst 18:00 Uhr statt 16:00 Uhr auf Arbeit, müssen auch diese zwei Fehlstunden bezahlt werden. Zur Blutentnahme wird man für gewöhnlich morgens bestellt, einerseits aus labortechnischen Gründen, andererseits auch weil man nüchtern sein soll. Auch in diesem Fall darf die Zeit, die man zu spät kommt, nicht von der Arbeitszeit abgezogen werden. Selbiges gilt auch für Facharzttermine, die nur in der Arbeitszeit wahrgenommen werden können.
Gleiches gilt auch für Arztbesuche mit Kindern, für die man erziehungsberechtigt ist. Weitere Gründe können auch Hochzeiten und Beerdigungen naher Angehöriger oder Gerichtstermine sein. Allerdings ist der Katalog der Verhinderungsgründe per Arbeitsvertrag, Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung eingrenzbar, sogar bis auf Null.
§616 BGB, BAG, 13.12.2001 - 6 AZR 30/01

Wer hat wann Anrecht auf ein Arbeitszeugnis?

Nach Ende eines jeden Dienstverhältnisses hat der Dienstverpflichtete einen Anspruch auf ein Zeugnis, das auf Verlangen neben der Tätigkeit und der Dauer des Dienstverhältnisses auch über Leistungen und Verhalten Auskunft geben muss. Dies gilt ebenso für Nebentätigkeiten, Praktika, Minijobs, Aushilfen oder Scheinselbständigkeiten. Dabei spielt es keine Rolle, wie lang die Anstellung war oder welche Seite das Arbeitsverhältnis beendet.
Das Arbeitszeugnis ist unverzüglich auszustellen – sollte also schon zusammen mit der Kündigung durch den Arbeitgeber überreicht werden. Schließlich wird das Arbeitszeugnis für den weiteren Bewerbungsprozess benötigt. Bei einer Kündigung durch den Arbeitnehmer, Aufhebungsvertrag oder Uneinigkeiten zwischen beiden Seiten sind drei Wochen noch gerade so im Rahmen. Wenn ein Arbeitgeber es nicht hinbekommt, in einer angemessenen Zeit ein Zeugnis zu erstellen, ist es auch möglich, dieses selbst zu schreiben und vom Arbeitgeber unterzeichnen zu lassen, noch bevor man auf Zeugniserteilung klagt. Laien sollten dieses aber vor der Unterzeichnung prüfen lassen, damit man sich nicht aus Unwissenheit selbst einen negativen Zeugniscode hineinschreibt.
Einen gesetzlichen Anspruch auf ein Zwischenzeugnis gibt es zwar nicht explizit. Er wird in der Rechtsprechung aber aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers abgeleitet, wenn der Arbeitnehmer einen triftigen Grund hat, dies zu verlangen (z. B. sich auf dem Stellenmarkt umsehen wollen oder der Wechsel von Vorgesetzten). Dies ist auch zu empfehlen, wenn sich auf Arbeit gerade die Fronten verhärten.
§ 109 GewO, § 630 BGB, LAG Schleswig-Holstein, 01. 04. 2009 - 1 Sa 370/08, BAG, 01.10.1998 - 6 AZR 176/97

Ist Alkohol am Arbeitsplatz ein Kündigungsgrund?

Grundsätzlich nein. Der Arbeitnehmer hat die Pflicht, seine Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen zu erledigen. Solange ihn ein mäßiger Alkoholgenuss dabei nicht einschränkt, liegt keine Pflichtverletzung vor. Bei BerufskraftfahrerInnen, LokomotivführerInnen oder PilotInnen ist das Trinken von alkoholischen Getränken oder alkoholisiert auf der Arbeit zu erscheinen, generell eine Pflichtverletzung, die Abmahnungs- oder Kündigungsgrund sein kann.
Im Rahmen des Weisungsrechts kann der Arbeitgeber ein generelles Alkoholverbot verhängen. Dieses bedarf aber der Zustimmung des Betriebsrates, wenn es einen gibt. Wenn gegen ein Alkoholverbot verstoßen wird oder die Arbeit wegen Alkoholkonsums nicht mehr wie gewünscht erledigt werden kann, ist zu beachten, ob der Arbeitnehmer vielleicht alkoholkrank ist. Dann kann er nicht verhaltensbedingt, sondern „nur" personenbedingt gekündigt werden – und auch das nur, wenn es keine Möglichkeit zur Versetzung oder zur Reha gibt.
Der Arbeitgeber kann den Arbeitnehmer auch nicht einseitig zum Alkoholtest zwingen. Wenn es aber zu Unfällen kommt, die durch Alkohol (mit)verursacht wurden, kann durch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften der Versicherungsschutz entfallen.
§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG, BAG, 26. 01. 1995 - 2 AZR 649/94, BAG, 14. 11. 1984 - 7 AZR 174/83

Zusammengestellt von Thomas Bloch

Arbeiten in der Leipziger Gastronomie

Ein kommentierender Bericht der ASJ Leipzig zum Lohnspiegel

Über mehrere Monate haben wir Leipzigs Kneipen, Fast-Food-Läden, Bäckereien und andere Betriebe aus dem Gastronomiebereich besucht und sind mit Leuten über ihre Arbeitsbedingungen ins Gespräch gekommen. Wir haben danach gefragt, wie es ihnen mit ihrer Arbeit geht, wie die Löhne sind, wie das Verhältnis zum Chef oder der Chefin ist, ob sie das Trinkgeld behalten dürfen, ob Krankheits- und Urlaubstage bezahlt werden und wollten wissen, was generell gut oder schlecht läuft.

Warum denn die Mühe?

Bei uns, der Anarcho-Syndikalistischen Jugend, handelt es sich um eine außerparlamentarische Jugendorganisation, die für die Überwindung von Staat und Kapitalismus kämpft. Gewerkschaftliche Arbeit bildet damit einen unserer politischen Schwerpunkte. Als Jugendgruppe sind uns insbesondere junge Leute wichtig, die sich bereits in Arbeitsverhältnissen befinden – hierzu zählen vor allem Minijobbende. In der Gastronomie finden wir beide Gruppen: junge Lohnabhängige und viele Geringverdienende. Deswegen haben wir hier mit unserer Befragung angefangen. Wir wollten nicht nur herausfinden, was generell gut oder schlecht läuft. Besonders interessiert hat uns, ob denn auch die Beschäftigten wissen, was ihre Rechte sind, was ihnen schon von Anfang an tatsächlich zusteht.

Der Lohnspiegel ist aber nicht nur für uns da, sondern auch für alle anderen. Für jene, die selbst gerade in der Gastronomie arbeiten und mal schauen wollen, ob die Bedingungen vor Ort verhältnismäßig gut oder schlecht sind – oder was an Verbesserung möglich wäre. Der Lohnspiegel ist aber auch für alle nützlich, die gerade auf Jobsuche sind: Wo lohnt es sich vielleicht eher mal anzufragen, wenn was frei ist und wo lieber die Finger von lassen? Außerdem hoffen wir, dass sich auch der ein oder andere Gast am Lohnspiegel orientiert, der oder die an einem einigermaßen bewussten Konsum interessiert ist. Zum Beispiel: Wenn die Angestellten am Umsatz beteiligt werden, zahlt man vielleicht gern etwas mehr.

Die Ergebnisse des Lohnspiegels

Für alle Betriebe, für die wir ausreichend Informationen sammeln konnten, findet ihr die Daten in unserer Lohnspiegel-Tabelle. Interessant sind natürlich zunächst einmal die Löhne. Minijobbende kommen (wie üblich) im Vergleich zu Festangestellten schlechter weg. Hier reicht das Lohngefälle von Minimum 5 Euro bis 7,50 Euro pro Stunde. Bei Festangestellten beträgt das Minimum 6 bis 8 Euro. Für Selbstständige haben wir einen Wert von 10 Euro pro Stunde bekommen.

Was – neben den teilweise sehr niedrigen Löhnen – besonders ärgerlich ist, ist die Tatsache, dass fast flächendeckend die Bezahlung von Krankheits- und Urlaubstagen bei Minijobbenden unterbleibt. Die steht aber allen Angestellten zu, also auch Leuten, die monatlich weniger als 450 Euro mit ihrer Arbeit verdienen. Hier werden dementsprechend nicht einfach nur ganz explizit Rechte beschnitten, sondern Lohnabhängigen wird massiv ihr Gehalt gekürzt.

Was uns positiv aufgefallen ist, ist die Verteilung der Trinkgelder. Das Trinkgeld ist ein Geschenk des Gastes an die Angestellten und darf deshalb nicht einfach vom Chef oder der Chefin einbehalten, später „verteilt“ oder anders vergütet werden. Und bis auf wenige Ausnahmen, wie etwa bei der Bäckerei Ditsch im Hauptbahnhof, wanderte das Trinkgeld in die richtige Tasche (nämlich der Beschäftigten) und wurde in vielen Fällen paritätisch mit den Leuten in der Küche geteilt.

Bemerkenswert ist ebenso, dass wir oft gehört haben, dass das Arbeitsklima besonders gut oder familiär sei, man selbstverantwortlich handeln oder sogar mitentscheiden könnte. Wir begrüßen es natürlich, wenn der Job auch Spaß macht und man nicht nur malochen geht. Dennoch: Bedeutet das höhere Maß an Mitbestimmung nicht auch ein höheres Maß an Verantwortung und Kompetenz? Vielleicht werden sogar Aufgaben des/der InhaberIn übernommen, die mit denen eines Kellners oder einer Köchin nichts zu tun haben. Und spiegelt sich das dann auch in den Löhnen wieder? Meist tut es das nämlich nicht.

Darf denn sowas überhaupt erzählt werden?

Mit den Arbeitenden ins Gespräch und so Informationen über ihren Job zu bekommen war nicht immer einfach. In vielen Fällen haben sich die Leute nicht getraut oder sich schnell unwohl gefühlt. Das ist natürlich in Ordnung! Wenn jemand nicht mit uns sprechen wollte, haben wir dafür Verständnis.

Wir haben allerdings kein Verständnis dafür, wenn Angestellte dermaßen unter Druck oder gar Kontrolle stehen, dass es schon fast an Repression gleicht. Wenn uns also gesagt wurde, man dürfe explizit nichts sagen (bspw. in der Kneipe Gleis 8 im Hauptbahnhof) oder die Leute derart eingeschüchtert waren, dass sie sich sofort an Chef oder Chefin gewendet haben.

Dabei darf nicht vergessen werden: Über Arbeitsbedingungen und auch Löhne darf immer mit allen gesprochen werden! Anders wäre gewerkschaftliche Organisierung nicht möglich. Alle Klauseln, die dazu im Arbeitsvertrag stehen, sind ungültig. D.h. auch die Angestellten untereinander dürfen über die Bezahlung sprechen. Deswegen ruhig mal nachfragen, ob die Kolleginnen genauso viel bekommen wie die Kollegen oder Angestellten mit vermeintlichem oder tatsächlichem Migrationshintergrund so viel wie „alle anderen“.

Die Lohnspiegel Kampagne ist noch nicht vorbei!

Wir haben einige Daten gesammelt – wir sind aber noch nicht am Ende! Wir wollen fleißig weiter Infos aufnehmen und bitten um Eure Mithilfe. Schreibt uns, füllt den Fragebogen aus, kommt bei uns vorbei. Der Lohnspiegel soll immer weiter vervollständigt werden. Auch mit dem kommenden Mindestlohn 2015 ist der Lohnspiegel nicht überflüssig – ganz im Gegenteil! Wie wird der Mindestlohn denn umgesetzt? Uns interessiert, ob sich (positive wie negative) Nebeneffekte einstellen: Geht der höhere Lohn nun bspw. auf Kosten des Trinkgeldes? Oder ändert sich was an der Stundenzahl? Haltet uns auf dem Laufenden und sprecht mit euren Kollegen und Kolleginnen in der Gastronomie. Vergleicht eure Bedingungen, überlegt, ob sie nicht zu ändern wären und vernetzt Euch!

osjl.blogsport.de/lohnspiegel

Restriktionen und Protest

SexarbeiterInnen brauchen gewerkschaftliche Solidarität

SexarbeiterInnen sollen sich nach den Plänen von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) künftig bei jeder Kommune an- und abmelden müssen. Angeblich soll diese Maßnahme ihrem Schutz dienen. „Die Anmeldepflicht macht sie zu Objekten weiterer Einschränkung ihrer bürgerlichen Rechte. Es geht um Überwachung, nicht um Schutz“, heißt es in einem Aufruf, der von SexarbeiterInnen aus verschiedenen Ländern sowie zahlreichen Einzelpersonen unterzeichnet und Anfang November in verschiedenen Tageszeitungen, unter anderem in der taz veröffentlicht wurde. Unter den unterzeichnenden Organisationen findet man etwa die Sexworker aus Österreich und das Kollektiv zur Verteidigung der Rechte der SexarbeiterInnen aus Spanien. Aus Deutschland haben ebenso die Rote Hilfe Nürnberg, verschiedene Datenschutzorganisationen, der Bundessprecherrat der Linksjugend Solid und der Bundesvorstand der Piratenpartei den Aufruf unterschrieben. Gewerkschaftliche Gruppierungen hingegen sucht man dort vergeblich.



Foto: Björn Kietzmann

Demonstration gegen Zwangsregistrierung und „Hurenpaß“ im August in Berlin

Verbot statt Solidarität?

Liegt der Grund vielleicht darin, dass in Teilen der feministischen Bewegung und auch in gemischten linken Zusammenhängen noch immer das Prostitutionsverbot diskutiert wird? Dabei wird gern immer wieder betont, dass nicht die SexarbeiterInnen sondern die Freier bestraft werden sollen. Dass ihnen damit allerdings die Ausübung ihres Berufes verunmöglicht werden soll, wird dabei in Kauf genommen. „Wenn es um käuflichen Sex geht, geraten auch Linke gern mal aus der Fassung“, kommentiert der Publizist Markus Liske diese Debatten in einem Beitrag in der Zeitung Nolo, dem „Magazin für freiwillige Selbstentgrenzung“, der zum 80. Jahrestag der Ermordung von Erich Mühsam erschienen ist.

Arbeitskampf der SexarbeiterInnen

Dabei gäbe es vor allem für gewerkschaftlich organisierte Linke genügend Möglichkeiten, sich mit den SexarbeiterInnen und ihren Forderungen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen nicht nur theoretisch zu solidarisieren. Kaum öffentlich wahrgenommen war der Arbeitskampf bei einem großen deutschsprachigen Portal für sexuelle Dienstleistungen mit dem bezeichnenden Namen Kaufmich.com im Sommer 2014. Die Auseinandersetzung entzündete sich an Neuregelungen des Portals, die für die SexarbeiterInnen mit großen Umsatzeinbußen verbunden waren. Danach sollten nicht angemeldeten BesucherInnen der Webseite nur eine Telefonnummer, angemeldeten Besuchenden die Nummern von drei SexarbeiterInnen täglich angezeigt werden. Bei kostenpflichtigen Premium-Mitgliedern der Webseite sollten die Nummern auf 15 täglich beschränkt werden.

Kurz nach der Einführung dieser neuen Regelung begann der Protest der SexarbeiterInnen, weil sich massive Umsatzeinbußen ergaben. Als Gegenmaßnahmen haben einige SexarbeiterInnen ihre Telefonnummern an verschiedenen Stellen ihres Profils online gestellt und damit eine bewusste Regelverletzung vollzogen. Aus Solidarität beteiligten sich daran auch KollegInnen, die selber ihre KundInnen gar nicht über das Internet akquirieren. Daraufhin wurden die Profile der Protestierenden versteckt. Sie wurden bei Suchanfragen von KundInnen nicht mehr berücksichtigt. Auch ihre Blogartikel und Kommentare tauchten auf der Webseite nicht mehr auf. Obwohl die Auseinandersetzung zwischen SexarbeiterInnen und Portalbetreibenden von Kaufmich.com alle Merkmale eines Arbeitskampfs trug, gab es aus linken und gewerkschaftlichen Zusammenhängen kaum Reaktionen. Trotzdem hatten die protestierenden KollegInnen Erfolg. Die Portalbetreibenden erhöhten die Zahl der Kontakte für die nicht angemeldeten NutzerInnen wieder. Das Portal sexarbeiterinnenprotest.blogsport.eu informiert über diese und andere Arbeitskämpfe in der SexarbeiterInnenbranche. Es wird Zeit, dass es gewerkschaftliche Solidarität auch von außerhalb gibt.

Peter Nowak

Knast als gewerkschaftsfreie Zone?

Für die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern!

Seit Ende Mai dieses Jahres existiert die *Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation* (GG/BO, vormals Gefangenen-Gewerkschaft der JVA Tegel). Das Agieren der GG/BO ist hinter Gittern formaljuristisch abgesichert und nicht angreifbar. Wo dennoch Angriffe bspw. gegen GG/BO-Sprecher versucht werden, greift die politische und juristische Gegenwehr. Das schafft die Voraussetzung, damit Knäste seitens der Gefangenen keine gewerkschaftsfreien Zonen mehr sind.

Zwei GG/BO-Forderungen stehen aktuell im Mittelpunkt: erstens der allgemeine flächendeckende gesetzliche Mindestlohn für Gefangenenarbeit und zweitens eine Rentenversicherung für Inhaftierte. Auf Sicht geht es um die Durchsetzung der uneingeschränkten Gewerkschaftsfreiheit in der Unfreiheit der Haft – inklusive Versammlungsfreiheit, Tariffähigkeit und Streikrecht!

Auf welchen Prinzipien gründet die GG/BO?

Gewerkschaftsarbeit tritt im Konkreten höchst unterschiedlich auf. Es gibt eine Vielzahl von Gewerkschaften und Interessenverbänden, die sich für bestimmte Personengruppen und deren Belange einsetzen. Allerdings lassen sich mehrere Wesenszüge benennen, die für eine gewerkschaftliche Tätigkeit charakteristisch sind. Eine Gewerkschaft wie die GG/BO bezieht im Wesentlichen sich auf drei Grundsätze:

1. Das Prinzip der Autonomie besagt, dass die GG/BO eigenverantwortlich und selbstbestimmt auftritt. Das schließt eine Parteilichkeit für die eigenen Interessen ausdrücklich mit ein.

2. Das Prinzip der Umgestaltung der Verhältnisse beinhaltet, dass (tiefgehende) Veränderungen angestrebt werden, die zu einer Verbesserung der Situation der (arbeitenden) Gefangenen führen sollen. Neben den beiden Kernthemen (Mindestlohn und Rente) ist auf die Arbeitsbedingungen in den JVA-Betrieben zu zielen. In den Blick ist hierbei vor allem die Akkordhetze in Form der Stücklohnbezahlung in den so genannten Unternehmerbetrieben in den Haftanstalten zu nehmen.

3. Und nicht zuletzt orientiert sich die GG/BO auf das Prinzip der Solidargemeinschaft (Zusammengehörigkeit, Gemeinschaftssinn). Auch wenn Inhaftierte aufgrund ihrer Herkunft und Vergangenheit höchst unterschiedlich sind, können sie an ausgewählten Punkten gemeinsame Interessen ausdrücken. Ein Gefühl von Einheit und Genossenschaft kann sich einstellen, was die „Gefangenenfront“ von innen heraus stärkt.

Welche Zielsetzung verfolgt die bundesweite Knast-Gewerkschaft?

Eine Ausweitung der GG/BO auf JVAs im gesamten Bundesgebiet hat – von der JVA Tegel-Berlin ausgehend – schnell stattgefunden. In einem halben Dutzend Knästen kann die GG/BO über ihre Sprecher Präsenz zeigen. In etlichen weiteren bestehen teils enge Kontakte zu Inhaftierten. Das Ziel ist klar: in keiner JVA soll die „soziale Schutzmacht“ der GG/BO fehlen. Des Weiteren sollen mit engagierten GewerkschafterInnen aus den Einzelgewerkschaften des DGB und den Basis-Gewerkschaften FAU sowie IWW enge Kooperationsverhältnisse eingegangen werden.

Die Gewerkschaftsgründung ist eine authentische Initiative aus dem Knast heraus. Darin liegt auch der zentrale emanzipatorische Akt von den Gefangenen. Diese Initiative erhält aber erst durch die zahlreiche und kontinuierliche Unterstützung außerhalb des Knasts ihre zusätzliche erforderliche Stabilität.

Sowohl die bestehenden Bündniskonstellationen mit verschiedenen Gewerkschaften als auch der direkte Austausch mit KollegInnen der Unterstützungsgruppen vor den Anstaltstoren wie etwa in Köln und Berlin festigen das lokale, regionale und bundesweite Fundament, auf dem die GG/BO steht.

Volle Gewerkschaftsfreiheit im Knast durch die GG/BO durchsetzbar?

Die GG/BO setzt sich aktiv dafür ein, gegen Lohndumping sowie Hungerlöhne in den Haftanstalten politisch und juristisch vorzugehen. Diese Preisdrückerei wird von den Anstalten zynisch als Wettbewerbsvorteil angepriesen, um sich als besonders günstiger Akteur im Marktgeschehen in Szene zu setzen. Knäste werden so zu Sonderwirtschaftszonen, in denen arbeitsrechtliche Standards faktisch ausgehebelt werden. Konzerne funktionalisieren Knäste als verlängerte Werkbank und lagern bestimmte Tätigkeiten in JVA-Betriebe aus.

Der Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse kann nicht vor den Stahltoren der Haftanstalten Halt machen. Es gehört zu den ureigenen Aufgaben selbstorganisierter basisgewerkschaftlicher Initiativen, solche Zustände nicht nur anzuprangern, sondern abzuschaffen. Die Hebung der ökonomischen Klassenlage ist dabei ein Minimalziel.

Schlussendlich geht es der GG/BO um die Erlangung aller Gewerkschaftsrechte hinter Gittern, die ihr vorenthalten werden sollen. Das bedeutet, dass inhaftierte und nicht-inhaftierte gewerkschaftliche AktivistInnen nicht auf Arbeitskampfmittel verzichten wollen, die zur „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ geeignet sind. Die Lohnfrage ist hierbei eine zentrale Thematik des wirtschaftlichen Kampfes und die Rentenfrage eine der sozialen Absicherung im Alter.

Durchsetzbar werden diese legitimen, zugegebenermaßen sozialreformerischen, Forderungen dann, wenn sich Kräfteverhältnisse innerhalb und außerhalb der Knäste zu verschieben beginnen. Eine Stärkung der GG/BO verschiebt ebendiese Kräfteverhältnisse...

Oliver Rast

Sprecher der *Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation* (GG/BO)

Tarifflucht an der Uni

In Zeiten massiver Unterfinanzierung der Hochschulen werden immer mehr Aufgaben im akademischen Betrieb nach unten durchgereicht. Sprich von den teuren ProfessorInnen auf den Mittelbau und von diesem an die studentischen Hilfskräfte. Dies hat den unmittelbaren Vorteil, dass dadurch Personalkosten eingespart werden und auch der DGB spielt seine sozialpartnerschaftliche Rolle dabei. Seit Jahren wird kritisiert, dass studentische Hilfskräfte nicht unter den Tarifvertrag fallen, sondern über TV-L §1 Absatz 3c explizit vom Geltungsbereich ausgeschlossen sind. Entsprechend gelten diese haushaltsbürokratisch nicht als Arbeitskräfte, sondern werden unter Sachausgaben verbucht. Die Lohnhöhe dieser Hilfskräfte kann folglich von den Hochschulen relativ willkürlich festgelegt werden. Nach einer Richtlinie der Kultusministerkonferenz gibt es einen Höchststundenlohn, keine Mindesthöhe. Selbst innerhalb eines Bundeslandes variieren die Stundenlöhne zum Teil bis zu 1,50 Euro.

Jene Lücke im TV-L hat allerdings eine gerne übersehenen Haken: Sie greift nur bei wissenschaftlichen Tätigkeiten, sprich die Hilfskraft muss mindestens 50 Prozent ihrer Arbeitszeit „wissenschaftliche Dienstleistungen" erbringen. Was das genau ist bleibt zwar wage, aber EDV- oder Sekretariatstätigkeiten fallen explizit nicht darunter – Tätigkeiten zu denen Studierenden häufig herangezogen werden. Diese Rechtslage ermöglicht es relativ leicht Druck auf die Hochschulen auszuüben.

Momentan befindet sich die FAU Erfurt/Jena in so einen Konflikt mit der Jenaer Universität. Im konkreten Fall wurde jemand zum Unkrautjäten auf Testfeldern für eineinhalb Monate eingestellt. Keine wissenschaftliche Tätigkeit, was die Universität allerdings nicht daran hinderte pauschal die Vergütung für studentische Hilfskräfte im Arbeitsvertrag festzulegen. Ein Besuch des Personalrats der Universität löste zwar Verwunderung aus, wie diese Lohnhöhe zustande kommt, führte aber mitnichten dazu, selbst tätig zu werden bzw. sich an die DGB-Gewerkschaften zu wenden, dass diese doch dafür sorgen sollen, dass ihre Tarifverträge eingehalten werden.

Diese Gelegenheit, den DGB und Personalrat vorzuführen, die Uni unter Druck zu setzen und vor allem für die betroffenen Studierenden eine Gehaltsnachzahlung von rund 20 Prozent rauszuholen, lässt sich die FAU Erfurt/Jena natürlich nicht entgehen. Nachdem die Uni auf eine schriftliche Forderung unserseits nicht reagiert hat, wurde von uns das juristische Verfahren eingeleitet, welche nur den Ausgangspunkt für größere Aktionen unserseits bilden wird.

Aktuelle Informationen zum Konflikt auf unserer Website: www.fau.org/erfurt-jena

Thomas Möller

Betest du noch oder kündigst du schon?

Arbeitskampf an der Schwedischen Schule Berlin

Es ist ein trüber Berliner Oktobertag. Nachdenklich rührt Johnny H. in seiner Kaffeetasse: „Als ich vor vier Jahren begann, an der Schwedischen Schule zu arbeiten, war mir sofort klar: hier muss etwas geschehen. Wir hatten noch nicht einmal einen Pausenraum oder ein Lehrerzimmer. Ehrenamtliche Mehrarbeit war völlig normal, und man erwartete von uns, dass wir Klassenfahrten leiteten, ohne dafür bezahlt zu werden."

Die Belegschaft der Schwedischen Schule organisierte sich. In einem schwedischen Betrieb wird die Interessenvertretung normalerweise nicht von Betriebsräten, sondern von den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen wahrgenommen, die in Schweden „Fackklubbs" heißen. In dieser Art organisierten sich auch ErzieherInnen und LehrerInnen an der Berliner Schule, dessen Träger die „Victoriaförsamlingen" ist, die Schwedische Kirche in Berlin. Von Anfang an war klar, dass hier vor allem mit Unterstützung der FAU Berlin agiert wurde, die mehrere Mitglieder in der Schule hatte und hat.

„Es gelang uns, auf die Missstände aufmerksam zu machen und die Geschäftsführung immer wieder derart unter Druck zu setzen, dass sie schließlich nachgeben musste." Als Johnnys Vertrag dann erstmals ein Jahr später nicht mehr verlängert werden sollte, schlugen Gewerkschaft und Elternvertreter gemeinsam Alarm: Mit Erfolg. Johnny H wurde wieder eingestellt, und die damalige Geschäftsführerin verließ die Schule.

Heute ist Johnny wieder arbeitslos. Gemeinsam mit all seinen Kolleginnen und Kollegen wurde dem Lehrer und Mitglied des Schulbeirates im Mai aus heiterem Himmel gekündigt. Ein Schritt, der bei der Belegschaft ebenso wie bei Eltern und Schülern großes Verwundern hervorrief. Die Geschäftsführung versuchte zu beschwichtigen und versprach, zu Beginn des neuen Schuljahres alle Mitarbeiter erneut einzustellen.

Nach den Sommerferien erhielten in der Tat alle gekündigten Beschäftigten eine neue Anstellung – außer Johnny, Lehrer für Sport und Naturwissenschaft, und Linus, Hortmitarbeiter, die beide in der FAU Berlin organisiert sind und sich an ihrem Arbeitsplatz aktiv gewerkschaftlich betätigen. Linus und Johnny sind nicht verwundert. Schließlich waren sie es, die sich immer wieder für bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt haben. „Klar, dass das unbequem ist", grinst Johnny.



Quelle: arbetsplatskonflikt.blogspot.de

Solidaritätsaktion vor der Stadtkirche von Umeå durch die SAC am 12. Oktober vor der Abendmesse

Immer auf die Kleinen

Seit dem 1. Januar 2004 gilt in Deutschland ein neuer Schwellenwert für die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG), die Kleinbetriebeklausel: Er liegt bei zehn Mitarbeitern (§ 23 Absatz 1, Satz 3 und 4). Nach aktueller Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) sind Leiharbeitnehmer dabei mitzuzählen (BAG, Urteil vom 24.01.2013). Für die Leiharbeitnehmer selbst gilt dieser Kündigungsschutz jedoch nicht. Denn der Entleiher muss sie nicht kündigen, um ihren Arbeitseinsatz zu beenden, sondern muss dies lediglich seinem Vertragspartner, der Zeitarbeitsfirma, mitteilen.

Durch die Reform vor zehn Jahren fielen übrigens rund 80 Prozent aller Betriebe in Deutschland und 30 Prozent aller Arbeitnehmer aus dem Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes heraus.

Das Schwedische Modell

Besonders in Schweden hat der Fall mittlerweile für mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Neben zahlreichen Artikeln in Zeitungen und Magazinen führten auch Ortsgruppen der Gewerkschaft SAC Aktionen vor Kirchen in Schweden durch und informierten über die Situation an der Schule. Verständnislos blickt man von dort nach Berlin.

In Schweden selbst, wo fast 70 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger in einer Gewerkschaft organisiert sind, gilt das Modell eines universellen Wohlfahrtsstaates. Wenn vom „europäischen Sozialstaat" die Rede ist, denken wir zuerst an das skandinavische Modell.

Sofern es aber um Arbeitsbedingungen in schwedischen Betrieben außerhalb der Grenzen des Königreiches geht, sieht die Situation ganz anders aus. Besondere Aufmerksamkeit ziehen die Beispiele von H&M und Ikea auf sich. Aber auch die kleine schwedische Schule in Berlin scheint sich nicht gerne an die Werte des schwedischen Sozialstaates zu erinnern. Aus Stockholm selbst kommt ebenfalls nur Schulterzucken. Die Auslandsvertretungen der Kirchen und ihre angeschlossenen Institutionen seien autonom in ihren Personalentscheidungen, heißt es lapidar von der schwedischen Staatskirche.

Seit Anfang Juni befindet sich die FAU Berlin nun erneut in einem Arbeitskonflikt mit der Schwedischen Schule in Charlottenburg. Die Stellen der beiden gekündigten Gewerkschafter wurden mittlerweile, entgegen vorheriger Ankündigungen der Geschäftsführung, durch neue Mitarbeiter besetzt. Ein erster gerichtlicher Gütetermin im Juli blieb ohne Ergebnis. Geschäftsführerin Lena Brolin, die ebenso Vorsteherin und Pfarrerin der schwedischen Kirchengemeinde ist, war bis Mitte August im Urlaub. Per Brief ließ sie allerdings wissen, dass man nun den juristischen Prozess abwarten werde.

Die folgende Kündigungsschutzklage vor dem Berliner Kammergericht wurde Mitte Oktober in erster Instanz abgewiesen. Als Grund nannte der Richter in einer ersten mündlichen Erklärung die für die Schule geltende Kleinbetriebeklausel im Kündigungsschutzgesetz. „Das war schon erst mal eine Niederlage", räumt Johnny ein. Allerdings steht auch noch eine zweite Klage aus, die möglicherweise anders ausgehen könnte. Zwar ist die Schule durch ihre Größe in der Tat ein Kleinbetrieb. Zählt man jedoch die Institutionen der Schwedischen Kirche in Berlin zusammen, ergibt sich ein anderes Bild. Mit ihren Angestellten im Gemeinschaftsbetrieb von Schule, Hort, Verwaltung und Service müsste die Kirche Kündigungsschutz gewähren.

Die FAU Berlin plant indes weitere Aktionen an der Schule, um auch künftig sichtbar zu machen, dass der Arbeitskampf der Gewerkschafter nicht beendet ist. Auch die Beschäftigten selbst zeigen sich insgeheim weiterhin solidarisch. Die Machtdemonstration der Geschäftsführung hat ihre einschüchternde Wirkung jedoch nicht verfehlt.

Vera Dracke

Mehr als kleine geile Firmen

Update zum Konzept „Gewerkschaftlich Organisierter Betriebe" (GOB)

Das Konzept entstand, da es zum einen immer wieder zu Betriebsgründungen aus der FAU Berlin heraus kam und kommt, es zum anderen aber auch stetig Anfragen von außerhalb gibt. Die Anfragen von außerhalb beinhalten sowohl Jobsuchende, die nicht in einem x-beliebigen Chefbetrieb landen wollen, als auch andere Betriebe, die nach Maßstäben für einen „guten Betrieb" fragen.

Gleichzeitig sehen wir in der Gründung von Kollektivbetrieben auch eine Transformationsstrategie, ohne sie als einzigen Weg zur Überwindung des Kapitalismus promoten zu wollen. Hierbei orientieren wir uns mit einer Föderation der „Gewerkschaftliche Organisierten Betrieben" (GOB) an historischen Vorbildern, wie sie in *Direkte Aktion 193* (www.direkteaktion.org/193/hand-in-hand) beleuchtet wurden. Während die Belegschaftsmitglieder nach wie vor individuell in der Gewerkschaft organisiert sind, sind die Betriebe selbst Teil einer eigenen Föderation. Über diese GOB-Föderation kooperieren die Betriebe miteinander und können sich so dem Druck der Marktkonkurrenz besser entgegenstellen. Konkrete Projekte der Föderation sind Beratungsangebote (Rechtliches, Schlichtung/Mediation/Supervision, Fortbildung), ein finanzieller Fond, gemeinsames Marketing und Vertrieb, gemeinsame Kundenakquise und Lieferketten – bis hin zu einer solidarischen Ökonomie untereinander.

In Zeiten von aufstrebenden Startups mit flachen Hierarchien, die sich selbst das Prädikat der „guten Firma" geben (was bei genauerem Hinschauen auf deren Marketing- oder „Human Resources"-Abteilung zurückgeht), wollen wir diesem ein paar „harte Fakten" entgegenstellen. Auch deshalb haben wir die folgenden sieben Prinzipien als Bedingung für einen „Gewerkschaftlich Organisierten Betrieb" benannt:

Der **Betrieb ist kollektiviert**, d.h. befindet sich in Belegschaftshand, was über eine rechtlich verbindliche Struktur abgesichert ist. **Basisdemokratie**, d.h. jedes Belegschaftsmitglied hat genau eine Stimme und wichtige Entscheidungen werden demokratisch getroffen (Einschränkungen nur für Probezeit und Aushilfen). **Transparenz**, umfassend gegenüber der Belegschaft, grundsätzlich gegenüber der Gewerkschaft und der GOB-Föderation. **Gleichbehandlung in der Entlohnung**, das umschließt auch: Keine „miesen" Beschäftigungsformen wie schlecht bezahlte Probearbeit oder Praktika. **Solidarität** mit den abhängig Beschäftigten in Chefbetrieben: Genauso wie das Handeln in Chefbetrieben (Marktdruck) auf Kollektivbetriebe „durchdrückt", so ist auch das Handeln in Kollektivbetrieben nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen in den Chefbetrieben der jeweiligen Branche. Dem folgend, darf es in Gewerkschaftlich Organisierten Betrieben kein Lohndumping geben oder branchenübliche Standards dürfen nicht unterlaufen werden. Ein weiteres Prinzip stellt die **Kooperation** der einzelnen Betriebe in der erwähnten Föderation dar. Last not least, muss die Belegschaft mehrheitlich Mitglied der Gewerkschaft sein, damit der Anspruch einer Zusammenführung von **Organisierung** in Chef- wie Kollektivbetrieben erfüllt ist.

Aktuell führen wir Gespräche mit einzelnen Berliner Kollektivbetrieben wie etwa der Freilichtbühne Weißensee, der Kaffeerösterei Five Roasters und der Kneipe Tristeza. Darüber hinaus haben wir mit der Umsetzung der angedachten konkrete Projekte wie etwa einer rechtlich-gewerkschaftlichen Beratung für Kollektivbetriebe begonnen.

Jens Klink

Der Autor ist Mitglied der AG „Gewerkschaftlich Organisierter Betriebe" der FAU Berlin

Das Konzept und Kontaktadressen finden sich in voller Länge unter berlin.fau.org/gob

Meldungen aus der FAU

Kiel: Saubere Verhältnisse?!

Menschen, die im Reinigungsgewerbe arbeiten, befinden sich meist in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Ob im Hotel, der Gastronomie, den Büros, privat oder auf Kreuzfahrtschiffen: Trotz Tarif wird oftmals unter diesem bezahlt oder die reale Arbeitszeit entspricht nicht der vertraglich vereinbarten. Viele schlucken diese Verhältnisse, da sie keine andere Geldquelle sehen, um sich oder ihre Familie zu ernähren. Sprachliche Hürden, fehlendes Wissen um Arbeitnehmerrechte oder auch die Sachzwänge sowie Angst um den Arbeitsplatz lassen viele Menschen praktisch allein in ihrer Situation. Die FAU Kiel versucht durch einen Fragebogen, den Teufelskreis zu durchbrechen und die Verhältnisse zumindest punktuell zu erfassen. Mit den gewonnenen Erkenntnissen wollen wir eine Kontaktstelle einrichten, einen Überblick über die drängendsten Probleme gewinnen und anschließend konkrete Verbesserungen im Sinne der Beschäftigten erreichen.

www.fau.org/kiel-reinigungskraefte

Köln

Wiederholt aktiv insbesondere im Bereich internationale Solidaritätsarbeit ist das Allgemeine Syndikat Köln. Die FAU in Köln hat sich etwa an der IAA-Aktionswoche mit einer kleinen Aktion bei Truck&Wheel/BMW Mini beteiligt. Außerdem wurde sich durch einen Protestbrief solidarisch mit der Gastronomie-Arbeiterin Anna S. gezeigt, zu dem das Solidaritätsnetzwerk Most aufgerufen hatte. Als am 5. November der Prozess am Amtsgericht Köln gegen die belgischen Ford-Arbeiter aus Genk weitergeführt wurde, demonstrierte die FAU, wie schon zuvor, gegen die staatliche Unterdrückung von Arbeitskämpfen demonstrieren. Ansonsten wird weiterhin die Gefangenengewerkschaft unterstützt und es wurde sich am Flashmob Pflege am Boden beteiligt.

allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de

München/Dachau

Seit Jahren agiert eine Unabhängige Betriebsgruppe, unterstützt von der FAU München, in der Amper-Klinik in Dachau und kritisiert die Bedingungen, die geprägt sind durch Arbeitsverdichtung sowie Personalabbau. Das Klinikum gehört mittlerweile zur HELIOS-Kliniken-Gruppe. Die Betriebsgruppe solidarisierte sich mit dem Warnstreik am 30. Oktober in der aktuellen Tarifrunde zwischen ver.di und Helios. Zuvor hatte die Geschäftsführung der Amper Kliniken die Verteilung der Betriebszeitung *ANTIGEN* bzw. nicht genehmigte Aushänge oder Plakate untersagt. Informationen, die durch Aushänge im Klinikum veröffentlicht werden sollen, seien mit dem Vorstand abzustimmen. Jede Zuwiderhandlung wäre ein Verstoß gegen die Hausordnung, somit Hausfriedensbruch und damit ein Kündigungsgrund.

www.betriebsgruppen.de/bgak



„Es ist möglich: wir produzieren, wir verkaufen, wir bezahlen uns."

Und die Räder steh'n nicht still...

...wenn die Belegschaft es so will! Der „aktive Streik" bei LIP 1973

Bald nach den großen Streikbewegungen um 1968 fand in Frankreich ein Streikexperiment statt, das alles anders machen wollte. Kein passiver Streik, keine Arbeitsniederlegung, keine ritualisierten Abläufe. Und auch heute noch könnte die Geschichte dieses Streiks den Gewerkschaften helfen, neue Taktiken und damit auch neue Anziehungskräfte und neue Sympathien zu erarbeiten. Die Rede ist vom Streik beim französischen Uhrenhersteller „LIP".

Vorspiel

Bei LIP arbeiteten rund 1.300 Beschäftigte, als der Schweizer Konzern „Ebauches SA" nach und nach die Mehrheit an dem Unternehmen erlangte. Bald setzten auch schon die ersten Umstrukturierungspläne ein. In der Praxis hieß das: Entlassungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Forderungen der ArbeiterInnen waren klar: keine Entlassung, keine Unternehmenszersplitterung wie sie der neue Großaktionär vorsah.

Erster Akt: Die Mobilisierung im Inneren

Zunächst entschieden sich die ArbeiterInnen auf Vollversammlungen für einen „Bummelstreik". Das Arbeitstempo wurde verlangsamt, es wurde zu ausgiebigen Besuchen des Büros der Gewerkschaft im Betrieb aufgerufen, die ArbeiterInnen entwarfen Plakate um damit Werkhalle, Büros und Flure zu schmücken. Kurzum: Die Fließbandarbeit wurde aus dem Tritt gebracht. Zwar war diese Stufe der Auseinandersetzung überaus unbeliebt bei den KollegInnen, hatten sie schließlich immer Chefs und VorarbeiterInnen im Nacken, doch durch viel Entschlossenheit, wirksame Propaganda und viel Solidarität war diese Aktionsform dennoch ein Erfolg. In drei Wochen Bummelstreik ging die Produktion um rund 90% zurück, der Lohn musste jedoch regulär weiter gezahlt werden. Während dieser Phase wurde die innere Solidarität gefestigt und in ausführlichen Gruppendiskussionen der nächste Schritt vorbereitet.

Zweiter Akt: Popularisierung nach außen

Nun gingen die ArbeiterInnen an die Öffentlichkeit. Der Verkehr um Besançon wurde blockiert, Flugblätter verteilt und das Gespräch mit den AutofahrerInnen gesucht. Des Weiteren wurden Supermärkte, Plätze und Fabriktore anderer Firmen besucht, um die KollegInnen der Zulieferbetriebe darauf aufmerksam zu machen, dass der Kampf bei LIP auch andere Betriebe in der Region etwas angeht. Die Umstrukturierung von LIP hätte schließlich auch die Zulieferer obsolet gemacht. Die Popularisierung wurde immer weiter vorangetrieben, indem die Aktionen zunächst auf die Region und im späteren Verlauf auf ganz Frankreich ausgeweitet wurden. Die kämpfende Belegschaft lässt sich dabei die Propagandaarbeit nicht von der Gewerkschaftszentrale entreißen, sondern nimmt auch diese Aufgabe selbst in die Hand. Umfragen bestätigen den Erfolg der Popularisierungsarbeit. Trotz medialer Falschinformationen und einseitiger Berichterstattung befürwortete ein Großteil der Bevölkerung die Aktionen. Doch Konkursverwalter, Direktion und Investor zeigten sich unbeeindruckt, drohten mit der Einstellung der Lohnzahlungen und verkündeten bei einem Treffen mit Gewerkschaftsdelegierten, jetzt müsse hart durchgegriffen werden. Die ArbeiterInnen sperrten die Verwalter daraufhin kurzerhand ein und fanden in ihren Aktentaschen die schon lange ausgearbeiteten Pläne von „Ebauches SA". Das Gesamtunternehmen soll aufgelöst werden, 450 Menschen sollten ihren Job verlieren. Das Schweizer Unternehmen ist eigentlich nur an dem Know-How und dem Markennamen „LIP" interessiert. Daraufhin werden 25.000 Uhren aus den Lagerbeständen des Konzerns in dezentrale Verstecke geschaffen. Die Vollversammlung billigt im Nachhinein die spontane Aktion und entschließt sich zur Besetzung der Fabrik und zum unbefristeten Streik. Die Polizei wird monatelang vergeblich nach den versteckten Bauteilen suchen.

Dritter Akt: Der aktive Streik

Ab dem 20. Juni prangte vor den Fabriktoren ein Transparent: „Das ist möglich. Wir produzieren, wir verkaufen." Die ArbeiterInnen hatten die Arbeit wieder aufgenommen, aus den Materialbeständen werden Uhren gefertigt. Doch die Produktion erfolgt in eigener Regie. Das Fließbandtempo wird gedrosselt, die Vollversammlung ist das entscheidende Gremium. Es werden Kommissionen für Produktion, Verkauf, Verwaltung und Lager eingerichtet, das Werk steht BesucherInnen offen, was einen weiteren Popularisierungseffekt nach sich zieht. Die selbst produzierten Uhren werden direkt am Werkstor sowie an Betriebskomitees im ganzen Land verkauft. 62.000 Stück sind es in den ersten zwei Monaten.

Auch während der selbstorganisierten Produktion wird viel Zeit und Aufwand in die Popularisierungskommission gesteckt. Die wöchentliche Streikzeitung „LIP-unité" wird gegründet und steigert ihre Auflage von anfänglich rund 5.000 auf bald 50.000 Exemplare. Des Weiteren wird ein Manifest veröffentlicht. „Das kämpfende LIP wendet sich an alle Arbeiter" erreicht eine Auflage von einer Million Exemplaren. Und natürlich finden regelmäßig Informationsveranstaltungen, Demonstrationen und Solidaritätsaktionen im ganzen Land statt.

Am 2. August kommt es zur ersten „paie ouvrière". Die Arbeiter zahlen sich aus dem Erlös der verkauften Uhren ihren ersten Lohn in Selbstverwaltung aus. Dafür wird das Geld aus der versteckten sogenannten „Kriegskasse" in das LIP-Werk gebracht und in der Nacht vor der Auszahlung werden die Lohntüten befüllt. Insgesamt 2,1 Millionen Francs zahlen sich die ArbeiterInnen aus. Das Banner vor den Toren wird um einen Satz erweitert: „On se paie!" „Wir bezahlen uns." Am 14. August besetzt die paramilitärische „Gendarmerie mobile" das Werk. Es folgen Solidaritätsstreiks und Demonstrationen, die teils in gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei enden. Der Staat wurde nervöser, wurden schließlich von den Streikenden die bürgerlichen Eigentums- und Verfügungsrechte an den Produktionsmitteln außer Kraft gesetzt. So bauten die ArbeiterInnen sich nach der Vertreibung vom Werksgelände einige Untergrund-Ateliers ein, wo weiterhin die Fertigung der Uhren besorgt wurde und unterstrichen damit „...dass LIP dort ist, wo die Arbeiter sind", wie es einer der Streikenden formulierte.

Am 29. September 1973 beteiligten sich 100.000 Menschen bei strömendem Regen am „Marsch auf Besançon", was den Gipfel der LIP-Solidaritätsbewegung markierte. Unterdessen werden die Bedingungen für die ArbeiterInnen immer schwieriger. Die Lohnauszahlungen müssen klandestin und dezentral stattfinden, die Überwachung wird immer stärker. Im Dezember 1974 schließlich wurde der Konflikt vorerst1 beigelegt. Ein neues Management stellte alle ArbeiterInnen wieder ein, der Streik war beendet.

Der „grève active" als Strategie?

Sehr interessant sind die verschiedenen Auffassungen bezüglich der Taktik des aktiven Streiks. Die beteiligten Gewerkschaften waren die kommunistische CGT und die sozialdemokratische CFDT. Öffentlich unterstützten beide den Streik recht vorbehaltlos, um die hohe Akzeptanz für den Arbeitskampf in der Öffentlichkeit nicht zu gefährden. Dennoch gab es über die gesamte Dauer des Kampfes Versuche der Gewerkschaftszentralen, auf einen Kompromiss zu drängen. Nach einem halben Jahr Streik verlangte die CGT sogar die Wiederaufnahme der Arbeit zu den Bedingungen des von der Regierung ausgearbeiteten Lösungsvorschlags. Ganz davon abgesehen, dass dieser Lösungsvorschlag der Regierung von der LIP-Chefetage in die Feder diktiert wurde, sah es die Belegschaft überhaupt nicht ein, kleinbeizugeben. Entsprechend wurde der CGT-Vorstoß auf der Vollversammlung abgelehnt, die CGT kündigte die Aktionseinheit mit der CFDT auf. Dies war nicht der erste Streik nach 1986, in dem sich extreme Unterschiede in den Interessen und Vorstellungen zwischen CGT-Führung und CGT-Basis auftaten. Besonders bedeckt hielten sich aber beide Gewerkschaften damit, aus dem Kampf strategische Schlüsse für künftige Aktionen zu ziehen. Die Gewerkschaften auf der einen Seite hielten den Streik in dieser Form nur aufgrund der besonderen Bedingungen im Betrieb für machbar. Damit lagen sie teilweise im Widerspruch zu ihren eigenen Kadern innerhalb der LIP-Belegschaft. Denn die ArbeiterInnen auf der anderen Seite hielten das Konzept durchaus für im breiteren Rahmen anwendbar. Zwar war den ArbeiterInnen klar, dass die selbstorganisierte Fortführung der Produktion nur ein Teil ihres Arbeitskampfes war, ein selbstverwalteter Betrieb im Kapitalismus also nicht die von den ArbeiterInnen angestrebte Lösung war. Doch schrieben sie in ihrem Manifest:

„Die hiesige Aktion lässt sich nicht auf der Stelle auf alle Betriebe übertragen, dennoch kann unsere Methode, wenn sie den örtlichen Bedingungen angepasst wird, in hunderten von Betrieben Anwendung finden. [...] Dieser Kampf beweist, dass eine andere Gesellschaft möglich ist, eine Gesellschaft der Gleichheit, in der die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen werden."

Der Streik erfolgte auf Basis der Erfahrungen der Arbeitskämpfe aus der 1968er Bewegung. Doch weder bei dieser bekannten radikalen Erhebung noch bei der vergleichbar starken Streikbewegung 1969 in Italien kam es vor, dass nahezu eine komplette Belegschaft dieser Größe den Weg in die Illegalität wählte um für ihre Interessen zu kämpfen. Viele Aspekte dieses Streiks sollten für uns nicht nur eine historische Randnotiz sein, sondern können auch in strategische Überlegungen für künftige Arbeitskämpfe einfließen.

Patrick Lohner



Veröffentlichung des Packpapierverlag Osnabrück zu LIP

Wenn die Bürgerwehr dreimal klingelt

Rassistische Ausschreitungen in Andalusien: Das brave Bürgertum zieht plündernd durch die Straßen

Die anhaltende Verunsicherung breiter Teile der spanischen Bevölkerung befördert ein sich immer weiter ausbreitendes reaktionäres Klima. Demonstrations- und Streikrecht wurden in den letzten Jahren erheblich eingeschränkt und trotz der Selbstauflösung der ETA weitreichende Antiterrorgesetze verabschiedet. Besonders stark macht sich der patriarchale Rollback bemerkbar, der zur Durchsetzung der Entlassungen und Lohnkürzungen in weiblich dominierten Berufen bewusst von der regierenden Partido Popular und ihrem gesellschaftlichen Umfeld lanciert wird. Die Krisenfolgen wurden selbstredend von Beginn an maßgeblich auf als ethnische Minderheiten behandelte soziale Gruppen abgewälzt und so ein Gegensatz zwischen Spanier*innen und Migrant*innen heraufbeschworen. Die Konsequenzen bestehen nicht nur in der verschlechterten rechtlichen Lage und der Arbeitssituation migrantischer Communities, sondern auch in einem gesellschaftlichen Klima der Konfrontation entlang von kultureller und ethnischer Zugehörigkeit. Gewalt und Ausgrenzung haben im Zuge der tiefen Wirtschaftskrise dramatisch zugenommen.



Die schwarz-weiße Welt des hysterischen Bürgertums spiegelt sich nun in den Straßen von Estepa wieder

Zum Teufel mit den armen Teufeln

In der andalusischen Kleinstadt Estepa zeigte sich diesen Sommer deutlich der willkürliche Charakter des Law-and-Order Diskurses der konservativen Regierung. Eine Serie von Eigentumsdelikten entfachte eine wahre Massenhysterie: Angestachelt durch kampagnenartig verbreitete Meldungen in den sogenannten „sozialen" Medien versammelte sich dort ein Mob von etwa 1.000 Menschen zu einer unangemeldeten Demonstration. Nachdem sie von der Polizei auf die fehlende Genehmigung ihrer Versammlung hingewiesen wurden, zogen die aufgebrachten Bürger*innen die Straße weiter in eine von Roma bewohnte Gegend der Stadt. Dort begannen einige von ihnen, die Scheiben der Häuser der Roma Familien einzuwerfen und sogar in sie einzudringen. Die Familien mussten durch die Hinterausgänge fliehen, die vorgeblich gegen Diebstähle Demonstrierenden plünderten daraufhin deren Hab und Gut. Zwei der Häuser wurden sogar niedergebrannt. Den Familien blieb nichts anderes übrig, als Estepa zu verlassen. Danach sahen sie sich mit einer medialen und politischen Landschaft konfrontiert, in der allen Ernstes nicht nur Verständnis für den bürgerlichen Mob von Estepa aufgebracht, sondern sogar der Terminus des „Chorizo-Clans" aus den Mündern des Mobs übernommen wurde: So nannten die Einwohner*innen Estepas nach eigenen Auskünften die von ihnen vertriebenen Menschen, da sie mit ihrer von Landarbeit braun gebrannten Haut einer Paprika-Wurst ähnelten. Wie stark der bürgerliche Reflex des „Nach-Unten-Tretens" in Krisenzeiten ausgeprägt ist, wird zudem dadurch deutlich, dass die Pogrome im öffentlichen Diskurs auch damit gerechtfertigt wurden, dass es sich ja um nach Zwangsräumungen besetzte Häuser gehandelt habe. Die soziale Not der betroffenen Familien liefert im Nachhinein so noch die Begründung für die ihnen zugefügte Gewalt.

Marcus Munzlinger

Weitere Informationen zu den Vorfällen u.a. in dem Artikel von Gaston Kirsche in der jungle world: www.jungle-world.com/artikel/2014/30/50276.html

Italiens Abschied vom Kündigungsschutz?

Die Gewerkschaften gegen Renzis „Job Act"

Die Lage in Italien bleibt weiterhin prekär: Während in anderen europäischen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit, wenn auch langsam, zurück geht, ist in Italien keine Besserung in Sicht. Aber anstatt die überbordende Korruption zu bekämpfen und die Macht der reichen Wirtschaftsmogule Italiens zu brechen, sucht sich die Regierung lieber die vermeintlich Schwächeren aus – natürlich die ArbeiterInnen und Angestellten. Die Regierung Renzi will dabei eine historische Errungenschaft der italienischen Arbeiterschaft abschaffen: Der Kündigungsschutz, der ArbeiterInnen vor ungerechtfertigten Entlassungen in Betrieben mit über 15 Beschäftigten schützt, soll nach leichten Veränderungen in den Vorjahren[1] vollständig aufgeweicht werden. Ab jetzt soll dieser erst ab drei Jahren Anstellung greifen. Auch weitere Veränderungen innerhalb dieser „Reform" erinnern an die hierzulande bekannte Agenda 2010. Glaubt man Renzis Worten, sollen im Zuge des Vorhabens eine allgemeine Arbeitslosenversicherung eingerichtet und viele derzeit existente prekäre Arbeitsverträge zukünftig unterbunden werden. Zusätzlich ist die Schaffung einer Arbeitsagentur vorgesehen, um eine aktivere Arbeitsmarktpolitik zu ermöglichen. Also analog dem hier in Deutschland berühmt-berüchtigten „freundlichen" Kundendienst für Arbeitslose. Die Regierung erhofft sich dadurch eine Senkung der Arbeitslosigkeit zu bewirken oder zumindest mehr Sozialabgaben für den Staat zu generieren. Obwohl die geplante de-facto-Abschaffung des Kündigungsschutzes dergestalt rechtlich extrem problematisch sein dürfte, ist hier zu betonen, dass auch das bisherige Gesetz nicht wirklich über die Gesetze anderer Länder hinausgeht.[2]

Dabei ist das italienische System wesentlich krasser, als dies in Deutschland der Fall ist: Es gibt in Italien kein vergleichbares Sozialsystem. Italienische Arbeitende sind nur versichert, wenn sie einen Job haben. Da Italien aber im Besonderen ein Problem mit einer extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit hat, hatten viele Menschen bisher noch keine Arbeit. 44,2% der unter 25-Jährigen sind arbeitslos, noch 79% der unter 30-Jährigen müssen zu Hause leben, das durchschnittliche Alter für finanzielle Unabhängigkeit beträgt 35![3] Da das italienische Sozialsystem vom Ansatz her immer noch im 19. Jahrhundert verwurzelt ist, wird hier auf die Großfamilie gesetzt: Kein Hartz IV, kaum weitere Sozialleistungen, nur ein pauschales Elterngeld – doch die gesamte Struktur der italienischen Gesellschaft ist eben heute eine ganz andere. Für die Zukunft steht zu befürchten, dass es die Arbeitsverhältnisse in Italien noch schlimmer prekarisieren wird: Vielleicht werden mehr Menschen Arbeit finden, aber zu extremen Bedingungen, bei denen der kleinste Fehler eine Kündigung bedeuten kann, gegen die man sich gerichtlich nicht wehren kann.

Aufrufe zu Generalstreiks

Die Gewerkschaften Italiens reagieren auf den Job Act Renzis. Die großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL beließen es hierbei zunächst nur bei schroffen Worten. Der erste Verband, der zu einem allgemeinen Streik aufrief, war der Verband der Basisgewerkschaften „Unione Sindacale di Base" (USB), ein Verband, der aus der links-kommunistischen Vergangenheit Italiens kommt (Stichwort „Eurokommunismus"). Seinem Aufruf zum 24. Oktober folgten immerhin über eine Million Beschäftigte. Betroffen waren vor allem der Flug- und Eisenbahnverkehr sowie der Schulbetrieb. Den Auftakt machten SchülerInnen und StudentInnen, die zu Beginn des Streiktags landesweit in allen Regionalhauptstädten Protestkundgebungen gegen den Zustand des Bildungswesens ausrichteten. Für den 14. November haben nun weitere Gewerkschaften einen Generalstreik ab acht Uhr morgens für acht Stunden angekündigt. Mit dabei Gliedgewerkschaften des größten Verbandes CGIL.

Die USI ruft ebenfalls zu Streiks in Mailand und Florenz auf. Die Schwerpunkte richten sich hierbei auf ihre Sympathisanten im Dienstleistungs- und Industriesektor sowie die Beschäftigten in Pflege- und Krankenhäusern.

Michael Rocher

[1] Seit 2012 können die Unternehmer den ungerechtfertigt Entlassenen auch eine Entschädigung zahlen, zuvor gab es nur die Option, die Gekündigten wieder einzustellen.

[2] Fr-online vom 30.09.2014 www.fr-online.de/politik/italien-renzi-macht-sich-neue-feinde,1472596,28575866.html

[3] Die Zahlen stammen aus dem Artikel: www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/jamie-mackay/matteo-renzi%E2%80%99s-jobs-act-is-affront-to-italy%E2%80%99s-youth

Sichere Herkunftsländer?

Ein Kommentar von Uli Lehrer

Nachdem neben Ghana und Senegal nun auch Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsländer gelten, werden Asylanträge von Flüchtlingen aus diesen Ländern generell nicht mehr umfassend geprüft, sondern meist als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Für betroffene Flüchtlinge bedeutet dies, dass sich die Ausreisefrist bei einer Ablehnung des Asylantrags auf eine Woche verkürzt. Das gleiche gilt für die Klagefrist gegen eine negative Entscheidung. Darüber hinaus sind die Gerichte angehalten, innerhalb von einer Woche über eine Klage zu entscheiden. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung mehr. Das bedeutet, dass ein Flüchtling abgeschoben werden kann, obwohl seine Klage gegen die Ablehnung des Asylantrags noch läuft.

Mit Dreistigkeit wird bei der Begründung des Gesetzesentwurfes behauptet, dass „tatsächlich schutzbedürftige Asylsuchende" aufgrund der „zumeist nicht aus asylrelevanten Motiven" gestellten Asylanträge benachteiligt würden, weil weniger „Kapazitäten" dafür zur Verfügung stünden. So versucht man gemäß dem Prinzip „Teile und Herrsche" die Flüchtlingsgruppen auch gegeneinander auszuspielen. Dass die Menschen tatsächlich schutzbedürftig sind, zeigen zahlreiche Berichte diverser Menschenrechtsorganisationen sowie ein von ProAsyl in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten. Diese wurden aber ganz offensichtlich von den verantwortlichen Stellen nicht beachtet.

Der Gesetzesinitiative vorausgegangen waren massive Hetzkampagnen diverser Medien und Übergriffe rassistischer Mobs gegen Zuwanderer und Flüchtlinge aus Südosteuropa in den letzten Jahren, man denke etwa an die Kampagne der NPD gegen Sinti und Roma, die Berichterstattung über das „Problemhaus" in Duisburg und zahlreiche rassistische Übergriffe gegen Migrant*innen aus diesen Ländern. Wie bereits nach den Pogromen zu Beginn der 1990er Jahre ist es der Reaktion und dem rassistischen Straßen-



mob also wieder einmal gelungen, ihre Ziele zu erreichen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich ein großer Teil der Begründung des Gesetzesentwurfes so liest, als sei er für eben jene geschrieben, die tagtäglich gegen Immigrant*innen aus diesen Ländern hetzen.

Was können wir tun?

Unsere Aufgabe sollte es daher nicht sein, „Vorurteile" gegen Einwanderer aus Südosteuropa zu widerlegen oder an die „Vernunft" der Rassist*innen zu appellieren. Es geht vielmehr darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die negative Zuschreibungen gegen Flüchtlinge aus diesen Ländern erst ermöglichen und begünstigen, anzugreifen. Dies bedeutet die faktische Ausgrenzung und Absonderung vieler Zuwanderer und Flüchtlinge endlich zu beenden. Lager und Sammelunterkünfte gehören geschlossen, alle rassistischen Sondergesetze abgeschafft. Besonders das deutsche „Blutrecht", das etwa die Abschiebung hier geborener Menschen auch nach Jahrzehnten ermöglicht sowie bestimmte Stereotype vom Anderen spielen bei der Konstruktion einer Ideologie, die einteilt in solche, die hierher gehören und solche, die es nicht tun, eine große Rolle. Hier sollten wir intervenieren und den betroffenen Menschen solidarisch zur Seite zu stehen.

Quellen und Literatur

iz3w 334: Antiziganismus - Vergangenheit und Gegenwart
www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/iz3w334.pdf

Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer
www.dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/015/1801528.pdf

Klaus-Michael Bogdal
Europa erfindet die Zigeuner - Eine Geschichte von Faszination und Verachtung
Suhrkamp, 2011

Reinhard Marx
Serbien, Mazedonien und Bosnien – sichere Herkunftsstaaten?
Zusammenfassung eines Rechtsgutachtens im Auftrag von ProAsyl:
www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2014/Zusammenfassung_des_Rechtsgutachtens.pdf

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Großbritannien: Gewerkschaftsführung kriegt kalte Füße

Am 18. Oktober protestierten rund 100.000 Menschen in Glasgow, Belfast und London für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, nachdem bereits am 13. und 15. Oktober Beschäftigte des Gesundheitswesens und staatlicher Behörden in den Ausstand getreten waren. Am 21. Oktober hätten die Angestellten der Kommunen nachziehen sollen, doch der Streik wurde durch die Führung der UNISON (der landesweit größten Gewerkschaft im öffentlichen Dienst) kurzfristig abgesagt. Offiziell wurde der Schritt damit begründet, dass nun seitens des Arbeitgebers ein Vorschlag zu Lohnerhöhungen vorliege. Doch zeigten sich weite Teile der UNISON-Basis darüber erzürnt, da der Vorschlag nicht nur eine Lohnerhöhungen von lediglich zwei Prozent innerhalb der nächsten zwei Jahre vorsieht, sondern auch, weil genau jenes – bereits seit längerem vorliegende – „Angebot" für die Angestellten des öffentlichen Dienstes überhaupt erst der Anlass gewesen war, in den Streik zu treten. Über die tatsächliche Ursache der plötzlichen Kehrtwende der UNISON-Führung kann nur gemutmaßt werden. Ein möglicher Grund: Als eine der oppositionellen Labour-Party nahestehende Gewerkschaft wollte man im Vorfeld der Unterhauswahlen im Frühjahr 2015 Stimmung gegen die regierenden Konservativen machen, doch fürchtete man jetzt mit einer weiteren Eskalation des Konflikts eher der rechtspopulistischen UKIP in die Hände zu spielen.

Brasilien: Teilerfolg für Uni-Angestellte

Nach 116 Tagen endete am 26. September der längste Arbeitskampf in der Geschichte der Universität São Paolo. Rund 17.000 nichtakademische Beschäftigte legten die Arbeit nieder, nachdem der Universitätsdirektor ihre Löhne eingefroren hatte. Schon im Vorfeld war die Stimmung in der Belegschaft angespannt: Die Arbeitsbedingungen wurden zunehmend prekärer, private Firmen gewannen an Einfluss auf dem Campus – zuletzt gab es sogar Berichte darüber, dass das Universitätsklinikum ausgegliedert und möglicherweise privatisiert werden sollte. Während der Dauer des Ausstands griff die Militärpolizei immer wieder Streikposten an, auch wurde ein Mitglied des Streikkommandos 45 Tage lang inhaftiert. Schließlich konnten sich die Streikenden und der Direktor doch einigen: Es gibt nun 5,2 Prozent mehr Lohn, von nachträglichen Repressalien gegen Streikende wird abgesehen. Da die Inflationsrate in Brasilien bei ca. 6 Prozent liegt, kann man allerdings nur von einem Teilerfolg sprechen. Erwähnenswert ist, dass der Konflikt mehr oder minder von den Betroffenen direkt geführt worden war: Neben den basisorientierten Strukturen der im Konflikt aktiven Gewerkschaft SINTUSP wurde ergänzend ein Streikkommando eingerichtet, sodass auch alle Beteiligten ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft durch Delegierte Einfluss auf das Geschehen nehmen konnten. Von den 90.000 Studierenden konnte kein nennenswerter Teil mobilisiert werden. Dies hätte den Druck zusätzlich bedeutend verstärken können. Sollten die Pläne von einer Ausgliederung des Universitätskrankenhauses jedoch fortgesetzt werden, scheint die Belegschaft zu einer Neuauflage eines Konflikts bereit zu sein.

Costa Rica: Hafenarbeiter gegen Privatisierung

Im Zuge einer beschlossenen Privatisierung der Häfen Puerto Moín und Puerto Limón durch die niederländische APMT legten die Hafenarbeiter beider Orte am 22. Oktober die Arbeit nieder – der Ausstand sollte ursprünglich unbefristet sein. Verbunden mit einer Besetzung kam es zu Handelseinbußen von bis zu 85 Prozent. Doch noch am selben Abend räumten rund 150 Polizisten die Arbeitsstätten, insgesamt wurden 68 Personen festgenommen. Daraufhin setzten die Hafenbetreiber kurzfristig ausländische Hilfsarbeiter ein, um den Betrieb zu gewährleisten. Die federführende Gewerkschaft JAPDEVA bezeichnete das Vorgehen als „abscheulich" und kündigte Gegenmaßnahmen an. Aufgrund der Privatisierung befürchten die Dockarbeiter schlechtere Arbeitsbedingungen und den Verlust der bisher in öffentlicher Hand gelegenen Arbeitsplätze – auch spielen umwelttechnische Erwägungen eine Rolle: Am Hafen ist ein neues Riesenterminal geplant, das Schiffe abfertigen soll, die etwa fünfmal so groß sind wie jene, die bisher ein- und auslaufen.

Marokko: Streiks nach anhaltendem Sozialabbau

Nachdem die Regierung in Rabat beschlossen hatte, das Renteneintrittsalter von 60 auf 62 – mittelfristig sogar auf 65 – Jahre anzuheben, traten am 30. September Angestellte des öffentlichen Diensts in den Streik. Vor allem betroffen waren die öffentliche Verwaltung und der Bildungssektor. Den aufrufenden Gewerkschaften UGTM, FDT und ODT zufolge lag die Streikbeteiligung zwischen 75 und 100 Prozent. Neben dem höheren Renteneintrittsalter und einer Anhebung der Rentenbeiträge richtete sich der Unmut der Streikenden auch gegen allgemein steigende Preise bei gleichzeitig eingefrorenen Löhnen, Massenentlassungen und eine wachsende Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse – Stichwort: Zeitarbeit. Auch warten die ArbeitnehmerInnen des Landes nach wie vor auf die Umsetzung und Ausweitung gewerkschaftlicher Freiheiten, die ursprünglich nach dem arabischen Frühling im „Abkommen vom 26. April 2011" festgeschrieben worden waren. Zentralbank-Chef Abdellatif Jouahri forderte Gewerkschaften und Regierung derweil zu einer Konsensfindung auf, um die Wirtschaft des Landes nicht weiter zu destabilisieren. Die Gewerkschaften für ihren Teil kündigten jedoch an, aufgrund der aussichtslosen sozialen Lage nun auf einen Generalstreik hinzuarbeiten.

Redaktion Globales



Direkte Aktion statt sozialpartnerschaftlicher Mauschelei

Kämpfe indigener Gemeinden um Land haben mehr mit unseren Verhältnissen zu tun, als ein kulturalistischer Blick zunächst suggerieren mag

Im Norden Perus ist die dortige spezifische Konstruktion einer „Sozialpartnerschaft" gescheitert: Hunderte Menschen besetzten Ende Oktober den Flughafen von Andoas in der nördlichen Provinz Loreto. Damit sabotierten sie die Mechanik des Netzes aus Logistikunternehmen, staatlichem Verwaltungsapparat und der transnationalen industriellen Rohstoffförderung. Wohlgemerkt handelte es sich bei diesem Akt nicht um Arbeiter*innen und Angestellte der staatlichen und privaten Konzerne und Behörden, sondern um die kollektiven Eigentümer*innen großer Flächen des peruanisch/ecuadorianischen Grenzgebietes. Warum es sich dennoch nicht um einen chauvinistischen oder gar xenophoben Aufstand zur Besitzstandswahrung, sondern um einen emanzipatorischen Konflikt mit der gesellschaftlichen Funktion „des" Kapitals handelt, soll in den folgenden Zeilen dargelegt werden.

Der peruanische Staat überantwortete in den 90er und 2000er Jahren nach jahrelangen Konflikten mit indigenen Gemeinden die Landtitel an dem von Bergen, Flüssen und Urwald geprägten Gebiet an verschiedene Gruppen, die sich in der Federación Indígena Quechua del Pastaza (Föderation der Quechua von Pastaza, kurz Fediquep) organisiert hatten. Damit zog sich der Staat aus einer Auseinandersetzung zurück, in der er nie die ihm systemisch zukommende hegemoniale Funktion einnehmen konnte, nämlich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Verhältnis von Kapital und Arbeit zu schaffen. Denn die individualisierte Lohnabhängigkeit hatte die Angehörigen der betreffenden indigenen Gemeinden bislang vor allem durch Tagelöhnerei und prekären Schwarzmarkthandel ergriffen, aber eben nicht im Sinne eines politisch regulierbaren und zementierten sozialen Status Quo.

Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte lang galt das Humankapital der Menschen in der Peripherie der Amazonasökonomie als unattraktiv für die Unternehmen zwischen Lima, Manaus, Iquitos und Quito. Der Strom an Arbeitssuchenden aus den Provinzen in die Zentren und die dortige Bevölkerungsexplosion in den Armenvierteln sicherten einen nie versiegenden Nachschub an billiger Arbeitskraft für die peruanische, brasilianische und ecuadorianische Industrie und die globalen Investor*innen. Bis heute ist es für die in dieser Gegend umtriebigen Unternehmen günstiger, Arbeiter*innen aus den Städten selbst in die abgelegensten Orte zu fliegen oder über die Flüsse zu verschiffen und in unwürdigen Behausungen zu kasernieren, als das Konfliktrisiko einzugehen, das eine vertragliche Beschäftigung der dortigen Bevölkerung in sich birgt. Denn das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit dominiert in diesen Bevölkerungsteilen nicht vollkommen die Reproduktion, wie es für die kapitalistische Gesellschaft eigentlich prägend ist. Damit aber sind die Angehörigen der indigenen Gemeinden trotz ihrer materiell oft desaströsen Lage den Verwertungsinteressen, wie sie das Kapitalverhältnis zwangsweise vorgibt, paradoxerweise nicht auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Ohne Gewerkschaften: Verknappung der Arbeitskraft durch Verschmähung des Kapitalverhältnisses

Es ist eine komplizierte politisch-ökonomische Gemengelage: Für die Unternehmen und die Investor*innen besteht weder ein wirtschaftlicher noch ein politischer Druck, für die Lohnstückkosten bei ihren Geschäften in der Peripherie des Amazonasgebietes mehr Kapital aufzuwenden; sie haben mit ihrem langen kalten Krieg gegen soziale Bewegungen für eine scheinbare Verewigung der frühindustriellen Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie, der Wasserkraft, in den Goldminen, der Logistik und der Ölindustrie gesorgt. Somit können sie auf den uneingeschränkten Zugriff auf die Arbeitskraft der indigenen Gemeinden ohne Weiteres verzichten. Diese wiederum konnte das Schicksal der verelendeten Massen in den Slums der Hauptstadt Lima nicht locken, ihre Subsistenzwirtschaft für die Versprechungen der Industriegesellschaft aufzugeben. Damit aber bot sich ihnen auch eine Alternative zur mehr als kargen staatlichen und kirchlichen Fürsorge, auf die die vom Kapital Verschmähten in den industriellen Zentren Perus und der jeweiligen Anrainerstaaten sonst angewiesen sind: Selbstversorgung durch Ackerbau, Jagd und Holzfällerei, ergänzt durch Gelegenheitseinkünfte im Handel mit privatwirtschaftlichen Akteur*innen. Diese Alternative zur kompletten Lohnabhängigkeit verteidigten die heterogenen politischen Gruppen der Indigenen im peruanisch/ecuadorianischen Grenzgebiet gegen den Staat und seine territorialen Ansprüche.

Auch um die Gemeinden nicht linken Bewegungen in die Arme zu treiben, ließ sich der ansonsten alles andere als in Sachen Repression zögerliche peruanische Staat auf Verträge ein, in denen ausgesuchten Gruppen die Eigentumsrechte an großen Gebieten in Loreto eingeräumt wurden, wenn auch selbstverständlich unter rechtlicher Beibehaltung des staatlichen Gewaltmonopols. Damit begann ein für Europäer*innen nur schwer nachvollziehbarer Verhandlungsprozess zwischen transnational agierenden Großunternehmen und am Rande des materiellen Elends lebenden sozialen Gruppen. Es war nicht mehr an der staatlichen Verwaltung, die rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für das Kapital bereitzustellen, sondern diese machtvolle Position fiel von nun an den indigenen Gemeinden zu. Von einem politisch-ökonomischen Standpunkt aus betrachtet gerieten so die Repräsentant*innen der Gemeinden in die Funktion von mächtigen Betriebsräten oder Gewerkschaftsvorsitzenden in durch das Kapitalverhältnis komplett erschlossenen Gesellschaften – also den tragenden Säulen der in Deutschland immer wieder beschworenen „Sozialpartnerschaft".

Alle Räder stehen still...

Die Unternehmen spielten denn diese Klaviatur erwartungsgemäß. Die Sprecher*innen der Gemeinden wurden mit der Unternehmenslogik vertraut gemacht, zu Vertragspartner*innen erkoren und die verschiedenen politischen Gruppen der Indigenen gegeneinander ausgespielt. Der eine Vertrag wurde durch die Konditionen eines nachgelagerten ausgehebelt, Subunternehmen gaukelten andere Zuständigkeiten für ein und dieselbe Tätigkeit vor, und einheitliche Interessen der verschiedenen indigenen Gruppen z.B. an Wegzöllen für die Logistikbranche oder Ausgleichszahlungen für gerodete Waldflächen wurden mittels politischer Winkelzüge zu Konfliktthemen zwischen den Gemeinden. Die kollektiven Rechte der Gemeinden wurden so bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht – recht analog zum sozialpartnerschaftlichen Umgang mit den Rechten der Koalitionsfreiheit und dem Wert der Mitbestimmung in deutschen Betrieben. Nur in dieser allgemeinen systemischen Sicht ist die Besetzung des Flughafens der Stadt Andoa zu verstehen. Denn diese direkte Aktion, die die gesamte Ökonomie der Region, die komplett vom Flugverkehr in die nächsten Städte abhängig ist, ins Mark traf, wurde eigentlich durch einen partikulären Konflikt ausgelöst. Das Gas- und Erdölunternehmen Pluspetrol Norte hatte Zusagen nicht eingehalten, durch die eigenen Aktivitäten würde die Wasserqualität der Shanshococha Lagune nicht in Mitleidenschaft gezogen. Zudem wurden für die Erkundung von neuem Areal zur Rohstoffförderung in Aussicht gestellte Zahlungen nicht in vollem Umfang geleistet. Das Unternehmen verwies auf parallele Verhandlungen mit Vertreter*innen anderer Gemeinden in gänzlich anderen Angelegenheiten. Dies brachte das Fass im indigenen Dachverband Fediquep zum Überlaufen, war doch nicht zu leugnen, dass die Praxis der Geschäftsbeziehungen zu den Unternehmen über lange Sicht nur Verschlechterungen für die von dem Land abhängigen Angehörigen der indigenen Gemeinden nach sich gezogen hatte. Wie Aurelio Chino Dahua, Vorsitzender von Fediquep, deutlich machte, fühle er sich durch das Unternehmen wie aber auch durch den peruanischen Staat, der in diesem wie vielen anderen Fällen juristisch die Unternehmer*innenseite bevorzugt hatte, regelrecht „verspottet". Denn die Besitzrechte der Gemeinden galten peruanischen Gerichten in vielen Verhandlungen gegenüber den handelsrechtlichen Winkelzügen der Unternehmen als nicht maßgeblich. So entschlossen sich die re-organisierten indigenen Gruppen, die sozialpartnerschaftliche Praxis einseitig aufzukündigen. In genauer Kenntnis der makroökonomischen Bedeutung des Flughafens in Andoa legten sie für mehrere Tage die Zahnräder der Rohstoffindustrie in ihrer Region lahm und entwickelten erhebliche politisch-ökonomische Macht. Die Auseinandersetzung steht jedoch erst am Anfang.

Marcus Munzlinger

Nur langsam voran

Ukrainische Gewerkschaften seit der Unabhängigkeit

In der gegenwärtigen Krise spielen die ukrainischen Gewerkschaften keine große Rolle. Es fällt sogar auf, dass nicht einmal bei den Protesten der ArbeitnehmerInnen die Gewerkschaften als wichtige Akteure auftreten. Die Gründe dafür in einem Land, in dem Millionen von Menschen als Gewerkschaftsmitglieder registriert sind, werden verständlich, wenn man einen Blick auf die Geschichte der Gewerkschaften in der unabhängigen Ukraine wirft.

Auch wenn man heute die Donbass-Region vor allem als Hochburg der prorussischen Kräfte kennt – es waren die Bergleute des Donezker Kohlenbeckens, die ab 1990 aktiv für die Unabhängigkeit der Ukrainischen Sowjetrepublik streikten. Die Streikkomitees arbeiteten damals eng mit der „nationaldemokratischen" Opposition zusammen. Von der Unabhängigkeit versprachen sich die Bergleute einen raschen Anstieg des Lebensstandards. Doch bereits 1993 streikte man im Donbass erneut, diesmal gegen die Regierung der unabhängigen Ukraine. Denn das Industriegebiet erwies sich als nicht konkurrenzfähig und war akut von Schließungen bedroht, während die Preise für Lebensmittel in die Höhe schossen. Diesmal verlangten die Bergleute mehr Autonomie für ihre Region. Als Hauptfeind sahen die Streikenden die Kiewer Regierung, während die eigenen Direktoren als Verbündete erschienen, schließlich wollte man gemeinsam die Schließungswelle verhindern. Die Streikwelle 1993 endete damit, dass die Regierung in Kiew einen Pakt mit regionalen Eliten schloss. Jefim Swjagilskij, ein Schachtdirektor aus Donezk, wurde binnen kurzer Zeit erst Bürgermeister seiner Stadt und bald darauf Vize-Regierungschef. Während der Verhandlungen formulierte er die Forderungen der Streikenden an die Regierung. Der Donbass blieb an staatlichen Subventionen hängen. Die Macht der ostukrainischen Oligarchie wurde zementiert – sie konnte nun die privatisierten, aber nicht konkurrenzfähigen Betriebe mit staatlichen Aufträgen am Laufen halten, sich als Schutzpatrone der von der Arbeitslosigkeit bedrohten Bevölkerung der Industrieregion aufspielen und immer mehr Einfluss auf die staatliche Politik nehmen. Obwohl im Donbass während der 90er Jahre noch viele weitere Proteste liefen, die Gewerkschaften wurden zunehmend zum Teil des oligarchischen Systems.

Reich und loyal – die FPU

Die größte Gewerkschaftsvereinigung des Landes ist die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU), Nachfolgerorganisation der ukrainischen Sektion des „offiziellen" sowjetischen Gewerkschaftsverbandes, mit über 9,2 Mio. Mitgliedern[1]. Da die FPU Zugriff auf die Infrastruktur der Gewerkschaften aus der Sowjetzeit bekam, fungiert sie oft eher als Solidaritätsfonds, der Hilfeleistungen (z.B. Urlaubszuschüsse) an Arbeitnehmer verteilt, aber von den Kämpfen gegen Lohnkürzungen weitgehend absieht. Die Gewerkschaft wird zum Ersatz für den Sozialstaat.

Unter dem Präsidenten Leonid Kutschma (1994-2005) wurde die FPU zunehmend zu einem Teil des Machtgefüges, gestützt auf den Pakt zwischen der Regierung und den Oligarchen. Im November 2004 spaltete sich von der FPU die eher oppositionell zu Kutschma und seinem Nachfolgerkandidaten Wiktor Janukowitsch eingestellte Nationale Konföderation der Gewerkschaften der Ukraine (NKPU) ab. Die NKPU verlangte 2008 sogar, die FPU als „Pseudogewerkschaft" zu verbieten. Die Führung der FPU war bis zur Entmachtung von Präsident Janukowitsch am 22. Februar 2014 eng mit seiner „Partei der Regionen" (PR) verbunden, einige Funktionäre kamen über die Parteiliste ins Parlament. Janukowitsch, der einigen Linken in der Ukraine, Russland und dem Westen als das kleinere Übel gegenüber „neoliberalen" Kräften der „Orangenen Revolution" galt, ließ das Rentenalter erhöhen und ein neues Arbeitsgesetzbuch verabschieden, das massive Einschnitte für Arbeitnehmer und Gewerkschaften bedeutete. Seitens der FPU gab es keine nennenswerte Gegenwehr, es blieb bei der Unterstützung des Präsidenten und seiner Partei. Trotz der Verbundenheit mit dem gestürzten Präsidenten verhält sich die FPU betont loyal gegenüber der neuen Regierung.

Timoschenkos Mann im Donbass

Die Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine (KWPU) entstand 1997/98. Wichtigste Einzelgewerkschaft der Konföderation ist die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine (NPGU). Im Gegensatz zur FPU gründeten sich die „freien Gewerkschaften" Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre in klarer Abgrenzung zur sowjetischen Tradition. Sie entstanden aus den Streiks und waren Ausdruck des Misstrauens gegenüber offiziell-sowjetischen Strukturen. Die KWPU ist wesentlich schwächer als die FPU (300.000 nach eigenen Angaben), genoss aber lange Zeit die Unterstützung des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO. Michail Wolynez, der Vorsitzende der NPGU, ist ein wichtiger Verbündeter von Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko und war mehrere Legislaturperioden Mitglied der Parlamentsfraktion von „BJuT"[2]. Timoschenko versuchte ihrem Erzfeind Janukowitsch seine Stammwählerschaft streitig zu machen. Auch heute ist die Führung der NPGU fest auf der Seite der Maidan-Regierung, was aber keineswegs für alle lokalen Gewerkschaftsorganisationen vor Ort repräsentativ ist. In der Krywyj Rih hat NPGU z.B. eine eher gleichdistanzierte Position gegenüber Regierung und Rebellen eingenommen.

Neben den großen Vereinigungen existieren in der Ukraine noch lokale Gewerkschaften ohne Dachverbände sowie Gewerkschaftsvereinigungen, die faktisch keine Präsenz zeigen. So die Allukrainische Vereinigung Arbeitnehmerischer Solidarität (WOST)[3], die 1990 mit Unterstützung des konservativen Dissidenten Stepan Chmara gegründet wurde und heute kaum noch öffentlich wahrnehmbar ist.

Aus dem linken Spektrum heraus wurden mehrmals Versuche unternommen, Basisgewerkschaften zu gründen. Die Revolutionäre Konföderation der Anarchosyndikalisten (RKAS) war seit ihrer Gründung 1994 kaum über die Südostukraine hinaus aktiv gewesen, die 2008 in Kiew gegründete Prjama Dija (Direkte Aktion) ist eine reine Studentengewerkschaft. Einige ausgestiegene Mitglieder der Prjama Dija gründeten die Autonome Arbeiter-Union (AST)[4], die jedoch noch keinen Gewerkschaftsstatus hat.

Alexander Amethystow



Streik in Donetzk

[1] In der Ukraine gibt es einen hohen Grad an Gewerkschaftsmitgliedschaften, um die 12 Mio. Mitglieder haben die Gewerkschaften bei etwa 40 Mio. Einwohnern, in der FPU sind demzufolge 75% aller Mitglieder.
[2] Block Julia Timoschenko
[3] Manchmal auch als All-Ukrainische Solidaritätsgewerkschaft oder Allukrainische Vereinigung der Solidarität der Arbeitenden übersetzt.
[4] Manchmal auch als Autonomer Bund der Werktätigen übersetzt.

Kampagne gegen Aelia Duty Free

Erste Erfolge der OZZ IP

In den letzten vier Monaten hat die Arbeiterinitiative (OZZ Inicjatywa Pracownicza = IP) eine Kampagne gegen Aelia Polen geführt, da Gewerkschafts- und Arbeitsrechte nicht respektiert wurden. Die Kampagne hat zudem als Ziel, Anna Kucharzyk, eine Gewerkschafterin der IP, der im Juli 2014 illegal gekündigt wurde, zurück in ihre Arbeit zu bringen. Aelia Polen betreibt Duty-Free-Läden in den Flughäfen Warschau, Poznan, Krakau, Szczecin, Katowice, Lodz und Lublin. Die Firma ist Teil der international agierenden Lagardère Services, welche in 25 Ländern Geschäfte macht, und der polnischen Kapitalgesellschaft HDS Polen.

Am 15. Mai 2014 gründete die IP eine Sektion bei Aelia Polen. In dieser Sektion waren ein Viertel der Angestellten des Duty-Free-Shops im Warschauer Flughafen organisiert. Drei Tage nach der Information über die Gründung der Sektion an die Geschäftsführung, verweigerten Sicherheitskräfte des Flughafens der Angestellten Anna Kucharzyk den Zugang zur Sicherheitszone des Flughafens. Somit konnte Anna nicht mehr zu ihrem Arbeitsplatz gelangen. Das Management der Aelia hatte es abgelehnt, die gewerkschaftliche Sektion anzuerkennen und den Vertretern der IP die Regelungen zum Arbeitsplatz und zur Bezahlung zu übermitteln. Am 7. Juli wurde Anna gekündigt. Dies stellt eine offensichtliche Nichtbeachtung des polnischen Arbeitsrechts dar, da ohne Zustimmung der Gewerkschaft ihr als Gewerkschaftsvertreterin nicht hätte gekündigt werden dürfen und die Gewerkschaft Einspruch beim Arbeitsgericht gegen den Rauswurf eingelegt hatte. Anna wurde fälschlicherweise die „schwere Nichtbeachtung von grundsätzlichen Verantwortlichkeiten als Arbeitnehmerin" vorgeworfen, da sie „während der Arbeitszeit für ihre Gewerkschaft Werbung gemacht habe" (was so nicht passiert ist).

Als Antwort auf diese feindlichen Schritte der Firma startete die Arbeiterinitiative eine große Protestkampagne. Es gab Streikposten vor den Aelia-Shops in den Flughäfen von Warschau, Poznan, Wroclaw, Krakau und Lodz, die IP und weitere Gewerkschaften versendeten 4.000 Briefe an Handelspartner der Aelia über labourstart.org, eine Online-Plattform. Bei den Aktionen halfen andere alternative und progressive Gewerkschaften mit. So gehörten zu den Unterstützern die SAC aus Schweden, aus Deutschland die FAU und aus Frankreich die SUD Solidaires. Im August musste die Geschäftsführung der Aelia die Sektion der Arbeiterinitiative anerkennen und all ihre Forderungen erfüllen. Mandatierte der IP erhielten Kopien der Reglungen zum Arbeitsplatz sowie zur Bezahlung. Des Weiteren wurde durch die Geschäftsführung aufgrund erster Gespräche zugesagt, dass eine Anti-Mobbing-Vereinbarung ausgearbeitet werden soll und ein neues System für Schichtpläne und mögliche Wechsel dieser erstellt werden wird. Außerdem wurde seit Anfang September erreicht, dass das Kassenpersonal Stühle für ihren Arbeitsplatz bekommt (!) und dass auch andere Angestellte sich ebenso an ihren Arbeitsplätzen regelmäßig hinsetzen können. Dass Fortbildungen in Zukunft ebenso zur Arbeitszeit zählen sollen, wird derzeit noch zwischen Gewerkschaft und Geschäftsführung verhandelt.

Jenseits der Anerkennung der Gewerkschaftssektion und der teilweise begonnenen Umsetzung der Forderungen der Arbeiter_innen weigert sich die Firma nach wie vor, Anna wieder einzustellen. Die Arbeiterinitiative hat hierzu legale Schritte eingeleitet. Allerdings dauern solche Arbeitsgerichtsverfahren in Polen gewöhnlich zwei Jahre, weshalb es aussichtsreicher ist die Kampagne gegen die Aelia seitens der IP fortzusetzen. So geschieht dies auch derzeit.

Bearbeitet und übersetzt von Michael Rocher



Kundgebung der IP Krakau

Solidaritätsdemostration in Wien am 10. Oktober 2014

Solidarität mit Kobane, aber wie?

Der Kampf gegen den IS stellt die Linke in Deutschland vor ungeahnte Herausforderungen

Die anarchistisch orientierten Menschen der Welt haben ein neues Vorbild: Das libertär-kommunalistisch[1] organisierte Rojava, wo die YPG/YPJ gegen die IS kämpft. Dass eine ganze Region sich eine libertäre Organisationsform gibt und dann auch noch im Krieg steht, das gab es das letzte Mal vor ziemlich genau 20 Jahren, als der Aufstand der EZLN in Chiapas/Mexiko begann. Keine Frage also: Sowohl die extremislamistische Bedrohung wie auch das emanzipatorische Projekt machen eine Unterstützung unvermeidlich. Aber damit fangen die Probleme erst an.

Problem 1: Die Mythologisierung

Es gibt zwei basisdemokratische Projekte, mit denen das Projekt in Rojava häufig verglichen wird: Die Spanische Revolution 1936 und der Aufstand der Zapatistas seit 1994. Beide Vergleiche hat insbesondere David Graeber im *Guardian* bzw. auf Deutsch im *Freitag* bemüht.[2] Dabei ist sicher zu betonen, dass der Aufstand der EZLN[3] in der Tat einen ganz direkten Einfluss auf das Projekt von Rojava hat: Seit der demokratischen Wende der PKK beobachten die kurdischen RevolutionärInnen das autonome Gebiet in Chiapas/Mexiko explizit, um von den Zapatistas zu lernen.

Der Vergleich mit der Spanischen Revolution dagegen ist deutlich schwieriger, denn er verleitet zu Kurzschlüssen. Warum Graeber diesen Vergleich anführt, ist offensichtlich: „Wenn es eine Parallele gibt zu Francos oberflächlich frommen, mörderischen Falangisten, wer könnte es anders sein als die ISIS? [...] Wird die Welt – und diesmal am skandalösesten von allen, die internationalen Linken – wirklich beteiligt sein an einer Wiederholung der Geschichte?"

Das macht im *Guardian* oder im *Freitag* auch noch Sinn, denn Graeber wendet sich hier durchaus an die „große Politik". Die Überstrapazierung dieses Vergleichs verstärkt aber sowohl den Mythos Spanien 1936 als auch die Mythologisierung Rojavas. Die Denkfigur ist ganz einfach: „Wir, als AnarchistInnen, hätten doch auch etwas unternommen in der Spanischen Revolution. Also müssen wir auch etwas unternehmen im Falle Rojavas. Unsere geistigen Väter und Mütter sind schließlich sogar bewaffnet gegen die Faschisten gezogen." Diese vergleichende Sichtweise setzt einen selber als engagierten Menschen unter Druck: Auch wenn wir noch gar nicht genau überlegt haben, was man denn tun kann, müssen wir jetzt sofort etwas unternehmen, bevor das „revolutionäre Zeitfenster" wieder verschwindet. Wenig überraschenderweise sind noch kaum deutsche AnarchistInnen nach Rojava gegangen, um gegen den IS zu kämpfen. Bislang wird lediglich Geld für Waffen gesammelt.

Die spanischen Revolutionäre mussten mit den veralteten Handfeuergewehren aus der mexikanischen Revolution und dem wenigen, was das stalinistische Russland zur Verfügung stellte, kämpfen. Dafür gab es sicherlich auch Geld aus der internationalen Community. Aber die Waffen waren damals schon nicht hinreichend, um gegen die hochgerüsteten Regime Hitlers, Mussolinis und Francos anzukommen. Die IS ist wesentlich hochgerüsteter, vor allem durch Saudi-Arabien, aber auch durch die im Irak erbeuteten Waffen US-amerikanischer Herkunft. Die Frage muss also erlaubt sein, ob die Bewaffnung der YPG/YPJ und der PKK überhaupt dazu beitragen kann, die IS zu besiegen (wobei die Nicht-Bewaffnung keine Alternative ist!)

Gerade bei einer Überstrapazierung des Vergleichs mit Spanien kommt der Verdacht auf, dass nicht die Solidarität als solche, sondern eine gewisse Revolutionsromantik – der Wunsch, Teil von etwas neuem, Emanzipatorischem zu sein – hinter den Spendenaufrufen von anarchistischer Seite steckt (siehe „Problem 5" und „Und außerdem").

Problem 2: Noch eine Mythologisierung – die Frauen

Für deutsche radikale Linke – und bei weitem nicht nur für die! – ist es selbstverständlich eine Freude, das Klischee der friedlichen Weiblichkeit gebrochen zu sehen. Die berechtigte Schadenfreude, dass die Fundamentalisten des IS ausgerechnet von Frauen bekämpft werden, geht bis weit in das bürgerliche Lager.

Im Kontext des überstrapazierten Vergleichs Rojavas mit der Spanischen Revolution werden die kämpfenden Fraueneinheiten gerne mit den Mujeres Libres[4] in der Spanischen Revolution verglichen. Das verkennt allerdings, dass die Mujeres Libres im Gegensatz zur YPJ in erster Linie eine Kulturorganisation waren, während die YPJ Frauenkampfeinheiten darstellt. Sicherlich haben auch Mujeres Libres in der Spanischen Revolution gekämpft, allerdings nur sehr eingeschränkt – was insbesondere dem patriarchalen Selbstbild des damaligen Anarchismus geschuldet war. Bewaffnete Frauen in den Uniformen der Milizen waren meist gestellte Propagandabilder. Während die gesamten Mujeres Libres geschätzte 20.000 Mitglieder hatten, von denen nur die wenigsten an Kampfhandlungen teilnahmen, kämpfen in der YPJ Schätzungen zufolge 35.000 bis 40.000 Frauen und machen damit ein Drittel der Truppen der YPG aus.

Was folgern wir daraus? Mit Sicherheit ist daraus gar nichts zu folgern, man kann lediglich Vermutungen anstellen. Und diese wäre in erster Linie: Die Situation in Syrien ist wesentlich bedrohlicher als 1936 in Spanien – die Vielzahl der Kämpfenden (und auch der kämpfenden Frauen) ist bestimmt auch Resultat einer Notwendigkeit zu kämpfen. Kämpfende Frauen sollten also nicht als emanzipatorische Besonderheit „gefeiert" werden, das wäre lediglich die Umkehr des bürgerlichen Frauenbildes. Kämpfende Frauen sollten vielmehr als ebenso normal (oder eben auch: unnormal) betrachtet werden wie kämpfende Männer.

Problem 3: Das schwierige Verhältnis der deutschen Linken zur PKK

Es fällt libertären Linken insbesondere in Deutschland schwer, dem Wandel der PKK zu trauen. Die PKK gilt mindestens als marxistisch-leninistisch, wenn nicht stalinistisch (so auch Graeber in genanntem Beitrag) und außerdem einem Führerkult um Abdullah Öcalan verfallen, der sich mit herrschaftsfreien Konzepten nicht zu vertragen scheint. Dass die Anregung libertärer Konzepte von eben jenem „Führer" („Serok") kommt, schafft auch heute noch Misstrauen.

„Führung" kann jedoch, auch sprachlich, als inhaltliche Autorität, und nicht als autoritäre Führung verstanden werden. Öcalan hat nun mal ein respektables Standing in der kurdischen Community, selbst wenn er dieses (was er gemacht hat![5]) ablehnt. Es sollte gerade AnarchistInnen nahe liegen, einen inhaltlichen Vorschlag nicht nur danach zu bewerten, wer ihn gemacht hat. Viele weitere Initiativen sprechen für einen tatsächlichen demokratischen Wandel der PKK: Dazu gehört etwa der internationale Diskussionsprozess, wie er 2012 auf der Hamburger Konferenz „Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch" deutlich wurde, an der zahlreiche libertär orientierte AktivistInnen und WissenschaftlerInnen teilnahmen (Toni Negri, Wolf-Dieter Narr, Janet Biehl...) und vor allem eben die Bereitschaft, vom zapatistischen Experiment zu lernen.

Aber selbst wenn dem nicht so wäre, selbst wenn die PKK ihren demokratischen Wandel nur „vortäuschen" würde – die Repression gegen die PKK sowohl in der Türkei wie auch in Europa wird dadurch nicht weniger moralisch verurteilenswert, ebenso wenig wie die Behandlung Öcalans im türkischen Knast.

Problem 4: Waffen woher? Für wen und warum?

Anarchistische Solidarität mit den emanzipatorischen Kräften in Rojava beschränkt sich in Deutschland momentan auf die Teilnahme an Demonstrationen und das Sammeln von Geld für Waffen (allerdings: mir fällt auch nicht viel mehr ein, was man tun könnte). Wie oben erwähnt, die Nicht-Bewaffnung der YPG/YPJ und der PKK ist sicherlich keine Alternative, trotzdem stellt insbesondere diese Form der Solidarität uns vor massive Probleme. Denn es ist ja nicht mit dem Geld getan: Erstens müssen wir uns die Frage stellen, woher die Waffen denn kommen und welche Rüstungskonzerne und/oder mafiöse Strukturen damit „versehentlich" mitunterstützt werden. Zweitens muss die Qualität dieser Waffen bedacht werden: Es reicht ganz offenbar nicht aus, die emanzipatorischen Kräfte mit den rumpeligen Restbeständen der NVA auszurüsten, um gegen den hochgerüsteten IS anzukommen. Es wären also hochmoderne Waffensysteme nötig und dies ginge nur im Pakt mit dem Teufel – mit dem westlichen Staatensystem und mit der NATO. Diese aber weigert sich hartnäckig, die vermeintlichen „Terroristen" auszurüsten und vor allem – das gehört dazu – zu schulen. Wie man es dreht und wendet, offenbar ist auch eine personelle, tendenziell militärische Unterstützung, nötig.

Das ist aber letztlich ein furchtbares Dilemma: Egal ob nun staatlicherseits Waffen geliefert werden und daran geschult wird oder aber ob die nordatlantische Staatengemeinschaft direkt auf Seiten der emanzipa-

Quellen:

[1] www.anarchismus.at/texte-anarchismus/libertaerer-kommunalismus

[2] Eine deutsche Übersetzung findet sich online unter www.kurdischenachrichten.com/2014/10/warum-ignoriert-die-welt-die-revolutionaeren-kurden-in-syrien/

[3] Kerkeling, Luz *La lucha sigue! [Der Kampf geht weiter!] EZLN - Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstandes* Unrast, Münster, 2003

[4] Bianchi, Vera *Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg* Münster, 2003

[5] „Ich möchte gleich zu Beginn betonen, dass ich mich nicht als verantwortliche Partei für die Umsetzung meines eigenen Plans sehe." Betont Abdullah Öcalan in seiner „Roadmap".

[6] Das Konzept Staat ist aus dem Krieg geboren. Siehe: Krippendorff, Ekkehart *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft.* Frankfurt a.M., 1985

[7] www.adoptrevolution.org/hintergrund/zur-frage-sog-humanitarer-intervention/

[8] www.lowerclassmag.com/2014/08/rojava-ist-eine-wirkliche-chance/

[9] www.lowerclassmag.com/2014/10/der-kommende-aufstand/



torischen Kräfte interveniert (was ja an sich schon sehr unwahrscheinlich klingt, „emanzipatorisch“ und „NATO“ in einem Satz!), in gewissem Sinne erkennt sie die rätedemokratische Verwaltungsform in Rojava damit an. Das kann nicht im Sinne einzelner Mitglieder der NATO – allen voran der Türkei – sein. Aus der Sicht der bestehenden Nationalstaaten gedacht ist es völlig immanent logisch, dass diese nicht-staatliche Alternative als „Terrorismus“ interpretiert wird. Unverständlich dagegen ist, dass sich die Türkei offenbar von den emanzipatorischen Projekten mehr bedroht fühlt als vom IS, diesem seltsamen semi-staatlichen Phänomen, dass den Staat an seinen Ursprung zurückführt: zu einem Apparat, dessen wesentlicher Zweck es ist, eine kriegerische Gewaltförmigkeit effektiv zu organisieren[6] und der im Fall des IS auch keinen anderen Zweck erfüllt.

Ferner ist die Region eigentlich mit Waffen überfüllt – es ginge eigentlich darum, diese „umzuverteilen“ und nicht noch mehr Waffen in die Region zu pumpen. Im Gegenteil wäre eine umfassende Entwaffnung nötig – die allerdings auch nicht realistischer ist als die anderen Optionen: Die IS lässt sich nur mit direkter Gewalt entwaffnen, und die wiederum setzt eine effektive Bewaffnung voraus. Und wiederum setzte diese Option einen Willen voraus – vor allem auch einen Willen von Rüstungskonzernen, auf Gewinne zu verzichten. Allein der Gedanke ist absurd.

Problem 5: Was ist mit dem Rest Syriens?

Die Forderung nach einer Bewaffnung der emanzipatorischen Kräfte in der Region ist nicht so eindeutig, wie oft gemeint wird. Die kurdische radikale Linke fordert diese Waffen sehr deutlich ein – viele syrische radikale Linke aber warnen durchaus davor, weil sie argumentieren, dass Waffenlieferungen von außen die selbstverwalteten Projekte in Syrien – es gibt nicht nur Rojava! – gefährden.

Bereits im April 2013 hatte die Spendenkampagne „Adopt a revolution“ – die übrigens, ähnlich wie attac, um ihren Status als „gemeinnützig“ kämpfen muss – die Menschenrechtlerin Hervin Ose, die Journalistin Rula Asad und Alan Hassaf, den Gründer der „Union Freier Syrischer Studierender“, aus Syrien eingeladen. Alle drei berichteten in Heidelberg von den demokratischen Bestrebungen und der Wiederaufbauarbeit der syrischen Bevölkerung, von neuen Räten, die die Versorgung, die Sicherheit, aber auch so etwas wie Kunst in lokalen Rahmen organisieren. Das basisdemokratische Projekt in Syrien geht durchaus nicht nur von KurdInnen aus. Schon 2012 sah sich „Adopt a revolution“ einer Kritik ausgesetzt, die an die jetzige Situation bzgl. Rojava erinnert: Zahlreiche, auch prominente, UnterstützerInnen, hatten ihre Unterstützung entzogen, weil „Adopt a Revolution“ sich nicht eindeutig genug für eine friedliche Lösung ausgesprochen hätte. Eine militärische – sogenannte „humanistische“ – Intervention lehnte und lehnt die Kampagne ab.[7] Allerdings hatten MitarbeiterInnen der Kampagne durchaus argumentiert, dass die KämpferInnen gegen das Assad-Regime Waffen bräuchten, um möglichst schnell zu gewinnen. Menschenrechtsarbeit (und Solidarität) sei eben keine „Schönwetterarbeit“ (*taz*).

„Adopt a Revolution“ hat auch aktuell betont, dass der syrische Widerstand – gegen Assad und gegen die IS – mehr ist als das libertär-kommunalistische Projekt von Rojava. Das in der Solidaritätsarbeit nicht zu vergessen, ist auch deswegen wichtig, weil es in unserer Solidarität nicht darum gehen kann, eine „Ethnie“ zu verherrlichen oder auch eine Religion pauschal zu verdammen: Das *lowerclassmagazine* etwa benennt neben dem Widerstand der Freien Syrischen Armee auch „kleine christliche Milizen“: „Rojava ist eine extrem multikonfessionelle Gesellschaft. Hier leben nicht nur sunnitisch-muslimische Kurd_innen, sondern schiitische, yezidische, christlich-aramäische und orthodoxe Religionsgruppen. Sie alle zu respektieren und zu schützen in diesen Zeiten, in denen die syrische Revolution durch die aggressive Konfessionalisierung seitens des Regimes und des Dschihadismus barbarisiert wurde, ist tatsächlich ein linkes Projekt im beispielhaften Sinne.“[8]

Die Falle Religionisierung und Ethnisierung des Konflikts geht aber noch weiter: Der emanzipatorische Kampf geht längst weit über Rojava hinaus und hat einen Großteil der Türkei erfasst. Wenn die Frage dort „ethnisch“ definiert wird, also eine vermeintliche Differenz zwischen KurdInnen und TürkInnen betont wird, dann wir dies viel Energie aus dem dort begonnenen Aufbruch abziehen. Gleichzeitig muss der emanzipatorische Widerstand auch verdeutlichen, dass es möglich ist, gleichzeitig SunnitIn und gegen die IS zu sein: „In der Türkei […] wird es nun zentral sein, nicht in die Falle des Islamischen Staates zu tappen. Die IS-Milizen und ihre religiösen Führer haben seit Beginn ihrer Existenz versucht, sich nicht als irgendeine spezielle Organisation neben anderen darzustellen, sondern […] sich als für jeden gläubigen Sunniten und jede gläubige Sunnitin verbindliche Instanz zu verkaufen. Der IS sagt im Grunde […]: Wenn du muslimischen Glaubens bist, dann sind wir deine Avantgarde. Jeder der die Hegemonie des IS nicht anerkennt, wird automatisch zum Kufr, zum Ungläubigen. Obwohl es keine belastbaren Zahlen gibt, kann man sagen, dass etwa drei Viertel (oder mehr) der türkischen Bevölkerung sunnitische Muslime sind. Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn die den Eindruck bekommen, gegen sie werde ein ‚Krieg der Kulturen‘ geführt wird […].[9]

Was bedeutet denn eigentlich „Solidarität“? Eine Erinnerung.

Die Kritik an Ethnisierung, Religionisierung und Idealisierung des Widerstands in Rojava weist darauf hin, was Solidarität im Wortsinn eigentlich ist: Solidarität bedeutete in der klassischen Arbeiterbewegung keineswegs, dass man Projekte, Bewegungen oder Volksgruppen unterstützt, weil sie die gleiche Gesinnung haben, Solidarität bedeutete und bedeutet – so steht es in jedem soziologischen Lexikon – die gegenseitige Unterstützung aus der Erkenntnis einer gemeinsamen Situation, Erfahrung oder Bedrohung. Alles andere ist keine Solidarität, sondern eher Benefiz-Handeln, wie man es auch von der katholischen Kirche kennt. Selbstverständlich erleichtert die gemeinsame Gesinnung den Solidaritätsgedanken, denn trotz der Geburt der Solidarität aus dem Erfahrungsaustausch wird man sich nicht mit einer vollkommen konträren Position solidarisieren.

Das heißt, Bedingung unserer Solidarität sollte nicht allein das emanzipatorische Projekt einer geschlechtergerechten, ökologischen Rätedemokratie sein, sondern schlicht die Situation der multiethnischen und multireligiösen Bevölkerung in der Region. Die solidarische Erkenntnis dabei ist schlicht, dass Extremislamismus der Marke IS und autoritäre Staatsmodelle Marke Erdogan oder Assad letztlich auch uns bedrohen und der dortige Widerstand tatsächlich auch unser Kampf ist.

Dabei sollte Solidarität immer kritische Solidarität sein, das ist schon daraus abzuleiten, dass sie eben keine Gesinnungsfrage ist – folglich müssen aber kritisch immer die Positionen und Meinungen geprüft werden, ohne deshalb abzuverlangen, dass sie miteinander identisch sein müssten. „Kritische Solidarität“ heißt im aktuellen Fall aber nicht, eine Kritik an dem Kampf in Rojava, in ganz Syrien, in der Türkei und den benachbarten Staaten zu formulieren. Kritische Solidarität muss in diesem Fall heißen, die eigene Solidarität kritisch zu betrachten: Wieviel dieser Solidarität ist tatsächlich die Unterstützung des Kampfes der syrischen, kurdischen und türkischen GenossInnen und wieviel ist schlicht wenig hilfreicher Unterstützung dem Wunsch, selber revolutionär tätig zu werden und der Schaffung eines guten Gewissens?

Strategien für den Erhalt des Experiments und die radikale Zerschlagung des IS müssen ganz offenbar weit über das Militärische hinausgehen. Wir brauchen eine militante Zermürbungsstrategie, die Gesellschaftlichkeit und Guerilla-Strategien miteinander vereint. Es gibt in diesem Fall keine Möglichkeit, idealistisch „richtig“ zu handeln, ohne militärischen Aspekt kommen wir hier offenbar nicht weiter – aber der Kampf gegen die IS ist nicht allein militärisch zu gewinnen.

Was tun?

Dieser Beitrag ist nicht entstanden, um irgendeine Handlungsempfehlung zu geben – es ist ihm vielleicht anzumerken, dass er eher eine Reflexion der eigenen, nicht unbedingt beantworteten Fragen zu dem Themenkomplex ist. Dennoch muss man sich fragen: Was können wir tun?

Die Zahl der Solidaritätserklärungen und Spendenkampagnen wird mehr. JedeR muss sicherlich für sich selber entscheiden, ob es sein oder ihr Ding ist, eher Geld für Waffen zu spenden oder für Lebensmittel und Decken oder ob das Geld via „Adopt a Revolution“ an konkrete Projekte gehen soll.

Wesentlicher scheint mir jedoch zu sein, ganz direkte Solidarität vor Ort zu üben: Syrische und kurdische Flüchtlinge brauchen sehr konkret auch hier Unterstützung. Und die Meldungen über fundamentalistische Übergriffe werden auch hierzulande stärker. Es ist schwer, sich da zu positionieren, denn man sieht sich plötzlich in einer Reihe mit Hooligans und Neonazis. Es ist daher angebracht, Proteste gegen Salafismus und Fundamentalismus in Kooperation mit Moscheen und islamischen Organisationen zu organisieren – eben auch, um der Religionisierung des Konflikts entgegenzuwirken. Es geht nicht um Glauben, es geht um die Einschränkung von Grund- und Menschenrechten und damit um die Gefährdung erlangter Freiheiten.

Dementsprechend ist es für eine emanzipatorische Perspektive auch unausweichlich, die verschiedenen globalen Probleme zusammen zu thematisieren: Den regressiven Angriff des Extremislamismus, die Abschottungspolitik Europas und insbesondere Deutschlands, den tatsächlich nach wie vor real existierenden Imperialismus gerade auch (wenn auch nicht nur) der USA, die Folgen der Wirtschaftskrise und die basisdemokratischen Proteste, die durchaus in einem Zusammenhang mit dem Projekt von Rojava stehen und ähnliche Inspirationen haben.

Insgesamt ist, mit kurdischen, syrischen und durchaus auch religiösen Linken ein Dialog und eine Kommunikation, ein Erfahrungsaustausch im Alltag und hierzulande notwendig. Nicht nur, um den realen IS und seine Gedankenwelt zurückzuschlagen, sondern auch um das emanzipatorische Projekt, für das Rojava aktuell steht, auszuweiten.

Teodor Webin



„Louise Hires A Contract Killer“

Der etwas andere Umgang mit der Finanzkrise

Soundtrack beim Schreiben des Artikels: *Adolescents „La Vendetta ... È Un Piatto Che Va Servito Freddo“*

Louise Hires a Contract Killer
Frankreich 2008
Originaltitel: *Louise-Michel*
Regie: Benoît Delépine, Gustave Kervern; Drehbuch: Gustave Kervern, Benoît Delépine; Produktion: Mathieu Kassovitz
Louise: Yolande Moreau; Michel: Bouli Lanners



Im französischen Original heißt die bitterböse, schwarze Komödie von Gustave Kervern und Benoît Delépine sehr viel passender „Louise-Michel“ und enthält damit sowohl einen Verweis auf die gleichnamige Anarchistin als auch auf die beiden ProtagonistInnen, die Louise und Michel heißen. Wohl in Anlehnung an Aki Kaurismäkis „I Hired A Contract Killer“, eventuell auch in Anvisierung eines (falschen) Zielpublikums, das einen Action-Kracher erwarten soll, machte die deutsche Titelschmiede daraus dann „Louise Hires A Contract Killer“. Aber immerhin ist der Titel nicht völlig aus der Luft gegriffen, schließlich heuert Louise wirklich einen Auftragskiller an.

Von der Picardie nach Jersey: „Mit 20.000 Euro könnten wir den Chef umlegen lassen, von nem Profi!“

Tags zuvor hält der Personalchef eine Rede, in der er den Fabrikarbeiterinnen für ihre Aufopferungsbereitschaft beim Erhalt ihrer Jobs dankt. „Vom Mond aus gesehen sind eure kleinen Probleme nur Peanuts!“, sagt er und verteilt als Anerkennung dafür neue Arbeitskittel, während er ihnen versichert, dass ihre Arbeitsplätze sicher seien. Einen Tag später stehen Louise und ihre Kolleginnen in der über Nacht leer geräumten Halle und werden mit einer lächerlich geringen Abfindung – 100 Euro pro Jahr in der Fabrik – auf die Straße gesetzt. Ihr Chef hat sich aus dem Staub gemacht. Was also tun? Allein kann keine etwas mit dem lausigen Geldbetrag anfangen, also legen sie zusammen. Was machen mit insgesamt 20.000 Euro? Eine Pizzeria eröffnen? Louise hat eine bessere Idee: Warum nicht ihren ehemaligen Chef umlegen lassen? Der Vorschlag stößt auf allgemeine Zustimmung. Der Auftragskiller, den Louise von früher kennt, hat allerdings auf Immobilienmakler umgesattelt, also improvisiert Louise und engagiert den paranoiden Wachmann Michel, der im Trailerpark lebt und aus Geldnot den Auftrag annimmt, obwohl er im Grunde viel zu sensibel zum Töten ist. Also überredet er seine krebskranke Cousine dazu, den Auftrag für ihn zu übernehmen – schließlich habe sie ja nichts mehr zu verlieren, so sein Argument –, und schleust sie im Abendkleid und mit Pistole bewaffnet in die glamouröse Gala ein, auf der sich der ehemalige Direktor des Werks befindet. Als sich nach gelungener Ausführung herausstellt, dass dieser auch nur ein Befehlsempfänger war, machen sich Louise und Michel, angetrieben von Wut, dem Verlangen nach Rache, gleichzeitig aber auch aus tiefster Verzweiflung und Angst vor dem sozialen Elend zusammen auf die Suche nach dem Verantwortlichen. Was sich in Zeiten der Globalisierung als gar nicht so einfach herausstellt und die beiden auf eine merkwürdige und blutige Reise schickt, die sie nach Brüssel und schließlich über eine Briefkastenfirma ins Steuerparadies Jersey führt. Leichen pflastern dabei ihren Weg, den Richtigen treffen sie nie, aber die Kapitalisten werden weniger.

Von den Marx Brothers zu den Coen Brüdern

Wie schon beim Vorgänger, dem bizarr-bösen Handicap/Inklusionsfilm „Aaltra“ (der übrigens Joseph Albert alias Albert Libertad alias Libertad le béquillard, einem französischen Anarchisten des 19. Jahrhunderts gewidmet war), sind auch bei „Louise Hires A Contract Killer“ die ProtagonistInnen keine duldsamen Opfer. Schräg, durchgeknallt und jenseits der Norm vielleicht, fügsam auf keinen Fall. Sie haben die Schnauze voll, und das zeigen sie auch. Andere RegisseurInnen mögen zu diesen Themen bleischwere, zähe Dramen machen, bei Gustave Kervern und Benoît Delépine wird daraus eine zum Brüllen komische anarchistische schwarze Komödie voll skurriler Einfälle und giftiger Textzeilen, in der auch vor politisch inkorrekten, makabren Gags über Krebskranke und Behinderte nicht zurückgeschreckt wird. Bildungsbürgerliches Konsenskino findet anderswo statt.

Gesellschaftliche Normen spielen ebenfalls keine Rolle – ganz beiläufig und unaufgeregt, ohne dramatische Dialoge, wird erwähnt, dass Louise eigentlich Jean-Pierre heißt, im Gefängnis saß und das Geschlecht gewechselt hat, um einen Job in der Fabrik zu bekommen. Und in einer Rückblende erfahren wir, dass Michel als Cathy geboren wurde.

Sehr schön und bissig auch die Szene, in der Produzent Mathieu Kassovitz einen Gastauftritt als ökologisch-dynamischer Biohof- und Landhotelbesitzer hat. „Meine Frau und ich, wir heizen mit unseren eigenen Exkrementen“, sagt er, während wir in einem Rückblick erfahren, dass der Hof ursprünglich Jean-Pierre/Louise gehörte, allerdings der Bank in die Hände fiel.

Manchmal ist die Komik überbordend, kindlich übermütig und rasant wie bei den Marx Brothers, manchmal allerdings kommt sie auch eher aus der Langsamkeit und Dehnung und geht dabei in Richtung der Coen Brüder. Je nach Betrachtungsweise hat der Film dann auch eine Art Happy End. Und wer bis nach dem Ende des Abspanns im Kino bleibt, erlebt eine Überraschung: Der Kampf geht weiter!

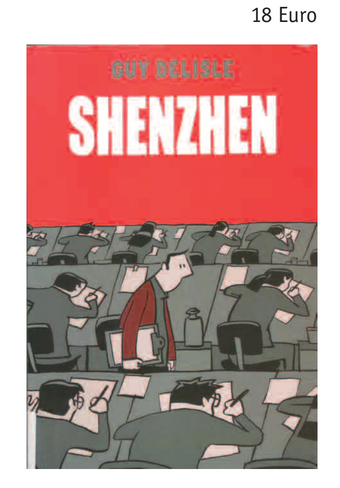
Ganz dem Originaltitel „Louise-Michel“ entsprechend ist die pechschwarze Anarcho-Komödie von Kervern und Delépine eine Hommage an Louise Michel und die Pariser Kommune.

Karin Hoog

Und täglich grüßt Shenzhen

Reisecomic über die Tristesse einer asiatischen Metropole und das Leiden des jungen Delisle

Guy Delisle
Shenzhen
Reprodukt
152 Seiten, schwarzweiß
18 Euro



Shenzhen ist eine Boomtown im Süden Chinas. Eine Planstadt am Rande von Hongkong. Auch hier floriert das Kapital, und auch hier verelenden die Arbeitenden in den Slums. Vor ca. 30 Jahren noch ein kleines Fischerdorf, zählt die Metropole heute mehr als 10 Millionen Einwohner. Der Altersdurchschnitt der Stadt liegt bei etwa 25 Jahren. Es gäbe also viel über Shenzhen zu erzählen. Aber der frankokanadische Comiczeichner Guy Delisle interessierte sich in seinem Reisecomic ganz offensichtlich nicht für die Makroebene. Vielmehr beobachtete er das Treiben auf den Straßen, das Alltägliche, das für Delisle das ganz Ungewohnte ist, mit einem feinen Gespür für den Humor einer Situation.

Sympathisch-selbstironisch beschreibt er auch sein eigenes Fremdsein im Anderen. Man könnte sagen, dieser Blick für den Witz ist Delisles ganzer und womöglich einziger Rettungsanker in einer ansonsten öden Landschaft. Denn das Ergebnis seiner Studien, anekdotenhaft wiedergegeben, ist vor allem dies: Tristesse. Shenzhen – eigentlich eine junge, dynamische Stadt, ist Delisles Empfinden nach nichts als die pure Langeweile. Nur ein überfülltes Wartezimmer auf dem Weg zurück ins Leben, zurück nach Europa.

Der Comic ist autobiografisch: Als Leiter einer belgischen Trickfilmfabrik ist Delisle hier gestrandet. Kaum angekommen, merkt er: Die Kommunikationshürden sind zu hoch für ihn, die Kultur ihm zu fremd, sein Antrieb zu schwach. Mühsam schleppt er sich mehrmals in der Woche in ein Fitnessstudio, um zumindest in dieser Hinsicht seinem Ich-Ideal frönen zu können. Aber der Bauch wird nicht kleiner, nur fester. Er ist Bill Murray in „Lost in Translation“ und „Täglich grüßt das Murmeltier“, doch wartet er vergebens auf die bürgerlich-romantische Erlösung.

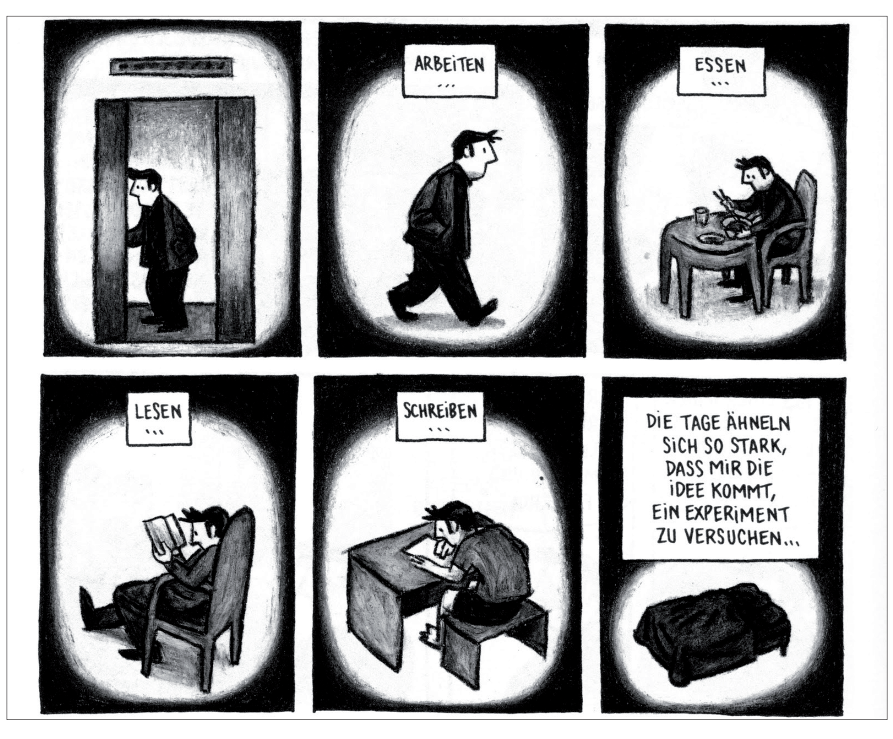
Lässt sich aus so viel Tristesse noch ein unterhaltsamer Comic gestalten? Ja. Zumindest wenn der Zeichner und Erzähler Guy Delisle heißt. Delisle weiß mit wenig viel zu erzählen. Und gerade die Langeweile und Ödnis ist das Spannende und Frische an dem Comic.

„Wenn ich eines Tages all diese Anekdoten in Bilder umsetze, muss der Eindruck einer tollen Reise entstehen ...“, erzählt die Comicfigur Delisle am Schluss seiner Reise. „Ich nehme an, dass sich selbst die Langeweile, aus ihrem Kontext genommen, zu etwas Unterhaltsamem sublimiert ...“.

„Shenzhen“ gehört zu seinem „Frühwerk“. Seine Erzähltechnik ist in seinen Folgecomics, die auch weitaus bekannter sind, wesentlich ausgereifter, der Humor pointierter: „Pyongyang“ (2003), „Aufzeichnungen in Birma“ (2007), „Aufzeichnungen aus Jerusalem“ (2011).

Am Ende fragt man sich unweigerlich, was man über die südchinesische Stadt Shenzhen wirklich erfahren hat, und kommt darauf, dass sich hier vielmehr ein großartiger Erzähler vorgestellt und die Stadt selber eigentlich nur als Kulisse dafür gedient hat.

Minou Lefebre



Die Geburt des Syndikalismus...

...aus dem Alltag: Émile Pouget lesen

Wer sich in Deutschland mit Geschichte und Theorien des Syndikalismus auseinandersetzt, konzentriert sich zumeist auf *den* deutschen „Klassiker", Rudolf Rocker. Sucht man weiter, stößt man zumindest in der bürgerlichen Medien- und Wissenschaftswelt oft auf den Franzosen George Sorel.

Die Schriften Rudolf Rockers, so wichtig sie sind, präsentieren aber eher bereits eine späte Kombination aus Anarchismus und Syndikalismus, wie sie für den ursprünglichen Syndikalismus nicht typisch ist, selbst wenn er von Anfang an für AnarchistInnen attraktiv wirkte. Und George Sorel lobt den Syndikalismus in seinem vielbeachteten, aber auch vielkritisierten Werk „Über die Gewalt" zwar hoch, hatte jedoch nie etwas mit der syndikalistischen Bewegung zu tun – er war einer derjenigen, die Émile Pouget „Kathetersyndikalisten" nannte.

Wer war Émile Pouget?

Émile Pouget darf als einer der ersten Syndikalisten im engeren Wortsinne überhaupt gelten, und wer sich mit der Geschichte von Anarchismus und Syndikalismus auseinandersetzen möchte, kommt an ihm nicht vorbei. Das war allerdings in Deutschland bislang gar nicht so einfach: Man fand durch eine Internetrecherche bislang lediglich die Broschüre „Der Syndikalismus" von 1919, und mit etwas mehr Mühe findet man auch den 1930 von Rudolf Rocker übersetzten Roman „Das letzte Gefecht", der seitdem einer Neuauflage harrt. Erst 2007 hat Michael Halfbrodt mit der bei *Syndikat A* erschienenen Broschüre „Die Geburt der Sabotage" Abhilfe geschaffen. Und nun legt er mit einer ausführlichen Aufsatzsammlung nach: „Die Revolution ist Alltagssache" bietet einen Einblick in die Frühgeschichte des Syndikalismus, der bisher ohne Französischkenntnisse nicht zu haben war.

Émile Pouget, geboren 1860, war wie viele andere Anarchist. Ursprünglich Gewerkschafter, Mitglied einer sogar eher als liberal zu bezeichnenden Angestelltengewerkschaft, wandert er in den frühen 1880ern in die anarchistischen Zirkel ab – die klassische Zeit der „Propaganda der Tat" ließ gewerkschaftliches und anarchistisches Milieu auseinanderdriften. Erst in den 1890er Jahren, bezeichnenderweise einhergehend mit einem zunehmenden Streikgeschehen und einer relativ hohen Erfolgsquote, finden diese Milieus im Syndikalismus tendenziell wieder zusammen. In dem Band lässt sich wunderbar beobachten, wie die CGT – keineswegs von Anfang an eine syndikalistische Gewerkschaft – sich im wahrsten Sinne des Wortes radikalisiert, also zu den Wurzeln einer Arbeiterorganisation zurückkehrt. Der Abschluss dieses Wandels ist in dem ersten und bedeutendsten Manifest des Syndikalismus von 1906 erreicht, der später so genannten „Charta von Amiens", die in dem Band mit aufgenommen ist (S. 291f.). Eine der entscheidenden Personen hinter diesem Wandel und eben auch Mitverfasser der Charta ist eben Émile Pouget, seit 1901 stellvertretender Sekretär der CGT.

Damit wird der Autor natürlich nicht zum Erfinder oder theoretischen Begründer der Bewegung, denn, darauf weist der Herausgeber Michael Halfbrodt einführend hin, „mehr als jede andere sozialistische Lehre ist der Syndikalismus eine kollektive Schöpfung" (S.7). Wohl aber ist Émile Pouget durch seine publizistische und organisatorische Tätigkeit der Wegbereiter der Ideenwelt des Syndikalismus und wertvoller Verbreiter der Ideen von Boykott und Sabotage.

Gewerkschaftsgeschichte konkret

Die Auswahl Michael Halfbrodts trägt wesentlich dazu bei, die verschiedenen Aspekte im Schaffen Pougets zu verstehen: Den Kern des Buches bildet eine Broschürenreihe, in der die einzelnen Broschüren aufeinander aufbauen und die verschiedenen Aspekte syndikalistischer Organisierung beschreiben. Hinzu kommen aber auch Texte, die nicht in diesen Kontext gehören, wie ein zentraler Beitrag aus dem Père Peinard, jener von Pouget gegründeten anarchistischen Zeitschrift, in der der fiktive Père Peinard in der einfachen „Arbeitersprache" seine Erfahrungen mitteilt.

Wie kaum anders zu erwarten, gipfelt Pougets Broschürenaufbau in der „direkten Aktion" und, als Königsdisziplin derselben, im Generalstreik. Pouget entwickelt dafür ein spezifisches Verständnis von Arbeitermacht, die die Grundvoraussetzung von direkter Aktion sei: „Außerhalb des ökonomischen Terrains ist die direkte Aktion eine Leerformel" (S.139).

Pougets vielfach wiederholtes Credo, dass eine Gewerkschaft eine Interessens- und keine Gesinnungsorganisation sein sollte, distanziert und emanzipiert sich letztlich auch vom Anarchismus, wenn dieser als Gruppe mit einem politischen Interesse an die Gewerkschaft herantritt. Man sollte diesen Aspekt aber nicht überbewerten: Die Charta von Amiens und der berühmte Satz „Der Syndikalismus genügt sich selbst" (Fernand Pelloutier) beziehen sich in erster Linie auf die versuchten Einflussnahmen der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien.

Pouget zu lesen ist ein sinniges Unterfangen, nicht nur, um die eigene Geschichte kennenzulernen, sondern auch, um dogmatische Gewissheiten zu hinterfragen. Und das gilt nicht nur für die global kleine Schule des Anarchosyndikalismus: Émile Pougets Texte sind ein wesentlicher Beitrag zur Gewerkschaftsgeschichte ganz allgemein. Das gilt auch und gerade für die kenntnisreiche Einführung des Herausgebers, die allein schon den Kauf dieses Buches rechtfertigen würde.

Torsten Bewernitz

Émile Pouget
Die Revolution ist Alltagssache. Schriften zur Theorie und Praxis des revolutionären Syndikalismus.
Übersetzt, eingeleitet und kommentiert von Michael Halfbrodt
Verlag Edition AV, Lich
ISBN 978-3-86841-105-8
308 Seiten
18 Euro



„Weil die Mittage von den Chefetagen stürzen wie Steine"

Anarcho-Poetry: Ralf Burnicki & Findus: „Hoch lebe sie – die Anarchie!"

Nicht wenige LeserInnen der *DA* werden sich gefragt haben, wann denn nun die Gedichte Ralf Burnickis, die hier nicht selten in Erstveröffentlichung erscheinen, auch in Buchform herauskommen. Nun ist es endlich soweit, wenn auch der eine oder die andere überrascht sein mag. Denn für das im Verlag *Edition AV* erschienene Projekt hat sich Burnicki mit dem inzwischen weit über libertäre Kreise hinaus bekannten Künstler Findus zusammengetan, sehr passend, wie ich finde, begleitet Findus doch gekonnt und mit großem Erfolg jene gesellschaftlichen Versuche und Revolten, die, wie Burnicki schreibt, „Worte in der aufgebrochenen Zeit Wurzeln schlagen und Vollversammlungen der Gedanken stattfinden lassen." Es ist jener Findus, der uns die „Kleine Geschichte des Anarchismus" zeichnete (Verlag *Graswurzelrevolution*), dazu die „Kleine Geschichte des Zapatismus" von Luz Kerkeling, „Die kleine Geschichte der Genossenschaften" mit Caterina Metje und auch die „Kleine Geschichte der Krisenrevolten" von Torsten Bewernitz (Oktober 2014) alle drei Bände erschienen bzw. erscheinen im *Unrast Verlag*, Münster.

Mit diesen lebendigen und trotz der Thematik lebensfroh gezeichneten Comics dürfte Findus weit mehr erreicht haben als der oder die noch so entschlossenste Straßenkämpfer-rIn unter uns. Nun begleiten seine Bilder also die in den letzten Jahren hier in der *Direkten Aktion* veröffentlichten längeren Gedichte Burnickis, „Warum Anarchie", „Countdown" „Der Chefteddy" und „Die anarchistische Nacht", sowie einen fiktiven Brief Emma Goldmanns an die Anarchie. Dazu kommen ganz neu „Wenn die Anarchie ausbricht", „Anarchie jetzt!" und „Hoch lebe sie, die Anarchie!"

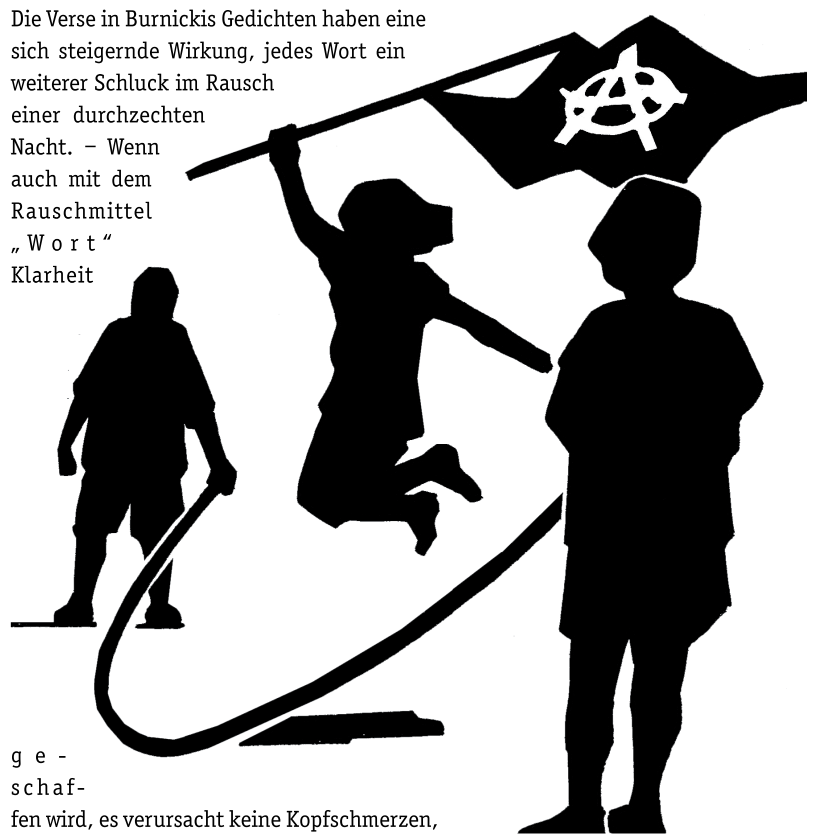
Ralf Burnicki zeigt seit Langem ganz unbekümmert – oft zusammen mit dem ebenso wortgewandten libertären Dichterkollegen und Freund Michael Halfbrodt –, dass Anarchie nicht nur eine Gesellschaftsform ist, Wirtschaft und Politik, sondern, und das ist nicht weniger entscheidend, eine lebendige geistige Strömung.

Bereits 2001 wurde der Autor, der im folgenden Jahr im Fach Philosophie promovierte, von der Gesellschaft für Literatur in Berlin zum Erben Orwells ausgelobt. In der Edition *Blackbox* und dem Verlag *Edition AV* erschienen seit dem Jahr 2000 fünf Gedichtbände, zudem stieß Burnicki mit seinen Büchern „Anarchie als Direktdemokratie" (Syndikat A), „Anarchie als Konsens" (Edition AV) wichtige Diskussionen in der libertären Szene an.

In dem Band „Hoch lebe sie, die Anarchie" gelingt es ihm erneut mit seiner inzwischen schon typisch zu nennenden Verbindung von Wortwitz und einfühlender Poesie, die falsche „Wirklichkeit zu zerreißen wie einen misslungen Schnappschuss!" (Nach dem Titel eines früheren, zusammen mit Halfbrodt geschriebenen und veröffentlichten Gedichtbandes.)

Ein wenig aus dem Rahmen fällt, da Richtung Comedy, der „Chefteddy". Hier werden der Wortwitz und die Dynamik bei allen, die sich jemals über ihren Chef geärgert haben, zumindest schelmisches Lächeln verursachen, wenn nicht unkontrollierbares Lachen.

Die Verse in Burnickis Gedichten haben eine sich steigernde Wirkung, jedes Wort ein weiterer Schluck im Rausch einer durchzechten Nacht. – Wenn auch mit dem Rauschmittel „Wort" Klarheit geschaffen wird, es verursacht keine Kopfschmerzen, sondern Freude, die Gedankenfinsternis zu durchdringen, es geht um „Licht", ein bei Burnicki nicht zufällig an wesentlichen Stellen auftauchender Begriff.



Für alle, die sich nach einem intensiveren Leben und einem neuen Morgen sehnen, für alle, die die Falschheiten der Vergangenheit hinter sich lassen wollen, ist dieser Band wie eine ausgestreckte Hand, die uns zu einer frohen, von Hierarchien, Herrschsucht, Unterwürfigkeit und Ängsten befreiten Gegenwart führen kann. Es ist das Innerste, es sind wesentliche Fragen, um die es hier geht: Was kann der Mensch sein, wie holen wir unserer Träume aus dem Himmel auf die Erde zurück, wie schöpfen wir neues Vertrauen, uns und anderen gegenüber, wie entsteht neuer Mut?

Für alle, die Poesie lieben und / oder vom Virus der Anarchie selbst infiziert sind – und sei es auch nur ein wenig angehaucht –, ist dieser Band ein unbedingtes Muss, denn Burnickis Gedichte sind wahnsinnig schön und tief bewegend!

Oliver Steinke

Aus: *Wenn die Anarchie ausbricht:*

Wenn die Anarchie ausbricht, schweigt Geschichte, nicht das Leben, schweigen Kriege, nicht die Menschen. Wenn die Anarchie ausbricht, ziehen Fragen ins Sperrgebiet, und die Fragen antworten mit dem Geräusch spielender Kinder, die einen Horizont einfangen. Komm, lass uns Entfernungen aufschäumen oder Himmelsrichtungen erfinden, lass uns Winde inhalieren und die Glut steigern bis zur gemeinsamen Sprengung des Gemüts. Ja, an sämtlichen Bedeutungsgrenzen werden die Schlagbäume hochgezogen, geradezu explosionsartig schießen die Schranken ins Licht, zu lang schon sind sie tief ins Denken gedrückt, ins Gedächtnis eingesprochen, bald wird die Welt die Erinnerungen ausziehen, dass einmal Regierungen und Grenzen die Menschheit zu trennen wagten.

Ralf Burnicki 2014

Ralf Burnicki & Findus
Hoch lebe sie – die Anarchie!
Anarcho-Poetry
Verlag Edition AV, Lich, 2014
ISBN 978-3-86841-102-7
49 Seiten
9,80 Euro



Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

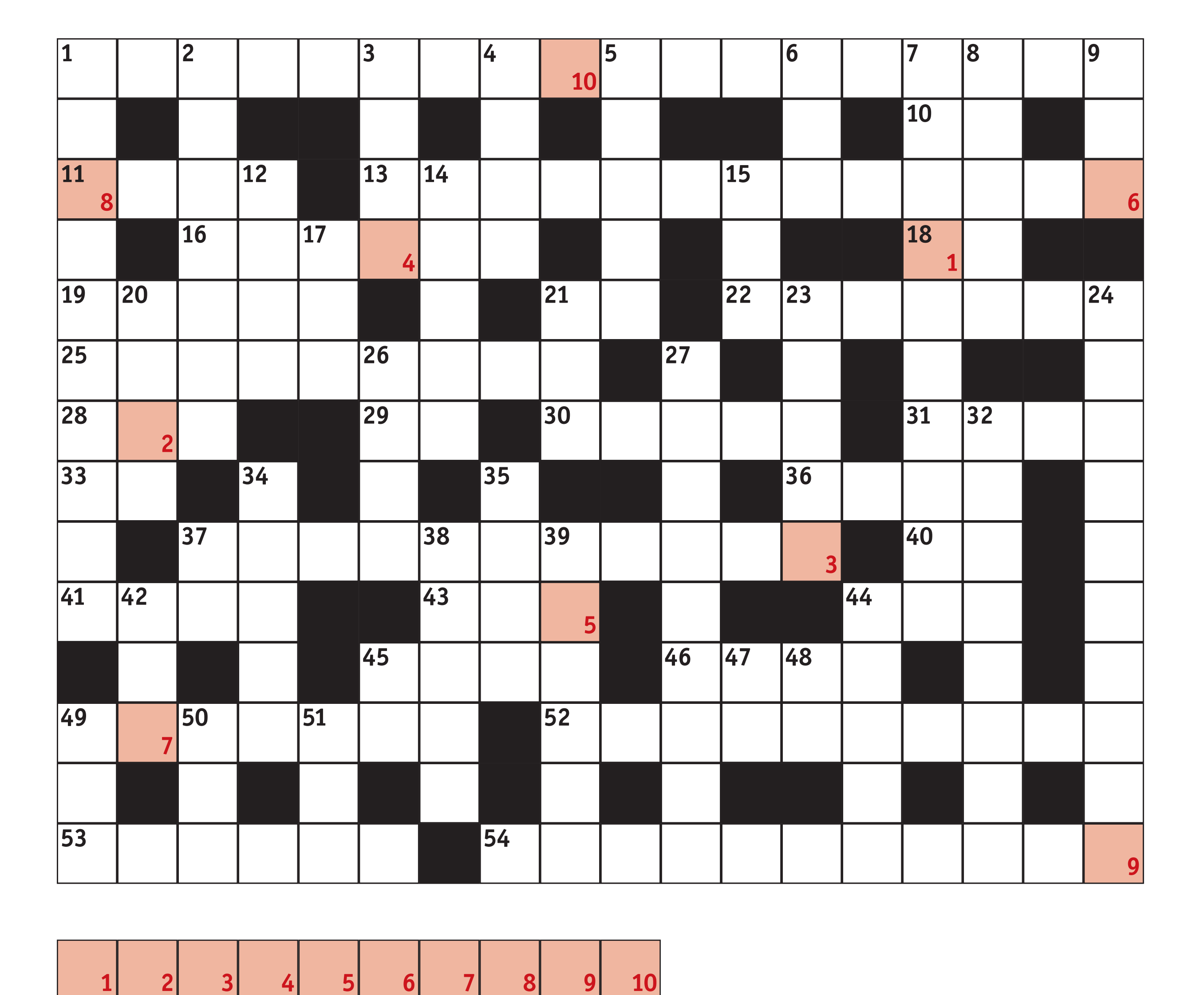
Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Hoch lebe sie - die Anarchie!

Des letzten Rätsels Lösung: Anarcho-Poetry - einige Illustrationen von Findus aus dem Comic (siehe Seite 15)



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 91



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Waagerecht

1. das Recht, sich zur Wahrung und Förderung der Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen; die Bundesregierung unternimmt derzeit einen Vorstoß, diese Freiheit einzuschränken und die Zwangstarifeinheit einzuführen 10. Was haben „liiert“ und „initiieren“ gemeinsam? 11. Edelgas in Leuchtstoffröhren 13. mit ein paar Klicks die Welt verändern 16. was Arbeitskollektive mit ihren Betrieben selbst machen können 18. Kurzzeichen für den Kunststoff Polyethylen 19. ungeheuer (groß usw.), großartig 21. eins der bekanntesten Antikriegslieder: „Sag mir, ~ die Blumen sind“ 22. Alleinherrscher(in) 25. Taschentuch <scherzh.> 28. Was haben „Salz“ und „Sisal“ gemeinsam? 29. Vorsilbe zur Bildung des Perfekts der meisten deutschen Verben 30. „Wir wollen kein größeres ~ vom Kuchen, sondern die ganze Bäckerei!“ 31. russische Nachrichtenagentur: ~TASS 33. im Hause <Abk.> 36. seemänn. Anruf eines Schiffes 37. sagenumwobener „Robin Hood“ der Ost- und Nordsee (1402 hingerichtet), Vorname: Klaus 40. Landkreis <Abk.> 41. aggressives Militärbündnis vieler Staaten Nordamerikas und Europas 43. Kosename für Großmutter 44. „Und der ~fisch, der hat Zähne / Und die trägt er im Gesicht /“ 45. griech. Gott der Liebe 46. Kurzwort für das bekannteste Produkt eines Multis, der u.a. in Kolumbien GewerkschafterInnen ermorden lässt 49. zweitgrößte Billigfluggesellschaft Europas, die die Rechte des Personals und der Fluggäste mit „Leichtigkeit“ missachtet 52. Schranke an Grenzübergängen 53. Internetsuchmaschine und Unternehmen, das dem US-Geheimdienst NSA Zugriff auf den gesamten aus dem Ausland kommenden Verkehr gewährt 54. Süßigkeiten, die im Kassenbereich von Lebensmittelläden aufgestellt werden, damit die Eltern von Kleinkindern zum Kauf drangsaliert werden

Senkrecht

1. Umwandlung militärischer Objekte und Waffen produzierender Betriebe zu zivilen Zwecken 2. mexikan. Wassermolch 3. Feingefühl, rhythm. Maßeinheit 4. nordischer Gott 5. sog. Herrenjackett 6. Kenntnisse auf diesem Gebiet braucht heutzutage fast jedE, die sich um eine Stelle bewirbt <Abk.> 7. Karibikinsel mit den Staaten Haiti und der Dominikanischen Republik 8. kaputt, verloren, vorbei: im ~ 9. Turn- und Sportverein <Abk.> 12. sog. Pelztier 14. unentgeltliches zeitweises Überlassen 15. Nebenfluss der Saale in Thüringen 17. Sonderorganisation der UNO und Machtinstrument der reichen Industrienationen v.a. durch die Kreditvergabe an Staaten <Abk., engl.> 20. biblischer Schiffbauer 21. Spruch einer angepassten oder unterwürfigen LohnarbeiterIn: „~ Brot ich ess', des Lied ich sing“ 23. ganz stolz: stolz wie ~ 24. ugs. Name für das sog. „Betreuungsgeld“ der Bundesregierung (auch „Bildungsfernhalteprämie“ genannt) 26. Extrakt aus Rotalgen als Geliermittel für Lebensmittel und Bakterienkulturen 27. Heldin eines Kinderromans von Erich Kästner (1931): ~ und Anton 32. im Fußball: gekonntes Kurzpassspiel über mehrere Stationen 34. Handlungsaufbau, Fabel <engl.> 35. kollektives Auf-die-Straße-Gehen 37. Kfz-Kennzeichen für Steinfurt 38. man kann sie essen oder einen Bonzen mit ihr „überraschen“ 39. westafrikan. Staat: Guinea-~ 42. Gutsbesitzer od. Kaufmann im Osmanischen Reich 44. Philosoph (1770-1831), dessen Werk einer der zentralen Ausgangspunkte für den dialektischen Materialismus wurde 45. Landeskürzel für Estland 47. Was haben „Oliver“ und „Alkohol“ gemeinsam? 48. Kfz-Kennzeichen für Karlsruhe 49. handzahme deutsche Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft <Abk.> 50. größte Stadt Brasiliens: ~ Paulo 51. japan. Fluggesellschaft <Abk.>.

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main).

Gewinner 225: Gudrun D. aus Graz, Österreich

Auflösung # 90



DA – DIREKTE AKTION – anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt/Main

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 227: 19. Dezember 2014